



# Monatsbericht des BMF

September 2016



# Monatsbericht des BMF

September 2016

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

## Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

 Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial.....</b>	<b>4</b>
<b>Überblick zur aktuellen Lage.....</b>	<b>5</b>
Abschluss des Europäischen Semesters 2016 .....	6
Spending Reviews im Bundeshaushalt.....	14
Schuldenbremse 2015: Struktureller Überschuss – das zweite Jahr in Folge .....	22
Nachhaltige Stärkung der Investitionen in Deutschland.....	29
Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern.....	39
<b>Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....</b>	<b>44</b>
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	44
Steuereinnahmen im August 2016 .....	50
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2016 .....	54
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016 .....	58
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	61
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	67
<b>Aktuelles aus dem BMF.....</b>	<b>70</b>
Termine, Publikationen .....	70
<b>Statistiken und Dokumentationen.....</b>	<b>72</b>
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	74
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	106
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	113
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	127

# Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Finanz- und Haushaltspolitik der vergangenen Jahre zahlt sich für die Menschen in Deutschland aus. Finanzpolitische Stabilität, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung tragen wesentlich dazu bei, dass es uns heute wirtschaftlich gut geht. Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und die Finanzplanung bis 2020 knüpfen nahtlos hieran an. Dabei geht es um ein demokratisches Angebot zur aktiven Zukunftsgestaltung, ein Programm zur Bewahrung und Erneuerung von Wohlstand und Sicherheit in Deutschland – in einer von Unsicherheiten, Ängsten und berechtigten Sorgen geprägten Zeit. Der Anfang September in erster Lesung in den Bundestag eingebrachte Haushaltsentwurf trägt dazu bei, dass wir auch morgen noch so leben können, wie wir uns das heute vorstellen.

Ein wichtiger Indikator für die Zukunftsorientierung einer Volkswirtschaft sind bekanntlich die Investitionen. Eine besondere Rolle spielen hierbei die privaten Investitionen, die in Deutschland etwa 90 % aller Investitionen ausmachen. Und auch hier gibt es gute Nachrichten: Deutschland liegt im internationalen Vergleich der privaten Investitionsquoten (Bruttoanlageinvestitionen) im Jahr 2015 vor den USA, Großbritannien und dem Durchschnitt des Euroraums. Um diese Position nicht nur zu wahren, sondern nach Möglichkeit noch auszubauen, setzt die Bundesregierung auch weiterhin auf gezielte Investitions-



stärkungen und Verbesserung der vom Staat beeinflussbaren Rahmenbedingungen.

Auch die Europäische Kommission bestätigt die solide Haushaltsslage Deutschlands zum Abschluss des diesjährigen Durchgangs des Europäischen Semesters. Im Juli 2016 hat der Rat der EU die neuen länderspezifischen Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten angenommen. Alle Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, diese Empfehlungen in den kommenden zwölf bis 18 Monaten in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Das Europäische Semester ist das zentrale Instrument der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "h. Steffen".

Dr. Thomas Steffen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## █ Überblick zur aktuellen Lage

# Überblick zur aktuellen Lage

## Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft ist im 1. Halbjahr robust gewachsen. Allerdings ist die Industrie schwach ins 3. Quartal eingestiegen. Auch die Exporte waren im Juli deutlich rückläufig.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich aber weiterhin in einer sehr guten Verfassung. Die Verbraucherpreise waren im August stabil und der Optimismus der Konsumenten ist robust. Dies stützt die binnengewirtschaftlichen Wachstumskräfte.
- Unabhängig von Sondereffekten, welche die Export- und Produktionsentwicklung im Juli dämpften, deutet sich aber für die 2. Jahreshälfte eine insgesamt geringere Wachstumsdynamik als im 1. Halbjahr an. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung bleibt intakt.

## Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im August 2016 im Vorjahresvergleich leicht um 0,5 %. Nach dem Einnahmerückgang im Juli verläuft damit auch in diesem Monat die Aufkommensentwicklung wesentlich schwächer als im 1. Halbjahr 2016 (+ 5,8 %). Daraus ist jedoch keine Trendumkehr abzuleiten. Der kumulierte Zuwachs der Steuereinnahmen ohne Gemeindesteuern im Zeitraum Januar bis August 2016 liegt bei 4,1 %.
- Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat einen Rückgang von 2,7 % gegenüber August 2015 auf. Die Ursache hierfür ist vorrangig in der Tabaksteuer zu sehen, deren Einnahmen um 20,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat sanken.
- Im laufenden Haushaltsjahr bis einschließlich August 2016 belaufen sich die Einnahmen des Bundes auf 203,3 Mrd. €. Damit wurde das entsprechende Vorjahresniveau (196,9 Mrd. €) um 3,2 % übertroffen. Die Ausgaben beliefen sich im betrachteten Zeitraum auf 207,5 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresergebnis wurde um 2,4 % beziehungsweise 4,9 Mrd. € überschritten. Im Zeitraum vom Januar bis zum August 2016 betrug der Finanzierungssaldo - 4,2 Mrd. €, d. h. die Ausgaben waren um 4,2 Mrd. € höher als die Einnahmen.

## Europa

- Der aktuelle Monatsbericht enthält einen Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 9. und 10. September in Bratislava.
- In der Eurogruppe am 9. September 2016 standen die Lage in Griechenland, die Qualität der öffentlichen Finanzen im Euroraum, der Umgang mit verfrüht oder verspätet vorgelegten Haushaltplanungen der Mitgliedstaaten, das weitere Vorgehen mit Blick auf die Defizitverfahren Portugals und Spaniens sowie die Vereinfachung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf der Tagesordnung.
- Schwerpunkte der Sitzung des informellen ECOFIN am 9. und 10. September 2016 waren die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union, die Wirtschafts- und Währungsunion, aktuelle Steuertopics sowie der Investitionsplan für Europa. Der informelle ECOFIN dient insbesondere dem allgemeinen Austausch zu Grundsatzfragen. Beschlüsse werden nicht gefasst.

## Analysen und Berichte

ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

# Abschluss des Europäischen Semesters 2016

- Das Europäische Semester wurde im Juni 2010 vom Europäischen Rat beschlossen. Es soll dazu dienen, die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Koordinierung auf europäischer Ebene zusammenzuführen und zur besseren Durchsetzung notwendiger Reformen beizutragen.
- Mitte des Jahres wurde das diesjährige Semester mit der Annahme der länderspezifischen Empfehlungen 2016 durch den Rat der Europäischen Union (EU) abgeschlossen. Die EU-Mitgliedstaaten sind nun gefordert, die Empfehlungen aufzugreifen und in ihre nationale Reformagenda der nächsten zwölf bis 18 Monate aufzunehmen.
- Das BMF und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie haben sich in den vergangenen Jahren aktiv dafür eingesetzt, das Europäische Semester weiter zu stärken. Im Europäischen Semester 2016 wurden weitere prozedurale und inhaltliche Fortschritte erzielt; viele deutsche Vorschläge wurden dabei aufgegriffen. Eine wesentliche Herausforderung bleibt allerdings, den insgesamt bislang niedrigen Umsetzungsstand der länderspezifischen Empfehlungen zu verbessern.

1	Einführung .....	6
2	Umsetzung des Europäischen Semesters 2016.....	8
3	Stand der Weiterentwicklung des Europäischen Semesters .....	11
4	Fazit und Ausblick .....	12

## 1 Einführung

Das Europäische Semester ist ein jährlich ablaufendes Verfahren der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Koordinierung innerhalb der Europäischen Union. Geschaffen wurde es durch den Europäischen Rat im Jahr 2010, um bestehende Koordinierungsprozesse effektiv miteinander zu verzähnen und so zu einer besseren Durchsetzung notwendiger Reformen beizutragen. Mit der regelmäßigen Beobachtung der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Entwicklungen im Europäischen Semester sollen wirtschaftliche und soziale Herausforderungen für die EU und den Euroraum frühzeitig identifiziert und Fortschritte bewertet werden. Eingebettet in das Europäische Semester ist neben der

Wachstumsstrategie Europa 2020, dem Euro-Plus-Pakt<sup>1</sup> und Aspekten des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch das makroökonomische Ungleichgewichteverfahren. Dieses zielt darauf ab, Mitgliedstaaten zu identifizieren, die durch bestehende oder drohende makroökonomische Ungleichgewichte die Stabilität der eigenen Wirtschaft, des Euroraums und der EU als Ganzes gefährden oder gefährden könnten. Der generelle Ablauf

---

<sup>1</sup> Der 2011 beschlossene Euro-Plus-Pakt sieht vor, dass sich die Staats- und Regierungschefs jährlich selbst zu konkreten Zielen und Maßnahmen verpflichten. Die Aktionsprogramme sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, die Beschäftigung zu steigern, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern und die Finanzstabilität zu stärken.

## Analysen und Berichte

### ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

des Europäischen Semesters wird in der Übersicht 1 beschrieben.

Der nunmehr sechste Durchlauf des Europäischen Semesters endete zur Jahresmitte 2016 mit dem Beschluss länderspezifischer Empfehlungen an die einzelnen Mitgliedstaaten. Inhaltlich stand das Semester in diesem Jahr im Zeichen der drei übergeordneten Prioritäten, und zwar einer Stärkung der Investitionstätig-

keit, der Durchführung von Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Finanzpolitik.

Das BMF sieht das Europäische Semester als wichtiges Koordinierungsinstrument an und setzt sich dafür ein, es weiter zu stärken. Eine wesentliche Herausforderung bleibt, die nationale Eigenverantwortung zur Umsetzung notwendiger Reformen und damit den Umsetzungsstand der länderspezifischen Empfehlungen zu verbessern.

#### **Übersicht 1: Genereller Ablauf des Europäischen Semesters**

Der im Wesentlichen in den ersten sechs Monaten eines Jahres stattfindende Zyklus des Europäischen Semesters beginnt im November des Vorjahres mit dem **Jahreswachstumsbericht** der Europäischen Kommission. In diesem Bericht benennt die Kommission vorbereitend die wichtigsten finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der EU für das kommende Jahr und empfiehlt vorrangige Maßnahmen zu deren Bewältigung.

Im Februar beziehungsweise März legt die Kommission detaillierte **Länderberichte** zur Analyse der Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten vor.

Auf seiner **Frühjahrstagung** formuliert der Europäische Rat – gestützt durch den Jahreswachstumsbericht – übergeordnete Leitlinien, die den Mitgliedstaaten im Fortgang des Semesters als Orientierung dienen sollen.

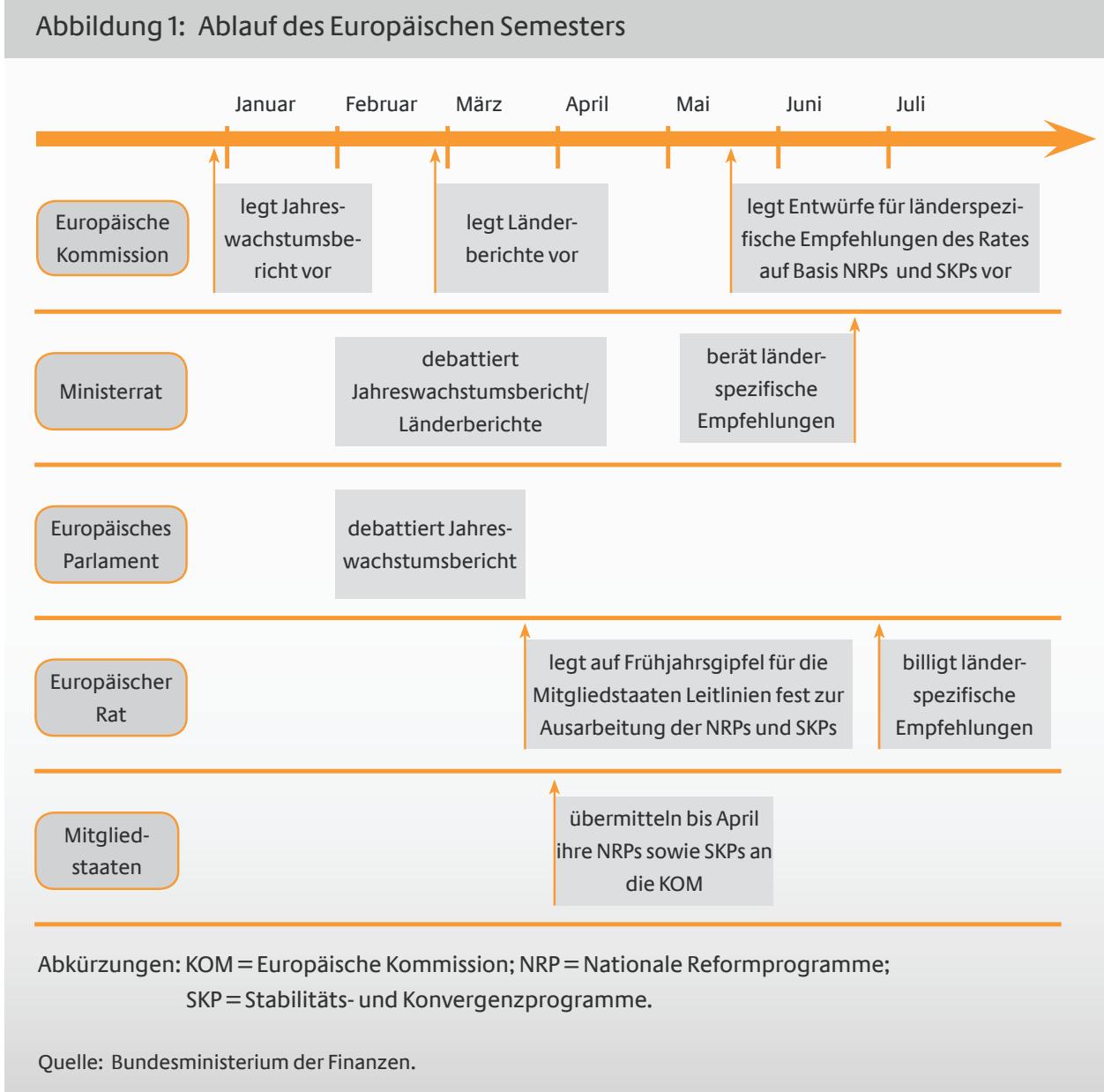
Bis spätestens Ende April übermitteln die Mitgliedstaaten daraufhin ihre **Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKP)** und ihre **Nationalen Reformprogramme (NRP)** an die Kommission. In den SKP legen die Mitgliedstaaten ihre finanzpolitische Strategie dar, um tragfähige öffentliche Finanzen zu erreichen. In ihren NRP nehmen sie Stellung zu den Herausforderungen, die die Kommission in ihren Länderberichten identifiziert hat. Auch legen die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahrs und zur Verwirklichung der Ziele der Wachstumsstrategie Europa 2020 (EU 2020-Strategie) dar.

Auf dieser Grundlage erstellt die Kommission dann die Entwürfe der **länderspezifischen Empfehlungen**. Im Juni beschließen der Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) und der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) die Empfehlungen, bevor sie Ende Juni vom Europäischen Rat gebilligt und Anfang Juli vom Rat endgültig angenommen werden. Damit endet das Europäische Semester.

## Analysen und Berichte

ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

Abbildung 1: Ablauf des Europäischen Semesters



## 2 Umsetzung des Europäischen Semesters 2016

### Novemberpaket der Europäischen Kommission

Zum Auftakt des Europäischen Semesters 2016 präsentierte die Europäische Kommission Ende November 2015 ihren Jahreswachstumsbericht, in dem sie die diesjährigen übergeordneten

Prioritäten des Semesters – Investitionen, Strukturreformen und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik – darlegte. Diesen inhaltlichen Dreiklang hat der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung im März 2016 bekräftigt.

Parallel zum Jahreswachstumsbericht legte die Kommission erstmals bereits zu Beginn des Semesters einen Entwurf für Empfehlungen 2016 an das Euro-Währungsgebiet als Ganzes vor. Diese Euroraumempfehlungen

## Analysen und Berichte

### ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

bilden u. a. die inhaltliche Grundlage für thematische Diskussionen der Finanzminister in der Eurogruppe. Die Empfehlungen für das Aggregat erfolgten somit, noch bevor die Kommission und die Mitgliedstaaten – wie in bisherigen Jahren – eingehend die finanz- und wirtschaftspolitische Lage und die Herausforderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten bewertet hatten.

### Länderberichte und Einstufungen im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren

Im Februar 2016 veröffentlichte die Kommission Länderberichte zur Analyse der Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Länderberichte dienen als Ausgangspunkt für die anschließenden bilateralen Konsultationen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten. In den einzelnen Länderberichten zieht die Kommission auch eine erste Bilanz des Umsetzungsstands der länderspezifischen Empfehlungen des Vorjahrs. Alles in allem diagnostiziert die Kommission verschiedene Fortschritte in der Umsetzung der Empfehlungen; allerdings variierten die Anstrengungen von Land zu Land. Weitere Herausforderungen bestünden insbesondere in den Bereichen Steuern und Steuerverwaltung, Produktmarktreformen, Abbau der noch hohen privaten Verschuldung sowie bei den Rahmenbedingungen für Investtätigkeit. Im Grundsatz mahnt die Kommission ein ambitionierteres Reformtempo an, auch um das günstige makroökonomische Umfeld – die sehr expansive Geldpolitik, niedrige Zinsen, ein niedriger Euro-Außenwert und niedrige Energiepreise – nicht ungenutzt zu lassen. Denn insbesondere die expansive Geldpolitik verschafft den Mitgliedstaaten mehr Zeit zur Umsetzung von Strukturreformen. Dies sollte aber nicht dazu verleiten, notwendige Strukturreformen in die Zukunft zu verschieben, da sich bei einem verschlechterten wirtschaftlichen Umfeld die Kosten von Reformen erhöhen würden.

Im März legte die Kommission für 18 Mitgliedstaaten Einstufungen im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren vor. Für diese Länder hatte die Kommission zu Beginn des Semesters eine umfassendere Untersuchung für notwendig befunden. Im Ergebnis diagnostiziert die Kommission in insgesamt zwölf Ländern makroökonomische Ungleichgewichte, darunter in fünf Ländern (Bulgarien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal) übermäßige Ungleichgewichte.<sup>2</sup> Insgesamt wurden damit in weniger Ländern Ungleichgewichte festgestellt als noch im Vorjahr. Allerdings sieht die Kommission weiterhin verschiedene Risiken für die Stabilität des Euroraums und der EU als Ganzes, so u. a. hohe öffentliche Schuldenstände und den noch hohen Anteil notleidender Kredite im Bankensektor bestimmter Mitgliedstaaten. Keines der Ungleichgewichte wurde als schwerwiegend genug eingeschätzt, um den korrekten Arm des Verfahrens zu aktivieren. Schwere und Umfang der identifizierten Ungleichgewichte sollen sich in den Vorschlägen für die länderspezifischen Empfehlungen widerspiegeln, wobei Länder mit übermäßigen Ungleichgewichten u. a. gezieltere länderspezifische Empfehlungen erhalten.

### Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und nationale Reformprogramme

Bis Ende April 2016 legten die Mitgliedstaaten des Euroraums ihre Stabilitätsprogramme und die übrigen EU-Mitgliedstaaten ihre Konvergenzprogramme vor. Außerdem übermittelten die Mitgliedstaaten ihre NRP. Aus den SKP geht hervor, dass der Abbau

---

<sup>2</sup> Programmländer sind aus dem Verfahren ausgenommen, weil sie ohnehin unter verschärfter Überwachung stehen. Durch Beendigung des makroökonomischen Anpassungsprogramms am 31. März 2016 wurde Zypern wieder in das Europäische Semester integriert. Im April 2016 kam die Kommission zu der Einschätzung, dass in Zypern „übermäßige Ungleichgewichte“ vorliegen.

## Analysen und Berichte

### ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

der Staatsdefizite 2015 fortgesetzt wurde. In der EU insgesamt lag das Staatsdefizit 2015 bei 2,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP); im Euroraum bei 2,0 % des BIP. Die Staats-schuldenquote war 2015 in Euroraum und EU erstmals seit 2007 rückläufig. Diese positiven Entwicklungen sind vor allem auf die bessere Wirtschaftslage und die gesunkenen Zinsausgaben zurückzuführen, während das strukturelle Haushaltsdefizit 2015 in etwa unverändert geblieben ist. Für 2016 planen die Mitgliedstaaten insgesamt eine leicht expansive Haushaltspolitik, d. h. einen leichten Anstieg des strukturellen Defizits. Aufgrund der oben genannten Rahmenbedingungen sollen die nominalen Haushaltsdefizite dennoch weiter sinken.

### Länderspezifische Empfehlungen 2016

Im Mai 2016 legte die Kommission ihre Entwürfe für länderspezifische Empfehlungen vor. In abschließender Fassung enthalten die Entwürfe in diesem Jahr drei Empfehlungen für Deutschland, die jeweils mehrere Reformelemente enthalten. Insgesamt unterstützt die Kommission wie bereits in den vergangenen Jahren den finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung und bestätigt die solide Haushaltsslage Deutschlands. Sie empfiehlt, unter Einhaltung des mittelfristigen Haushalt Ziels einen nachhaltigen Aufwärts-trend bei den öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation anzustreben. Darüber hinaus gelte es, die föderalen Finanzbeziehungen zu verbessern, um höhere öffentliche Investitionen zu ermöglichen, insbesondere auf kommunaler Ebene. Fast unverändert gegenüber 2014 und 2015 richten sich die Empfehlungen außerdem u. a. auf eine Verbesserung der Effizienz des Steuersystems, die Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Geringverdiener sowie mehr Anreize für einen späteren Renteneintritt und eine Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. Entsprechend den Vorgaben des Europäischen

Semesters wird die Bundesregierung im Rahmen des nächsten Nationalen Reformprogramms im April 2017 umfassend zu den länderspezifischen Empfehlungen 2016 und deren Umsetzung Stellung nehmen. Darüber hinaus wurde eine regelmäßige Befassung mit dem Umsetzungsstand der Empfehlungen innerhalb der Bundesregierung initiiert.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Reformprioritäten in beispielhaft ausgewählten Mitgliedstaaten, die im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen 2016 adressiert werden. Sie spiegeln den unterschiedlichen Bedarf der Mitgliedstaaten an Struktur-reformen wider.

### Empfehlungen in der haushaltspolitischen Überwachung

Zeitgleich zu den Entwürfen der länderspezifischen Empfehlungen legte die Kommission Vorschläge im Rahmen der haushaltspoliti-schen Überwachung vor. Unter anderem schlägt die Kommission vor, Zypern, Slowenien und Irland aus dem Defizitverfahren zu ent-lassen, da sie die 3 %-Defizitgrenze deutlich und nachhaltig unterschreiten.

Italien sollte für 2016 substanzielle Flexibilität in Höhe von 0,75 % des BIP gewährt werden; zudem sollte kein Defizitverfahren wegen Verletzung der Schuldenabbauregel gegen Italien eröffnet werden. Bedingung dafür sei, dass Italien 2017 den präventiven Arm des Verfahrens weitgehend einhält. Die Kom-mission will dies im Herbst 2016 anhand des italienischen Haushaltspans überprüfen. Wie bereits im März 2015 erklärt die Kommission ihr Vorgehen unter Hinweis auf Strukturre-formen, die schlechte Wirtschaftslage und die weitgehende Einhaltung des präventiven Arms. Gegen Finnland und Belgien wollte die Kommission, analog zu Italien, keine Defizit-verfahren wegen Verletzung der Schulden-abbauregel eröffnen. Die Schuldenstände beider Mitgliedstaaten liegen unterhalb dem

## Analysen und Berichte

### ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

Italiens; insbesondere Finnland liegt nur knapp über 60 % des BIP.

Die Frage der Eskalation der Verfahren für Spanien und Portugal (Art. 126 (8) AEUV) hat die Kommission erst Anfang Juli behandelt. Beide Länder werden derzeit im korrekten Arm überwacht und haben die gesetzten Defizitziele verfehlt. Auf Empfehlung der Kommission hat der Rat im August 2016 beschlossen, eine Geldbuße auszusetzen, die Frist zur Erreichung der Defizitziele zu verlängern und neue Defizitziele zu setzen. Ein Vorschlag zur Aussetzung der Strukturfondsmittel nach Art. 23 Absatz 9 der Verordnung 1303/2013 ist für beide Länder bisher nicht vorgelegt worden.

## 3 Stand der Weiterentwicklung des Europäischen Semesters

Das BMF und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie haben sich in den vergangenen Jahren aktiv dafür eingesetzt, den Semesterprozess weiter zu verbessern. Im Oktober 2014 haben die Minister Dr. Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel in einem gemeinsamen Schreiben Reformvorschläge an die Europäische Kommission übermittelt. Im Gefolge dieser Positionierung haben beide Ministerien auf Staatssekretärsebene im Herbst 2015 ein weiteres Positionspapier an die Kommission

**Tabelle 1: Schwerpunkte für Strukturreformen in den länderspezifischen Empfehlungen 2016 in ausgewählten Ländern**

Spanien	Portugal	Frankreich	Deutschland
<ul style="list-style-type: none"> <li>Haushaltkonsolidierung, Korrektur des übermäßigen Defizits</li> <li>Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes inklusive verbesserte Kinderbetreuung</li> <li>Verbesserung der Kooperation von Universitäten/Firmen, erhöhte Forschungseffizienz sowie Förderung von privater F&amp;E</li> <li>Umsetzung von Reformen im Dienstleistungs- und Einzelhandelssektor</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Korrektur des übermäßigen Defizits</li> <li>Mindestlohn im Einklang mit Beschäftigungsziel und Wettbewerb</li> <li>Aktivierung von Langzeitarbeitslosen</li> <li>Abbau notleidender Kredite</li> <li>Abbau regulatorischer Hemmnisse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2017</li> <li>Anhaltende Senkung der Arbeitskosten, maßvolle Entwicklung des Mindestlohns, Arbeitsrechtsreform</li> <li>Übergang von Ausbildung in den Arbeitsmarkt erleichtern, Reform der Arbeitslosenversicherung</li> <li>Abbau von regulatorischen Hemmnissen im Dienstleistungssektor, Erhöhung Innovationskraft</li> <li>Steuerrechtsreform</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufwärtstrend bei öffentlichen Investitionen</li> <li>Ausgestaltung der föderalen Finanzbeziehungen verbessern</li> <li>Ineffizienzen im Steuersystem reduzieren</li> <li>Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Geringverdiener</li> <li>Mehr Anreize für einen späteren Renteneintritt</li> <li>Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor</li> </ul>
Kroatien	Irland	Italien	Ungarn
<ul style="list-style-type: none"> <li>Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2016</li> <li>Stärkung des Fiskalrahmens</li> <li>Rentenreform (Frühverrentung)</li> <li>Staatlicher Aufbau, einschließlich Zusammenarbeit verschiedener staatlicher Ebenen</li> <li>Justizsystem</li> <li>Bürokratieabbau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verwendung konjunktureller Mehreinnahmen zum Schuldenabbau</li> <li>Steigerung der Erwerbsbeteiligung</li> <li>Abbau notleidender Kredite</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Haushaltkonsolidierung, einschließlich Privatisierung</li> <li>Verwaltungsreform, inklusive öffentliche Unternehmen, Kampf gegen Korruption, Justizreform</li> <li>Reduzierung von notleidenden Krediten, Corporate-Governance-Reform im Bankensektor</li> <li>Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes, Reform der Sozialausgaben</li> <li>Wettbewerb im Dienstleistungssektor, Transportgewerbe und Einzelhandel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Haushaltkonsolidierung</li> <li>Transparenz und Wettbewerb im Vergabewesen</li> <li>Verbesserung des regulatorischen Umfelds im Dienstleistungssektor</li> <li>Stärkung des ersten Arbeitsmarktes</li> <li>Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Gruppen</li> </ul>

## Analysen und Berichte

### ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

versandt. Zu den Reformvorschlägen zählten u. a. eine weitere Vereinfachung des Semesterprozesses sowie mehr Klarheit über die zukünftige Funktion der NRP, eine verbesserte Reformumsetzung in den Mitgliedstaaten, eine Verlagerung der bilateralen Konsultationen auf politischer Ebene zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten in die Hauptstädte, eine weitere Fokussierung und Priorisierung der länderspezifischen Empfehlungen (erforderlichenfalls mit Zeitzielen), eine breitere horizontale Debatte im Rat sowie mehr Transparenz bei der Umsetzung des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens und der Kategorisierung der mitgliedstaatlichen Ungleichgewichte.

Wesentliche Punkte wurden bei der diesjährigen Durchführung des Semesters von der Kommission aufgegriffen; insgesamt konnten weitere inhaltliche und prozedurale Verbesserungen erreicht werden. So hat die Kommission u. a. die Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen im Vergleich zum Vorjahr weiter gestrafft und auf Bereiche mit zentralem Handlungsbedarf fokussiert. Der Umfang der Empfehlungen orientiert sich nun stärker am Ausmaß der Herausforderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Darüber hinaus hat die Kommission die Kategorien im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren reduziert und vereinfacht, um eine bessere Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu schaffen und die Transparenz zu erhöhen. Zudem kam es zu einer vertieften multilateralen Überwachung in den vorbereitenden Gremien des Rates, indem die Mitgliedstaaten sich aktiv in die jeweilige Debatte über Entwicklungen in den anderen Mitgliedstaaten eingeschaltet haben.

Zu den weiteren Neuerungen gehörten u. a. ein stärkerer thematischer Fokus auf Beschäftigung und soziale Entwicklung, eine systematischere Anwendung von vergleichbaren Kenngrößen (Benchmarking) sowie ein engerer Dialog mit nationalen Interessengruppen (Regierungen, Parlamente, Sozialpartner, Zivilgesellschaft) und dem Europäischen Parlament bei wesentlichen Schritten

des Semesterprozesses. Ferner wurden die Veröffentlichung und Beratung der Empfehlungen für den Euroraum an den Anfang des Semesters vorgezogen.

## 4 Fazit und Ausblick

Der ECOFIN-Rat wird im Oktober 2016 eine Bilanz des diesjährigen Semesters ziehen. Es ist das erste Mal, dass eine solche Diskussion zur Nachlese des Europäischen Semesters auf Ministerebene erfolgt. Damit wird die Debatte und Bedeutung des Semesters auch auf Ministerebene weiter gestärkt. Zudem eröffnet die Diskussion die Gelegenheit, die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen auch in der zweiten Jahreshälfte auf die politische Agenda der EU-28 zu setzen und somit den Prozess des Europäischen Semesters auf hoher politischer Ebene aktiv weiterzuführen.

Die Weiterentwicklung des Semesters ist ein fortwährender Prozess. In diesem Jahr wurden weitere Verbesserungen erzielt; viele deutsche Vorschläge wurden dabei aufgegriffen. Zusammen mit den länderspezifischen Empfehlungen 2016 konnte auch eine Einigung über den Vorschlag der Kommission erzielt werden, der die Einrichtung sogenannter Nationaler Produktivitätsausschüsse empfiehlt. Diese können ebenfalls dazu beitragen, die Eigenverantwortung für notwendige Reformen auf nationaler Ebene zu fördern und die Wissensbasis zu verbessern, auf die sich die unionsweite wirtschaftspolitische Koordinierung stützen kann. Keinen Mehrwert hingegen erbrachte das Vorziehen der Empfehlungen für den Euroraum im Aggregat, da in keiner Phase des Verfahrens ein Bezug zu den länderspezifischen Empfehlungen hergestellt werden konnte.

Das übergeordnete Ziel ist es, über ein sichtbares und transparentes Europäisches Semester die Bereitschaft der Mitgliedstaaten weiter zu erhöhen, notwendige nationale Strukturreformen durchzuführen. Von zentraler Bedeutung für eine weitere Stärkung des

## Analysen und Berichte

### ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS 2016

Semesters sind weiter vereinfachte und straffere Verfahren, eine verlässlichere Einhaltung der vorgesehenen Zeitpläne und ein besseres und klarer organisiertes Zusammenspiel zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten im Rahmen der bilateralen Gespräche. So könnte der Konsultationsprozess besser dazu genutzt werden, ein gemeinsames Verständnis über die maßgeblichen finanziellen, wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Herausforderungen zu erzielen, u. a. auch mit einer höheren Bereitschaft der Kommission zu einem ergebnisoffenen, transparenten Austausch über unterschiedliche Positionen. Nach Annahme der Politikempfehlungen bedarf es einer verstärkten Diskussion über den Stand der Reformumsetzung auch auf politischer

Ebene. Mehr Transparenz hinsichtlich der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen könnte zudem geschaffen werden, wenn es gelingt, allgemeine Prinzipien in einigen Reformbereichen wie z. B. beim Abbau regulatorischer Investitionsbarrieren oder bei Insolvenzverfahren zu definieren und – sofern sinnvoll möglich – daraus handhabbare Vergleichsgrößen (Benchmarks) abzuleiten. Dieser Rahmen ist auch ein möglicher vorbereitender Schritt, um die Wirtschafts- und Währungsunion im strukturpolitischen Bereich zu vertiefen. Bestrebungen zur Bemessung von Fortschritten bei der Umsetzung von Strukturreformen anhand von gemeinsamen Prinzipien und daraus abgeleiteten Indikatoren erfolgen derzeit auch auf G20-Ebene.

## Analysen und Berichte

SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

# Spending Reviews im Bundeshaushalt

## Erster Zyklus 2015/2016 erfolgreich abgeschlossen

- Zur Steigerung der Wirkungsorientierung des Bundeshaushalts wurden erstmals Spending Reviews durchgeführt.
- Die Haushaltsanalysen in den Bereichen „Kombinierter Verkehr“ und „MobiPro-EU“ wurden erfolgreich abgeschlossen.
- Im Zyklus 2016/2017 werden nun die Politikfelder „Wohnungswesen“ und „Energie und Klima“ untersucht.

1	Einführung von Spending Reviews im Bundeshaushalt .....	14
1.1	Auftrag/Koalitionsvertrag .....	14
1.2	Wirkungsorientierung oder Outcome-Betrachtung.....	14
2	Konzeption der Spending Reviews in Deutschland .....	15
2.1	Organisatorischer Aufbau .....	15
2.2	Methodische Herangehensweise .....	16
2.3	Zeitplan.....	17
3	Spending-Reviews-Zyklus 2015/2016 .....	18
3.1	Spending Review „Kombinierter Verkehr“ .....	18
3.2	Spending Review „MobiPro-EU“ .....	19
3.3	Umsetzung der Ergebnisse im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017 .....	20
3.4	Fazit des ersten Zyklus .....	20
4	Ausblick auf den Spending-Review-Zyklus 2016/2017.....	21

## 1 Einführung von Spending Reviews im Bundeshaushalt

### 1.1 Auftrag/Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode haben die Koalitionspartner vereinbart, dass das Top-Down-Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushalts um eingehende einnahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalysen im Vorfeld des Eckwertebeschlusses zu einzelnen – jeweils vorher ausgewählten – Politikbereichen ergänzt werden soll.

Ziel dieser im internationalen Umfeld als „Spending Reviews“ bezeichneten Analysen ist es, das Haushaltsaufstellungsverfahren stärker inhaltlich auszurichten und somit die Wirkungsorientierung des Haushalts zu verbessern.

### 1.2 Wirkungsorientierung oder Outcome-Betrachtung

Das deutsche Haushaltssystem ist traditionell stark am Input orientiert, also an dem, was „hineingegeben“ wird. Das heißt: Im Haushaltspunkt wird für jeden Titel ausgewiesen, wie viel Geld für eine Aufgabe oder ein Programm ausgegeben werden darf. Für das Parlament, die Bürger oder die Unternehmen ist allerdings auch interessant, welche Wirkung durch ein Programm beziehungsweise das ausgegebene Geld erzielt wird. Im internationalen Vergleich ist die Darstellung von Wirkungen der Haushaltspolitik in Deutschland eher gering ausgeprägt. Dies ist auch auf das traditionelle Haushaltsrecht des Bundes zurückzuführen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat

## Analysen und Berichte

SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

im Jahr 2014 das Haushaltssystem des Bundes eingehend untersucht und ihm insgesamt ein positives Zeugnis ausgestellt (vergleiche Artikel zur OECD Budget Review im Monatsbericht vom Dezember 2014). So wurde z. B. das Top-Down-Verfahren bei der Haushaltaufstellung als positiv hervorgehoben. Bemängelt wurde aber u. a. eine zu geringe Wirkungsorientierung des Haushalts.

Diese Analyse der OECD bestätigte somit den neuen Ansatz der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, einnahme- und ausgabe-seitige Haushaltsanalysen einzuführen, die die Wirkung von Programmen und Maßnahmen einzelner Politikbereiche systematisch untersuchen sollen. Hierzu wurde im Juni 2014 eine kleine Arbeitseinheit im BMF gebildet, um ein Konzept zu entwickeln, das sich an internationalen Erfahrungen orientiert, die deutschen Besonderheiten berücksichtigt und eng mit dem Haushaltaufstellungsverfahren verknüpft ist.

## 2 Konzeption der Spending Reviews in Deutschland

Leitmotiv der Spending Reviews in Deutschland ist, dass es durch eine enge Verzahnung mit dem Haushaltaufstellungsverfahren gelingen soll, möglichst konkrete Ergebnisse für den Haushalt zu erzielen. Es sollte kein wissenschaftliches, sondern ein praktisch anwendbares und transparentes Verfahren entwickelt werden, mit dem sich die Prioritätensetzungen im Bundeshaushalt und/oder die Effektivität und Effizienz der mit Steuergeldern finanzierten Maßnahmen überprüfen und konkrete Konsequenzen für die zukünftige Haushaltsplanung herausarbeiten lassen.

### 2.1 Organisatorischer Aufbau

Dieser für Deutschland neue Ansatz braucht eine starke politische Begleitung. Denn es geht um selbstkritische Betrachtung der Fachpolitiken. Diesen Überlegungen folgend ist der

organisatorische Aufbau der Spending Reviews zweistufig. Es wird ein Lenkungsausschuss gebildet, in dem der Haushalts-Staatssekretär des BMF den Vorsitz führt. Ständige Mitglieder sind darüber hinaus derzeit Staatssekretäre aus dem Bundeskanzleramt und dem Bundeswirtschaftsministerium. Darüber hinaus nehmen Staatssekretäre jener Ministerien teil, deren Politikfelder von den Spending Reviews des laufenden Jahres betroffen sind.

Der Lenkungsausschuss setzt für jedes Spending-Review-Thema eine Arbeitsgruppe ein und beschließt für sie einen Arbeitsauftrag. Mitglieder der Arbeitsgruppen sind Vertreter des BMF und der fachlich betroffenen Ministerien. Für die fachliche Arbeit können Gäste herangezogen werden. Typischerweise kommen hier Vertreter des Bundesrechnungshofs, von Bewilligungsbehörden (also z. B. einer Behörde, die Fördermittel auszahlt), o. ä. in Betracht. Auch können im Einzelfall Wissenschaftler oder sonstige Experten herangezogen werden.

Spending Reviews sind eine gemeinsame Aufgabe von BMF und den fachlich zuständigen Ministerien. Es ist gerade nicht so, dass die Mitarbeiter des BMF über ein Programm oder ein Politikfeld zu Gericht sitzen und dem zuständigen Ministerium anschließend „das Urteil“ verkünden. Diesem Grundgedanken trägt auch die Tatsache Rechnung, dass ein Lenkungsausschuss mehrere Arbeitsgruppen einsetzt. So müssen sich die Staatssekretäre auch mit der Materie der Arbeitsgruppen auseinandersetzen, die die Belange ihres Ressorts nicht direkt berühren. Dadurch wird ein unabhängigeres Votum sichergestellt. Einen Überblick über den organisatorischen Aufbau bietet Abbildung 1.

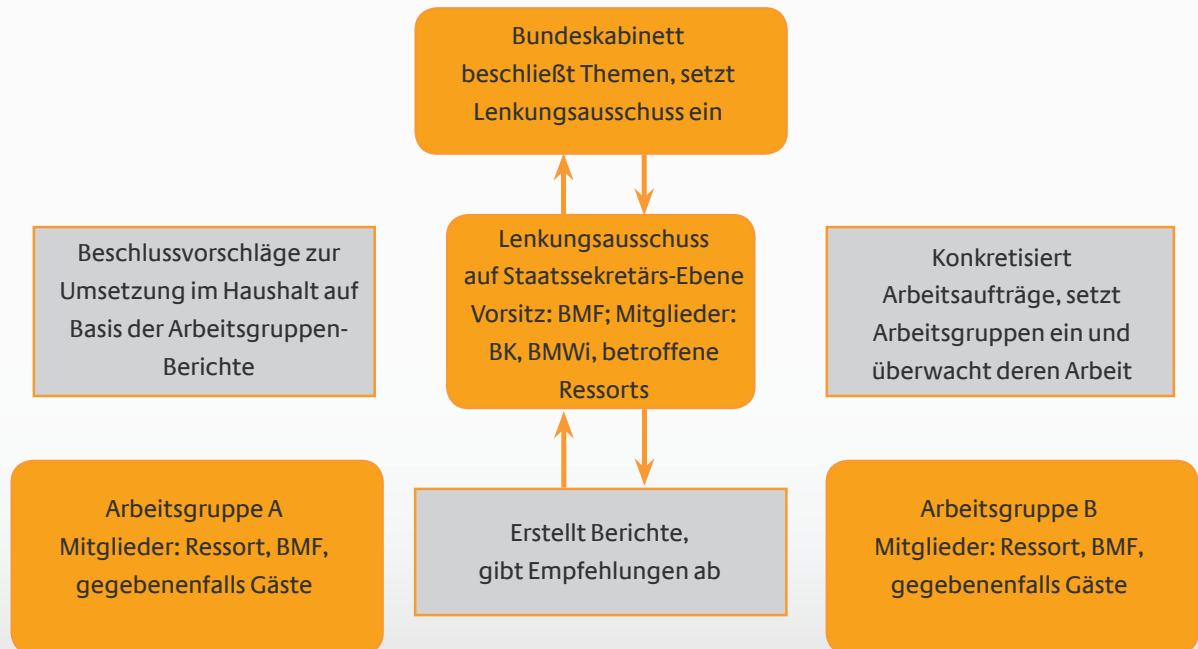
Die Arbeitsgruppen legen ihre Berichte dem Lenkungsausschuss vor. In den Berichten können auch sich widersprechende Meinungen und Vorschläge geäußert werden.

Der Lenkungsausschuss nimmt die Berichte der Arbeitsgruppen zur Kenntnis, bildet sich

## Analysen und Berichte

SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

Abbildung 1: Organisationsstruktur der Spending Reviews



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

eine Meinung und unterbreitet dem Bundeskabinett Beschlussvorschläge. Auf Basis dieser Beschlussvorschläge entscheidet das Bundeskabinett im Rahmen der Haushaltaufstellung über deren Berücksichtigung im nächsten Haushaltsplanentwurf.

## 2.2 Methodische Herangehensweise

Die Arbeit in den Arbeitsgruppen ist in drei Schritte unterteilt, um die Wirkungen einer Maßnahme, eines Programms oder eines Politikfelds herauszuarbeiten:

### Zieldefinition

Der erste Schritt der Arbeitsgruppen – nach einer Bestandsaufnahme des Förderumfelds – ist die Verständigung über die Ziele, die die Bundesregierung im zu untersuchenden Politikbereich verfolgt und deren Erreichung in der Arbeitsgruppe untersucht werden soll. Dies erscheint zunächst trivial, da in Förderrichtlinien oder Ähnlichem stets Ziele zu definieren sind. Im Falle der Betrachtung

mehrerer Maßnahmen oder Programme kann es jedoch vorkommen, dass sich die Ziele widersprechen. Auch gibt es Fälle, bei denen die Ziele eines Programms anderen Zielen der Bundesregierung entgegenlaufen. Gerade bei älteren, lange laufenden Programmen ist zu überprüfen, ob die Ziele noch zeitgemäß sind.

### Identifikation von Indikatoren

Im nächsten Schritt müssen Indikatoren gefunden werden, anhand derer die Erreichung der zuvor definierten Ziele gemessen werden kann. Bei der Auswahl von Indikatoren zur Zielerreichung ist vor allem auch darauf zu achten, dass sie wirklich eine Aussage darüber zulassen, ob z. B. eine Förderung wirkt. Indikatoren sollen auch Information darüber liefern, ob Mitnahmeeffekte genutzt werden. Um dies sicherzustellen, muss ein Ursache-Wirkungs-Zusammenhang bestehen, der durch die Indikatoren verifiziert wird.

Die Arbeitsgruppe kann auf Daten verschiedener Quellen zurückgreifen. Zum Teil existiert

## Analysen und Berichte

### SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

bei den Ressorts oder ausführenden Stellen umfangreiches Datenmaterial; aber auch Daten des Statistischen Bundesamts oder von wissenschaftlicher Seite können herangezogen werden. Vorzugsweise sind für die Indikatoren Daten zu verwenden, die öffentlich zugänglich sind, um zu nachvollziehbaren Ergebnissen gelangen zu können.

### Diskussion der Entwicklung der Indikatoren

Im dritten Schritt wird die Entwicklung der zuvor ausgewählten Indikatoren betrachtet und bewertet. Durch diese Betrachtung soll die Effektivität im betrachteten Politikfeld untersucht werden. Wenn sich die Indikatoren nicht positiv entwickeln, kann man daraus schließen, dass die Förderung in der vorliegenden Form nicht wirkt oder gar überholt ist. Im Falle einer positiven Entwicklung wird noch

berücksichtigt werden, in welchem Verhältnis (finanzieller) Aufwand und Ertrag einer Maßnahme stehen (Effizienz). Schließlich kann die Messung auch zu der Erkenntnis führen, dass die Ziele auch mit einem geringeren Mitteleinsatz erreicht werden können.

Das Gesamturteil einer Spending Review lässt sich aus der Entwicklung geeigneter Indikatoren ableiten, die aufzeigen, ob die Politikziele erreicht wurden. Zur konkreten Umsetzung werden im Folgenden die Arbeiten und Ergebnisse des Spending-Reviews-Zyklus 2015/2016 betrachtet.

### 2.3 Zeitplan

Der Zeitplan der Spending Reviews orientiert sich stark am Zeitplan der Haushaltaufstellung. Einen Überblick über den zeitlichen Ablauf bietet Abbildung 2.

Abbildung 2: Zeitplan der Spending Reviews



Erläuterung: t+2 = übernächstes Haushaltsjahr.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

### 3 Spending-Reviews-Zyklus 2015/2016

Um das Verfahren der Spending Reviews zu entwickeln und die gemeinsamen Abläufe einzubüben, wurden im Zyklus 2015/2016 zwei eher kleinere Politikfelder als Themen aufgerufen. Das Bundeskabinett hat im Juli 2015 beschlossen, dass in Spending Reviews die Themenfelder „Förderung des kombinierten Verkehrs“ und „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa (MobiPro-EU)“ untersucht werden. Abweichend vom Zeitplan wurde der Beschluss erst im Sommer im Rahmen des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2016 gefasst, da die Vorarbeiten dies nicht früher zuließen.

Die Arbeitsaufträge für beide Arbeitsgruppen bestanden darin, zu untersuchen,

- ob die Ziele der Programme noch angemessen sind sowie
- ob diese Ziele erreicht werden (Effektivität) und
- ob dies wirtschaftlich erfolgt (Effizienz) sowie
- ob gegebenenfalls eine Mittelumschichtung sinnvoll wäre und
- wie gegebenenfalls die Förderung optimiert werden kann.

Bereits zu Anfang des Prozesses wurde vom BMF zugesagt, dass gegebenenfalls identifizierte Einsparpotenziale (in den untersuchten Bereichen) im gleichen Politikbereich verwendet werden können. Das Geld soll aber dort eingesetzt werden, wo es für die Zielsetzung am meisten bewirkt.

Die Arbeitsgruppen trafen sich zwischen August 2015 und Februar 2016 regelmäßig und zogen zu einzelnen Beratungen jeweils die zuständigen Kolleginnen und Kollegen des

Bundesrechnungshofs sowie die jeweiligen Bewilligungsbehörden für die Förderprogramme hinzu. Beide Arbeitsgruppen befragten darüber hinaus auch die Verfasser der Evaluierungsgutachten der Programme, um weitere Informationen zu Effektivität und Effizienz der Programme zu erhalten.

Zur Arbeit der Arbeitsgruppen und den Ergebnissen im Einzelnen:

#### 3.1 Spending Review „Kombinierter Verkehr“

Der Kombinierte Verkehr (KV) ist eine besondere Form des Güterverkehrs, bei der Lkw-Sattelaufzieher oder Container über den Hauptteil der Transportstrecke auf der Schiene oder der Binnenwasserstraße transportiert werden. Der Lkw wird für den Vor- und Nachlauf eingesetzt, d. h. um Ladeeinheiten von den Be- und Entladeorten abzuholen und auszuliefern. Die Be- und Entladeorte sind die sogenannten Umschlaganlagen. Dort werden mit geeigneten Kränen oder speziellen Verladefahrzeugen z. B. Container vom Lkw auf Züge oder Binnenschiffe umgeladen. Die Bundesregierung unterstützt den KV seit 1998 mittels eines Förderprogramms für die Umschlaganlagen, d. h. sie subventioniert den Bau von Umschlaganlagen.

Ziel des KV ist es, die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße zu stärken und somit die Umwelt sowie die Straße von Lkw-Fahrten zu entlasten.

Die Arbeitsgruppe hat untersucht, ob es mithilfe der Förderung von Umschlaganlagen gelingt, Lkw-Fahrten auf die Schiene und die Wasserstraße zu verlagern und somit die Umweltziele zu erreichen.

#### Untersuchungsergebnisse

Die wesentlichen Erkenntnisse aus der Arbeit der Arbeitsgruppe waren:

- Der Kombinierte Verkehr leistet einen Beitrag zur Erreichung der durch die

## Analysen und Berichte

### SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

Förderung angestrebten Ziele. Das heißt die Straße wird von Lkw-Fahrten entlastet und die CO<sub>2</sub>-Emissionen werden verringert, was der Umwelt zugutekommt.

- Das Förderverfahren wird jedoch von den Antragstellern überwiegend als „bürokratisch“ und zeitaufwändig wahrgenommen.
- Die bereitgestellten Mittel aus dem Bundeshaushalt (jährlich rund 90 Mio. €) wurden regelmäßig nicht vollständig ausgegeben.
- Es wurde bisher nicht ausreichend untersucht, ob es einen direkten Zusammenhang zwischen der Förderung und dem zu erreichenden Ziel gibt (Ursache-Wirkungs-Zusammenhang).

### Beschlussvorschläge

Da die mit der Förderung des KV angestrebten Ziele weiterhin prioritätär sind und die Förderung grundsätzlich wirksam ist, schlug die Arbeitsgruppe die Fortführung des Programms mit Anpassungen vor. Diese sind vor allem:

- Absenkung der Mittel des Förderprogramms in den nächsten zwei Jahren in Höhe von jeweils 20 Mio. € und die weitere Beobachtung des Mittelabflusses. Die Mittel werden zum Lärmschutz an Schienenwegen umgeschichtet. Gegebenenfalls wird nach Ablauf der zwei Jahre nachgesteuert, falls im KV zusätzliche Mittel benötigt werden.
- Vereinfachungen und Verbesserungen der Förderung, soweit dies rechtlich möglich ist. So kann z. B. in Zukunft auf eine selbstschuldnerischen Bürgschaft verzichtet werden, wenn dem Bund erstrangig eine Grundschuld eingeräumt wird.
- Die Förderrichtlinie wird – im Einklang mit den subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung – regelmäßig überprüft.

Die Arbeitsgruppe schlägt daher einige methodische Weiterentwicklungen der zukünftigen Evaluierungsgutachten vor. Hauptaugenmerk soll hierbei auf die Untersuchung des Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs gelegt werden. Das heißt es soll überprüft werden, ob die guten Ergebnisse bei den CO<sub>2</sub>-Einsparungen tatsächlich aus der Förderung resultieren.

### 3.2 Spending Review „MobiPro-EU“

Das Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa (MobiPro-EU)“ ist ein Modellvorhaben, das die grenzüberschreitende Mobilität junger Europäerinnen und Europäer in den deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt nachhaltig unterstützen und somit einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa und zur Fachkräfte sicherung in Deutschland leisten soll. Konkret soll arbeitslosen Jugendlichen aus anderen EU-Staaten eine Möglichkeit geboten werden, in Deutschland einen Sprachkurs und eine betriebliche Berufsausbildung zu absolvieren.

Auch in dieser Arbeitsgruppe wurde untersucht, ob durch das Programm die angestrebten Ziele erreicht werden. Dabei war zu berücksichtigen, dass das Programm von vornherein zeitlich befristet und von der Dimensionierung und Zielsetzung her damit nicht der Anspruch verbunden war, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu lösen.

### Untersuchungsergebnisse

Die Arbeitsgruppe MobiPro-EU kam aufgrund ihrer Analysen zu folgenden Ergebnissen:

Das Sonderprogramm MobiPro-EU war von vornherein als Pilotprogramm und damit für einen befristeten Zeitraum angelegt. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es – quantitativ – nicht wirtschaftlich ist, wenn dauerhaft ein Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosenquote von Jugendlichen in

## Analysen und Berichte

### SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

Südeuropa und eine Gewinnung von Fachkräften in Deutschland mit einem derartigen Mitteleinsatz wie in MobiPro-EU pro Teilnehmer verfolgt würde. Es wurden bis zum Zeitpunkt der Review über 10 000 Personen im Rahmen des Sonderprogramms gefördert. Es zeichnet sich daher ab, dass die mit MobiPro-EU von Anfang an angestrebten qualitativen Ergebnisse und Lernprozesse einen Beitrag bei der Gestaltung von Programmen der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität leisten können, aber auch bei der Integration von Menschen aus dem Ausland in den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Die Erkenntnisse aus MobiPro-EU werden anderen Akteuren oder Politikbereichen, die sich ebenfalls mit Mobilitäts- und Migrationsfragen beschäftigen, zur Verfügung gestellt werden, wobei die Übertragbarkeit von Erkenntnissen im Einzelnen genau geprüft werden muss. Verbesserungspotenzial kann bislang insbesondere mit Blick auf die Erfassung und Aufbereitung von Durchführungs- und Verwaltungskosten attestiert werden.

Im Ergebnis ist somit festzuhalten, dass der Mitteleinsatz für das Sonderprogramm MobiPro-EU hoch, aber im Rahmen eines Pilotprojekts wirtschaftlich vertretbar ist, da durch das Programm wesentliche Erkenntnisse gewonnen werden konnten, deren Übertragbarkeit auf aktuelle Herausforderungen einen langfristig nutzbaren Mehrwert darstellt.

### Beschlussvorschläge

Daraus leitet die Arbeitsgruppe folgende Beschlussempfehlungen ab:

- Das Sonderprogramm MobiPro-EU läuft mit dem Ausbildungsjahrgang 2016 planmäßig aus. Die Ausfinanzierung der eingegangenen Verpflichtungen läuft noch bis zum Jahr 2020.
- Die Erfahrungen aus der Umsetzung des Sonderprogramms MobiPro-EU werden für einen Wissenstransfer auf andere Akteure

oder Politikbereiche, die sich mit Fragen der grenzüberschreitenden Mobilität, Fachkräftezuwanderung und Migration in Berufsausbildung beschäftigen, aufbereitet und somit gesichert.

- Eventuell im weiteren Haushaltsvollzug noch frei werdende Mittel aus dem Bundeshaushalt können für andere Programme in diesem Bereich eingesetzt werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation.

### 3.3 Umsetzung der Ergebnisse im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017

Der Lenkungsausschuss hat die Beschlussvorschläge der beiden Arbeitsgruppen übernommen und dem Bundeskabinett unterbreitet. Das Bundeskabinett hat dem im Rahmen des Eckwertebeschlusses zum Bundeshaushalt im März 2016 zugestimmt. Die finanziellen Auswirkungen der Spending Reviews wurden im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017 und im Finanzplan bis 2020 berücksichtigt.

### 3.4 Fazit des ersten Zyklus

Alle Beteiligten des ersten Spending-Review-Zyklus sind mit dem Verlauf und den Ergebnissen zufrieden. Es stellte sich als richtig heraus, zuerst mit kleineren Themenbereichen zu beginnen und somit Erfahrungen zu sammeln. Gleichwohl können sich die Ergebnisse sehen lassen. So wurden im Bereich des Kombinierten Verkehrs Mittelumstichungen in Höhe von 20 Mio. € pro Jahr realisiert. Es ist davon auszugehen, dass diese Mittel beim Lärmschutz an Schienenwegen besser eingesetzt sind. Auch im Bereich des Modellprogramms MobiPro-EU konnten wertvolle Erkenntnisse – auch für zukünftige Projekte – gewonnen werden. Es zeigt sich jedoch auch, dass Aufwand und Erfolg einer Maßnahme in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen – ansonsten ist es besser, die Maßnahme auslaufen zu lassen.

## Analysen und Berichte

### SPENDING REVIEWS IM BUNDESHAUSHALT

Um interessierten Bürgern – aber auch potenziellen Interessenten von Förderprogrammen – die Möglichkeit zu geben, sich ein Bild über die Programme und Maßnahmen zu machen, hat der Lenkungsausschuss beschlossen, die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen zu veröffentlichen. Dies erfolgte im Rahmen des Finanzberichts 2017.<sup>1</sup>

Die beiden Spending Reviews haben gezeigt, dass es sich lohnt, Förderprogramme oder Politikbereiche mit Haushaltsrelevanz immer wieder zu hinterfragen. Nur so kann sicher gestellt werden, dass mit dem eingesetzten Geld auch gute Ergebnisse für Bürger und Wirtschaft erzielt werden können.

## 4 Ausblick auf den Spending-Review-Zyklus 2016/2017

Aufgrund der positiven Erfahrungen im ersten Zyklus, der mit dem Kabinettbeschluss zu den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2017 im März 2016 abgeschlossen wurde, werden die Spending Reviews fortgeführt. Im

---

<sup>1</sup> [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Wirtschafts\\_und\\_Finanzdaten/\\_Finanzberichte/Finanzbericht-2017-anl.pdf?blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Wirtschafts_und_Finanzdaten/_Finanzberichte/Finanzbericht-2017-anl.pdf?blob=publicationFile&v=2); S. 115 ff.

Zyklus 2016/2017 werden die Politikfelder „Wohnungswesen“ und „Energie und Klima“ betrachtet. Wichtig ist, dass es sich um Themenfelder handelt, bei denen mehrere Ministerien betroffen sind und gemeinsam Reviews durchführen. Darüber hinaus ist es durch die Auswahl dieser beiden Themenfelder gelungen, Bereiche zu untersuchen, die stärker im Fokus der politischen und öffentlichen Diskussion stehen. Beim Themenfeld „Energie und Klima“ wird der Fokus auf Förderprogramme gelegt, die sich an Kommunen und kommunale Einrichtungen richten. Hierdurch wird dieses weite Feld thematisch begrenzt und trotzdem ein repräsentativer Programmquerschnitt betrachtet. Im Politikfeld Wohnungswesen analysiert die Arbeitsgruppe vor allem die Förderung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Der neu konstituierte Lenkungsausschuss hat im April die Arbeitsaufträge beschlossen und die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit im Sommer aufgenommen. Bei der Review zu „Energie und Klima“ wird erstmals ein externes Forschungsvorhaben in die Arbeit einbezogen.

Ziel ist es auch in diesem Jahr wieder, die Ergebnisse der Reviews in die Eckwerte zum nächsten Bundeshaushalt, dann schon für das Jahr 2018, einfließen zu lassen. Aufgrund der Komplexität der beiden Themenfelder ist dies eine ambitionierte Aufgabe.

## Analysen und Berichte

SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

# Schuldenbremse 2015: Struktureller Überschuss – das zweite Jahr in Folge

- Im Jahr 2015 wurde ein struktureller Überschuss in Höhe von 0,15 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erzielt. Damit wurde das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts mit Abstand eingehalten.
- Zum 31. Dezember 2015 sind die Übergangsregeln gemäß Artikel 143d Grundgesetz (GG) für den Bund ausgelaufen. Daher wurde der kumulierte positive Saldo von 119,8 Mrd. € der Abrechnung der Schuldenbremse des Jahres 2014 zum Jahresende 2015 gelöscht. Ab dem Jahr 2016 gilt für die Strukturkomponente dauerhaft eine Obergrenze von 0,35 % des BIP.

1	Einleitung .....	22
2	Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 .....	22
3	Abrechnung für das Haushaltsjahr 2015 und Funktionsweise des Kontrollkontos.....	24
4	Ausblick .....	26

## 1 Einleitung

Der Bundeshaushalt 2015 hält nicht nur bei der Haushaltsaufstellung, sondern auch im Haushaltsvollzug die im Artikel 115 GG verankerte Schuldenbremse ein.

Gemäß § 7 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes (Artikel 115-Gesetz) erfolgt jeweils zum 1. März (vorläufig) und zum 1. September (endgültig) eine Abrechnung zur Einhaltung der Schuldenbremse des vorangegangenen Jahres. Dabei wird die tatsächliche Nettokreditaufnahme (NKA) – auch Neuverschuldung – im abgelaufenen Jahr mit der maximal zulässigen NKA verglichen. Unterschreitet das Ist-Ergebnis der NKA die zulässige Höchstgrenze, wird auf dem Kontrollkonto ein entsprechend positiver Betrag verbucht. Ein Überschreiten der maximal zulässigen Neuverschuldung führt dagegen zu einer Belastung des Kontrollkontos. Die Buchungen werden über alle Jahre kumuliert. Das Kontrollkonto soll damit langfristig die Einhaltung der Schuldenbremse sichern. Befindet sich der Negativsaldo auf dem Kontrollkonto unter dem Schwellenwert von 1% des BIP, setzt eine

normierte konjunkturgerechte Abbauverpflichtung ein, d. h., es entsteht ein unmittelbarer haushaltspolitischer Handlungsbedarf.

## 2 Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2015

Gemäß Artikel 109 Absatz 3 GG sind die Haushalte des Bundes und der Länder grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Der Bund trägt diesem Grundsatz Rechnung, wenn die um konjunkturelle Effekte bereinigten Einnahmen aus Krediten (strukturelle Neuverschuldung) eine Obergrenze von 0,35 % des BIP nicht überschreiten (Strukturkomponente). Da zum Zeitpunkt der Einführung der Schuldenbremse die Neuverschuldung krisenbedingt sehr hoch gewesen war, wurden in Artikel 143d GG Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten der permanent geltenden Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung festgelegt. Die Länder dürfen danach auf der Grundlage der

## Analysen und Berichte

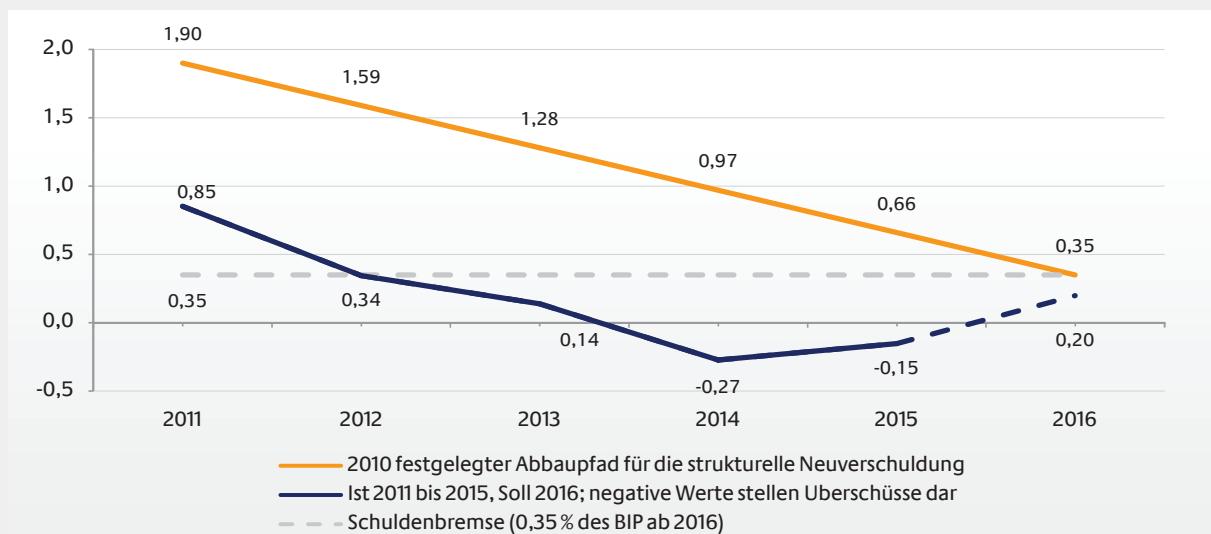
### SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

geltenden landesrechtlichen Regelungen bis einschließlich 31. Dezember 2019 von den Vorgaben des Artikels 109 Absatz 3 GG abweichen. Der Bund musste vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2015 seine strukturelle Neuverschuldung in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 % des BIP zurückführen. Der Abbaupfad zur Erreichung der Obergrenze für die maximal zulässige strukturelle NKA des Bundes wurde mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 festgelegt, also im Sommer des Jahres 2010. Ausgangspunkt war das zu diesem Zeitpunkt erwartete strukturelle Defizit von 53,2 Mrd. € beziehungsweise 2,21 % des BIP. In der sechsjährigen Übergangsfrist bis zum Jahr 2016 sollte sich die maximal zulässige strukturelle NKA jährlich um ein Sechstel der Differenz zwischen 2,21 % des BIP und der zu erreichenden Obergrenze im Jahr 2016 von 0,35 % des BIP verringern. Der Abbaupfad beträgt somit 0,31 % des BIP pro Jahr (vergleiche Abbildung 1). Bei Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 lag die Obergrenze der zulässigen strukturellen Neuverschuldung demnach bei 0,66 % des BIP beziehungsweise 18,6 Mrd. € (vergleiche Tabelle 2, Position 3 der Spalte 2015).

Die Strukturkomponente ist Ausgangspunkt für die Berechnung der maximal zulässigen NKA. Hierzu wird die Obergrenze der strukturellen Neuverschuldung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, d. h. der nicht vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben, bereinigt. Durch die Bereinigung um finanzielle Transaktionen soll eine möglichst große Annäherung des für die Schuldenbremse maßgeblichen Haushaltssaldos an den für die europäischen Vorgaben relevanten Finanzierungssaldo in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erreicht werden. So können beispielsweise Erlöse aus Privatisierungen nicht mehr zur Einhaltung der Kreditgrenze herangezogen werden. Die Schuldenbremse stützt damit eine nachhaltige Haushaltspolitik.

Mittels Abzug einer sogenannten Konjunkturkomponente von der Obergrenze der strukturellen Neuverschuldung wird den konjunkturellen Einflüssen auf den öffentlichen Haushalt Rechnung getragen. Die konjunkturelle Lage wird symmetrisch berücksichtigt: In guten Zeiten wird die maximal zulässige NKA eingeschränkt und in schlechten Zeiten

Abbildung 1: Entwicklung der strukturellen Neuverschuldung 2011 bis 2016  
in % des BIP



## Analysen und Berichte

SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

**Tabelle 1: Grundstruktur der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Grundgesetz**

Strukturkomponente	maximale strukturelle NKA: 0,35 % des BIP
minus Saldo der finanziellen Transaktionen	gemäß Betrachtung des Finanzierungssaldos in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
minus Konjunkturkomponente	nach EU-Konjunkturbereinigungsverfahren
minus (gegebenenfalls) Rückführungspflicht aus Kontrollkonto	bei Unterschreitung eines negativen Schwellenwerts von -1% des BIP; maximal 0,35 % des BIP; nur in konjunkturellen Aufschwungphasen
<b>= maximal zulässige NKA</b>	

erweitert. Um die Konsistenz der Schuldenbremse mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erhöhen, wird zur Konjunkturbereinigung das gleiche Verfahren angewendet, das im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung genutzt wird. Bei der Haushaltsaufstellung des Bundes ergibt sich die Konjunkturkomponente aus dem Produkt von nominaler Produktionslücke zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung und Budgetsemielastizität<sup>1</sup> (vergleiche Tabelle 2, Position 6, Soll 2015). Dabei kennzeichnet die Produktionslücke die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Budgetsemielastizität gibt an, wie die konjunkturabhängigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der Produktionslücke reagieren.

Für das Soll des Bundeshaushalts 2015 ergibt sich demnach folgende Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung:  
Nach Abzug des Saldos finanzieller Transaktionen (1,4 Mrd. €) und der Konjunktur-

komponente (- 5,0 Mrd. €) von der Strukturkomponente (18,6 Mrd. €) erhält man eine maximal zulässige NKA in Höhe von 22,2 Mrd. € (vergleiche Tabelle 2, Position 8, Soll 2015). Mit einer veranschlagten NKA von insgesamt Null (vergleiche Tabelle 2, Position 4, Soll 2015) wurde der maximal zulässige Wert im Soll um 22,2 Mrd. € unterschritten. Die NKA setzt sich im Soll zusammen aus der NKA des Bundeshaushalts und den Finanzierungssalden der seit dem 1. Januar 2011 errichteten Sondervermögen (Energie- und Klimafonds und Aufbauhilfefonds). Die Hinzurechnung der Sondervermögen verhindert, dass über die Schaffung von Extrahaushalten die Schuldenbremse ausgehebelt wird. Strukturell (NKA zuzüglich finanzieller Transaktionen und der Konjunkturkomponente) wurde ein Überschuss von 3,6 Mrd. € beziehungsweise 0,13 % des BIP ausgewiesen (vergleiche Tabelle 2, Position 9, Soll 2015). Damit wurde im Soll die für das Jahr 2015 geltende Obergrenze der maximal zulässigen strukturellen NKA von 0,66 % des BIP mit großem Abstand eingehalten.

### 3 Abrechnung für das Haushaltsjahr 2015 und Funktionsweise des Kontrollkontos

Die Einhaltung der Schuldenbremse des Bundes wird auch im Haushaltsvollzug überprüft. Ein sehr wichtiges Element ist dabei das Kontrollkonto. Gemäß Artikel 115 Absatz 2 GG werden die Abweichungen der NKA im Ist von der zulässigen NKA auf einem Kontrollkonto erfasst.

<sup>1</sup> Die gesamtstaatliche Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten für Einnahmen und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke sowie methodischen Erweiterungen und der Aktualisierung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur durch die Europäische Kommission. Die Teilektoren des Sektors Staat tragen in unterschiedlichem Maß zur gesamtstaatlichen Budgetsemielastizität in Höhe von derzeit 0,55 bei. Für den Bund beträgt die Budgetsemielastizität derzeit 0,205.

## Analysen und Berichte

### SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

Die abschließende Buchung auf diesem Konto erfolgt im September des dem Haushaltabschluss folgenden Jahres (§ 7 Artikel 115-Gesetz). Bei einem negativen Saldo wird das Kontrollkonto belastet und bei einem positiven Saldo entlastet. Die Buchungen werden über Jahre kumuliert und so die Einhaltung der Schuldenbremse langfristig überwacht.

Überschreitet ein kumulierter negativer Saldo auf dem Kontrollkonto einen Schwellenwert von 1,5 % im Verhältnis zum nominalen BIP des Haushaltaufstellung vorangegangenen Jahres, müssen diese Belastungen konjunkturgerecht zurückgeführt werden (Artikel 115 Absatz 2 GG). Gemäß Ausführungsgesetz setzen die Abbauschritte bei einem Negativsaldo von 1% des BIP ein. Dabei verringert sich die maximal zulässige NKA jeweils im nächsten Jahr um den überschießenden Betrag, höchstens jedoch um 0,35 % des BIP. Voraussetzung für die Rückführung ist eine positive Veränderung der Produktionslücke. Positive Salden auf dem Kontrollkonto stellen kein „Guthaben“ dar, das zur Erweiterung des Kreditspielraums genutzt werden kann.

Die tatsächliche NKA setzt sich zusammen aus der NKA des Bundeshaushalts und mit umgekehrten Vorzeichen den Finanzierungssalden der seit dem Inkrafttreten der Schuldenbremse errichteten Sondervermögen (vergleiche Tabelle 2, Position 4, 4a bis 4d, Ist 2015). Daraus ergibt sich im Jahr 2015 insgesamt ein Überschuss in Höhe von 4,5 Mrd. €.

- Die NKA des Bundeshaushalts ist gemäß Artikel 115 Absatz 2 GG Hauptsteuerungsgröße für die Schuldenbremse. Der Haushalt des Bundes 2015 schloss zwar mit einem Finanzierungssaldo von +11,8 Mrd. € ab. Dieser wurde jedoch zusammen mit den Münzeinnahmen der Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration zugeführt. Damit betrug die NKA des Bundeshaushalts Null.

- Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 waren die bestehenden Sondervermögen Energie- und Klimafonds sowie Aufbauhilfefonds zu berücksichtigen. Im Haushaltsvollzug kam mit Inkrafttreten des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes vom 24. Juni 2015 der Kommunalinvestitionsförderungsfonds hinzu. Das neue Sondervermögen dient der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in den Flächenländern und strukturschwacher Gebiete in den Stadtstaaten. Dieser Fonds wurde mit 3,5 Mrd. € ausgestattet.

Die maximal zulässige NKA im Haushaltsvollzug wird im Prinzip technisch wie beim Soll berechnet:

- Die Strukturkomponente, die durch den Abbaupfad vorgegeben ist, entspricht im Ist dem Soll (+18,6 Mrd. €). Der tatsächliche Saldo finanzieller Transaktionen sowie die Konjunkturkomponente werden abgezogen. Dabei fielen die finanziellen Transaktionen etwas höher aus als bei der Haushaltaufstellung erwartet (vergleiche Tabelle 2, Position 5, Ist 2015).
- Für die Abrechnung wird die Konjunkturkomponente an die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung des abzurechnenden Jahres gegenüber dem Vorjahr angepasst. Der Anstieg des nominalen BIP ist im Jahr 2015 mit 3,7 % gegenüber dem Vorjahr höher ausgefallen als zum Zeitpunkt der Haushaltaufstellung (Herbstprojektion 2014) projiziert. Das BIP war damit 16 Mrd. € höher (vergleiche Tabelle 2, Position 6b, Ist 2015). Für die neue Konjunkturkomponente wird das Produkt aus nominaler Produktionslücke für das Jahr 2015 zum Zeitpunkt der Haushaltaufstellung zuzüglich der 16 Mrd. €, multipliziert mit der Budgetsemielastizität, gebildet. Da die tatsächliche wirtschaftliche Aufwärtsbewegung

## Analysen und Berichte

### SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

nominal etwas ausgeprägter war als erwartet, verändert sich die Konjunkturkomponente um + 3,3 Mrd. €.

- Alles zusammengenommen fiel die maximal zulässige NKA in Höhe von 18,4 Mrd. € niedriger aus als bei der Haushaltsaufstellung erwartet (22,2 Mrd. €). Dies reflektiert, dass in verbesserter konjunktureller Lage die maximal zulässige Neuverschuldung eingeschränkt wird.

Aus der NKA im Ist 2015 zuzüglich dem Saldo der finanziellen Transaktionen und der Konjunkturkomponente ergibt sich eine strukturelle NKA in Höhe von - 4,3 Mrd. €. Das heißt, es wurde ein struktureller Überschuss von 4,3 Mrd. € beziehungsweise 0,15 % des nominalen BIP erzielt (vergleiche Tabelle 2, Position 9, Ist 2015). Damit liegt die strukturelle NKA unterhalb der im Jahr 2015 einzuhaltenden Obergrenze von 18,6 Mrd. €. Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel eines

strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts wurde erfüllt.

Die Differenz zwischen der maximal zulässigen NKA und der NKA im Ist ergibt eine rechnerische Entlastung des Kontrollkontos in Höhe von 22,8 Mrd. € (vergleiche Tabelle 2, Position 10, Ist 2015), die jedoch nicht dem kumulierten Saldo auf dem Kontrollkonto in Höhe von 119,8 Mrd. € (vergleiche Tabelle 2, Position 11) hinzugefügt wird. Die Übergangsregelung, die bis einschließlich 2015 eine erhöhte maximal zulässige strukturelle NKA zugelassen hatte, die in gleichmäßigen jährlichen Schritten auf 0,35 % des BIP abzubauen gewesen war, ist zum 31. Dezember des vergangenen Jahres ausgelaufen. Damit die im Übergangszeitraum kumulierten Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nach dem Ende des Übergangszeitraums nicht zu einer Verzerrung der Funktion des Kontrollkontos führen, wurde im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz festgelegt, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 auf Null gestellt wird.

## Analysen und Berichte

SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

**Tabelle 2: Aufstellung und Abrechnung der Haushalte des Bundes für die Jahre 2014 und 2015 gemäß Schuldenbremse**

		2014 <sup>1</sup>		2015 <sup>2</sup>	
		Soll	Ist	Soll	Ist
		in Mrd. € <sup>3</sup>			
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p. a.)	0,97		0,66	
2	Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2 737,6		2 809,5	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	26,6		18,6	
4	Nettokreditaufnahme <sup>4,5</sup>	6,6	0,8	0,0	-4,5
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	6,5	0,0	0,0	0,0
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-0,1	-0,1	0,0	1,9
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	-0,7	-	-0,9
4d	Finanzierungssaldo Kommunalinvestitionsförderungsfonds	-	-	-	3,5
5	Saldo finanzieller Transaktionen (5a) - (5b)	-2,9	-2,4	1,4	1,9
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	2,0	2,2	1,8	2,6
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	2,0	2,2	1,8	2,6
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	-
5ac	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	-
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	4,9	4,6	0,5	0,7
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	4,9	4,6	0,5	0,7
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	-
5bc	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	-
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-4,9	-5,9	-5,0	-1,7
6a	Nomiale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-23,2		-24,4	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] % x (6bb)	x	-5,0	x	16,0
6ba	Nominales BIP (% gegenüber Vorjahr)	3,5	3,4	3,2	3,7
6bb	Nominales BIP des Vorjahres	x	2 820,8	x	2 923,93
6c	Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,210		0,205	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-		-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	34,3	34,9	22,2	18,4

## Analysen und Berichte

SCHULDENBREMSE 2015: STRUKTURELLER ÜBERSCHUSS – DAS ZWEITE JAHR IN FOLGE

**noch Tabelle 2: Aufstellung und Abrechnung der Haushalte des Bundes für die Jahre 2014 und 2015 gemäß Schuldensremse**

		2014 <sup>1</sup>		2015 <sup>2</sup>	
		Soll	Ist	Soll	Ist
		in Mrd. € <sup>3</sup>			
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme <sup>5</sup> (4) + (5) + (6)	-1,2	-7,5	-3,6	-4,3
	in % des BIP	-0,04	-0,27	-0,13	-0,15
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	x	34,1	x	22,8
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	x	85,7	x	119,8
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	x	119,8	x	0 <sup>6</sup>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Soll 2014 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2014 vom 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 914); Ist bezieht sich auf Abrechnung Kontrollkonto Stand September 2015.

<sup>2</sup> Soll 2015 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2015 vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2442); Ist bezieht sich auf Abrechnung Kontrollkonto Stand September 2016.

<sup>3</sup> Sofern nicht anders angegeben.

<sup>4</sup> Die Nettokreditaufnahme (NKA) erfasst sowohl die NKA des Bundeshaushalts als auch – mit umgekehrten Vorzeichen – die Finanzierungssalden der seit dem Inkrafttreten der Schuldensremse neu errichteten Sondervermögen des Bundes.

<sup>5</sup> Negative Werte stellen Überschüsse dar.

<sup>6</sup> Gemäß § 9 Absatz 3 des Artikel 115-Gesetzes wird mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 der über die Haushaltjahre 2011 bis 2015 kumulierte Saldo des Kontrollkontos gelöscht.

## 4 Ausblick

Die Bundesregierung verfolgt gemäß Koalitionsvertrag das Ziel nachhaltig ausgeglichenener Haushalte. So sieht die Finanzplanung auch für die Jahre 2016 bis 2020 vor, den Haushalt des Bundes ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Dies ist zusammen mit der in diesem Zeitraum erwarteten anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung Grundlage dafür, dass die Obergrenze für die strukturelle NKA weiterhin eingehalten wird.

Zum 31. Dezember 2015 sind die Übergangsregeln gemäß Artikel 143d GG für den Bund ausgelaufen. Damit gilt ab diesem Jahr für die Strukturkomponente dauerhaft eine Obergrenze von 0,35 % des BIP. Mit der Löschung des kumulierten Saldos auf dem Kontrollkonto zum Jahresende 2015 wird sichergestellt, dass die Positivsalden aus dem Übergangszeitraum nicht in den ab 2016 geltenden Dauerzustand übernommen werden.

## Analysen und Berichte

NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

# Nachhaltige Stärkung der Investitionen in Deutschland

- Eine effektive Standortpolitik muss sich primär den Rahmenbedingungen für private Investitionen widmen; hier besteht das größte Potenzial, Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Deutschland ist bei den privaten Investitionen solide aufgestellt.
- Der Zuwachs der staatlichen Investitionen lag in den Jahren von 2009 bis 2015 mit jahresdurchschnittlich nominal + 3,3 % deutlich über dem Zuwachs der staatlichen Ausgaben insgesamt (nominal + 2,5 % im Jahresschnitt). Eine Fortsetzung der starken Investitionsdynamik erwartet die Bundesregierung für den Zeitraum bis 2020 mit einem jahresdurchschnittlichen Plus von + 4 ¾ %.
- Fundamental für den Erfolg jeglicher Investitionsstrategie ist die Einsicht, dass das gesamtwirtschaftliche Investitionsniveau vor allem durch höhere Investitionsausgaben des privaten Sektors nachhaltig erhöht werden kann. Daher beabsichtigt die Bundesregierung, die Rolle des privaten Sektors weiter zu stärken.

1	Entwicklung der privaten und staatlichen Investitionen.....	29
1.1	Private Investitionen .....	32
1.2	Staatliche Investitionen .....	33
2	Politikmaßnahmen.....	35
2.1	Private Investitionen .....	35
2.2	Staatliche Investitionen .....	36
3	Fazit .....	37

## 1 Entwicklung der privaten und staatlichen Investitionen

Die Investitionsquote (private und staatliche Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands befindet sich seit dem Jahr 2013 über dem Durchschnitt des Euroraums. Im Jahr 2015 belief sie sich auf 20 %. Die Europäische Kommission erwartet auch für 2016, dass die deutsche Investitionsquote über dem Durchschnitt des Euroraums liegt. Seit Ausbruch der Finanzkrise übersteigt Deutschlands Investitionsquote zudem die Quote der USA. Dies deutet auf eine

robuste Entwicklung der Gesamtinvestitionen hin (vergleiche Abbildung 1).

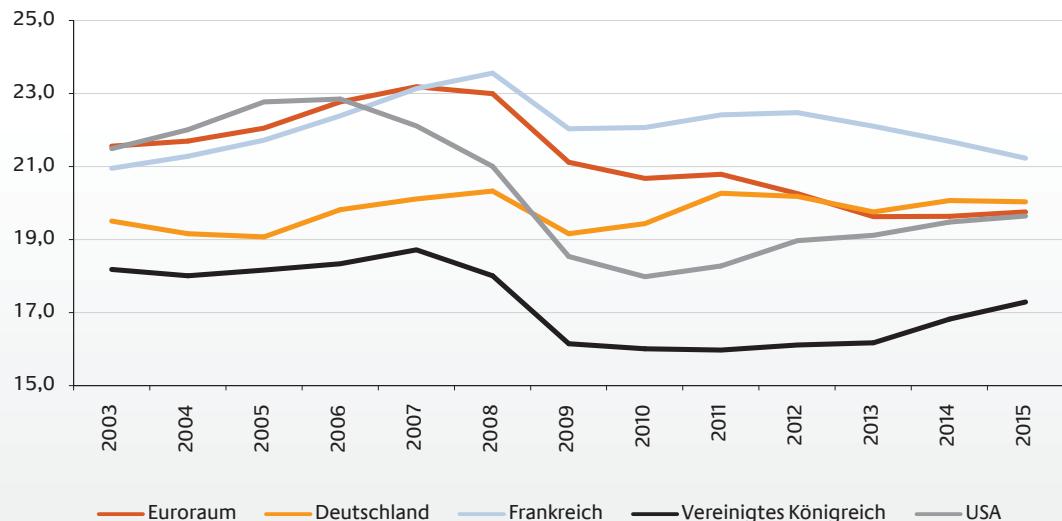
In Deutschland werden rund 89 % aller Investitionen von Unternehmen und privaten Haushalten getätigt (Euroraum 86 %). Effektive Politik muss sich deshalb primär mit der Gestaltung von Anreizen und sonstigen Rahmenbedingungen für private Investitionen befassen; hier besteht das größte Potenzial, Wachstum weiter zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei den aggregierten Quoten der Ausrüstungsinvestitionen (privat und staatlich) zeigt sich für Deutschland im internationalen Vergleich

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

Abbildung 1: Bruttoanlageinvestitionen im Ländervergleich  
in % des BIP



Quelle: Europäische Kommission, Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen des BMF.

ein durchweg positives Bild (vergleiche Abbildung 2). Hier sind Deutschland und die USA seit Jahren führend. Da die Differenz zu den Anlageinvestitionen hauptsächlich durch Bauinvestitionen erklärt wird, deutet dies darauf hin, dass die – temporär äußerst dynamische, aber eben nicht nachhaltige – Entwicklung der Bauinvestitionen in einigen Ländern die hohen Bruttoanlageinvestitionen

im Euroraum in den frühen 2000er Jahren erklären kann.<sup>1</sup>

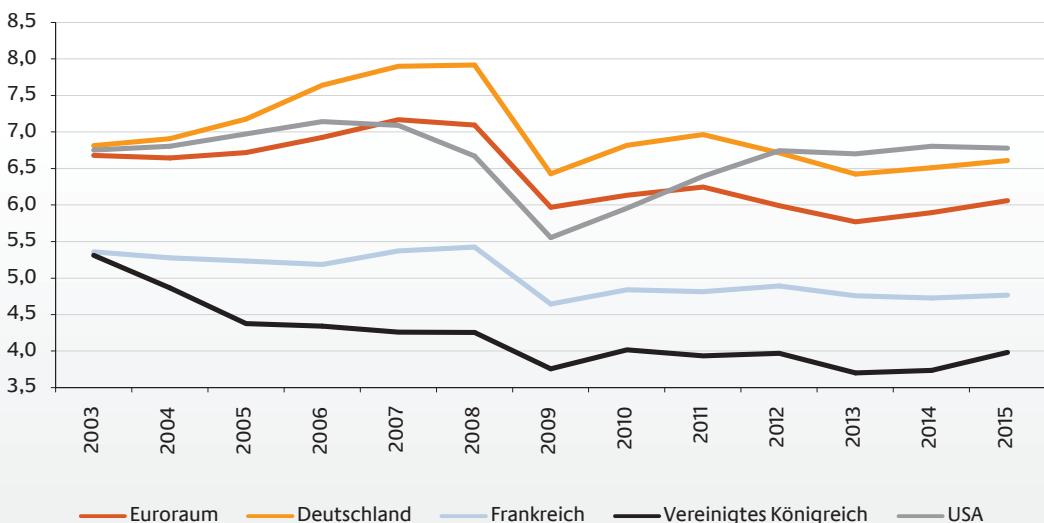
---

<sup>1</sup> Der Bauboom wurde in einigen Ländern durch Spekulationsblasen getrieben und stellte keine nachhaltige Entwicklung der Investitionen dar. Vergleiche BMF, Monatsbericht März 2014: Investitionsschwäche in Deutschland?

## Analysen und Berichte

NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

Abbildung 2: Bruttoausrüstungsinvestitionen im Ländervergleich  
in % des BIP

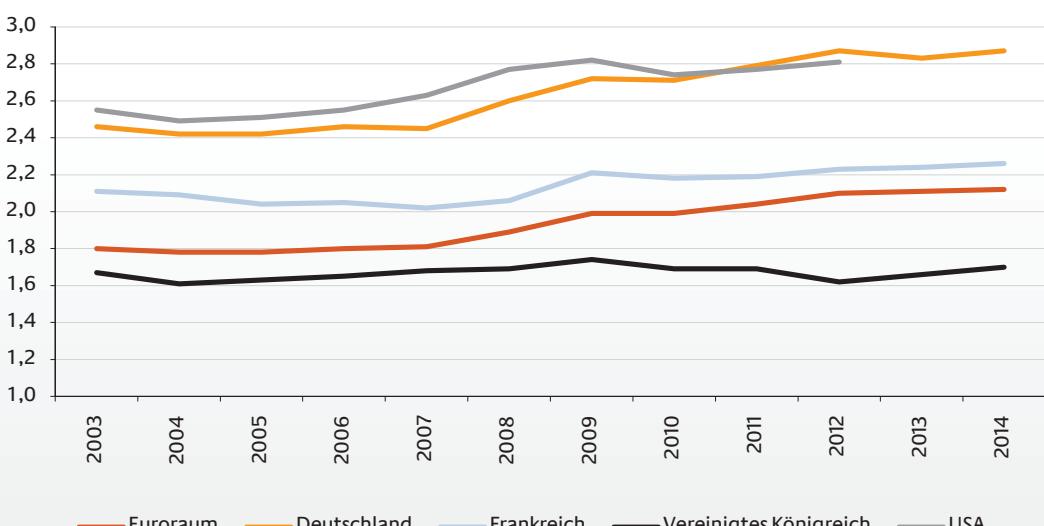


Quelle: Europäische Kommission, Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen des BMF.

Bei den anteiligen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E, privat und staatlich) belegt Deutschland ebenfalls einen Spitzenplatz (vergleiche Abbildung 3). Der BIP-Anteil der

F&E-Ausgaben erhöhte sich auf fast 2,9 % im Jahr 2014, sodass das 3 %-Ziel der Europa 2020-Strategie annähernd erreicht wird. Somit ist Deutschland bei Ausrüstungsinvestitionen

Abbildung 3: Investitionen in Forschung und Entwicklung im Ländervergleich  
in % des BIP



Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen des BMF; Daten für die USA nur bis 2012 verfügbar.

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

und Investitionen in F&E gut gerüstet, also bei denjenigen Investitionen, die für Innovationsfähigkeit, Produktivitätswachstum und damit die Stärkung des Potenzialwachstums besonders wichtig sind.

#### 1.1 Private Investitionen

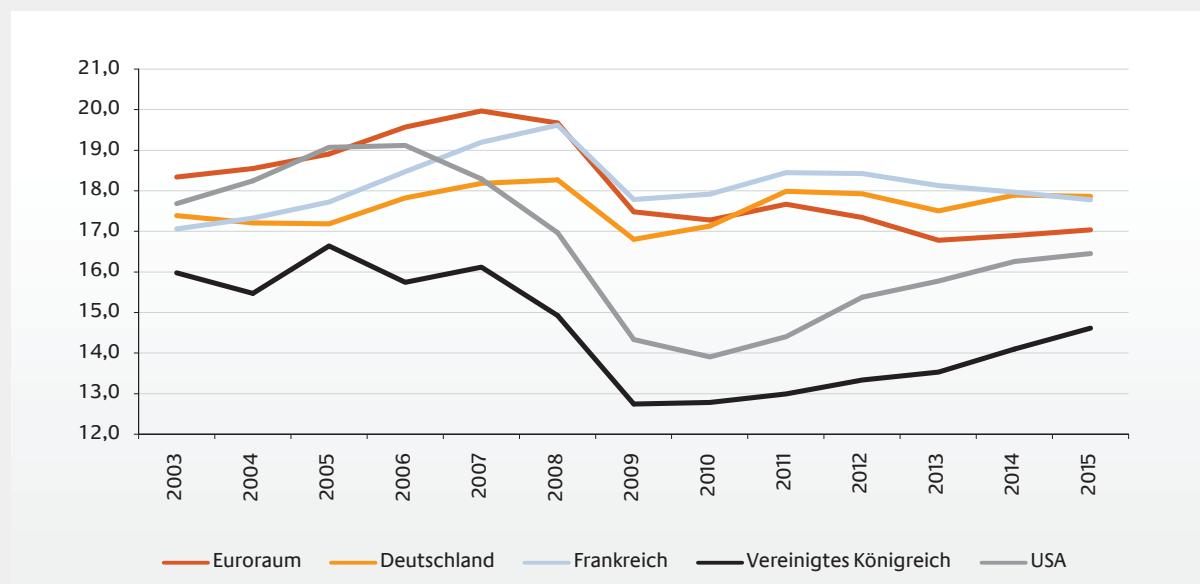
Da die privaten Bruttoanlageinvestitionen etwa 90 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen ausmachen, treibt die Entwicklung der privaten Investitionen maßgeblich die Entwicklung der Gesamtinvestitionen. Deutschland liegt im internationalen Vergleich der privaten Investitionsquoten (Bruttoanlageinvestitionen) seit einigen Jahren über dem Durchschnitt des Euroraums, den USA und dem Vereinigten Königreich (vergleiche Abbildung 4). Insbesondere folgende Entwicklungen sind von Bedeutung:

- Die deutsche Einheit löste in den 90er Jahren zunächst eine Investitionsdynamik aus. Eine Korrektur dieser Entwicklung setzte bereits Mitte der 90er ein und zog sich bis

in die 2000er Jahre. Die Abschwächung der Investitionsentwicklung in Deutschland kann u. a. mit einer lang andauernden Baurezession und einer Verschlechterung des Investitionsklimas begründet werden. Gleichzeitig gewannen andere europäische Länder an Attraktivität als Investitionsstandorte, was zu einer Erhöhung der deutschen Kapitalexporte führte. Dies schwächte tendenziell die heimische Investitionstätigkeit.

- In den Jahren vor der Finanzkrise lag die private Investitionsquote Deutschlands unter dem Durchschnitt des Euroraums. Dies kann u. a. auf starke Übertreibungen im Baubereich insbesondere in einigen südeuropäischen Ländern in den 2000er Jahren zurückgeführt werden. Nach der Krise setzte allerdings eine Korrekturphase ein, in deren Folge sich die Investitionsquoten in einigen dieser Länder der Investitionsquote Deutschlands annäherten oder diese wieder unterschritten.

Abbildung 4: Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors im Ländervergleich  
in % des BIP



Quelle: Europäische Kommission, Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen des BMF.

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

- Die Stabilisierung der privaten Investitionsentwicklung in Deutschland ab Mitte der 2000er war u. a. Ausdruck einer zu dieser Zeit auf Wettbewerbsfähigkeit zielen den Politik aus Strukturreformen und fiskalischer Konsolidierung. Nach Ausbruch der Krise hat sich der Abstand zur Quote der USA und des Vereinigten Königreichs umgekehrt beziehungsweise deutlich vergrößert. Hier kommt zum Tragen, dass diese Länder weitaus stärker von der Finanzkrise betroffen waren als Deutschland, auch weil Deutschland keine deutlichen Anpassungen im Bausektor zu bewältigen hatte.

## 1.2 Staatliche Investitionen

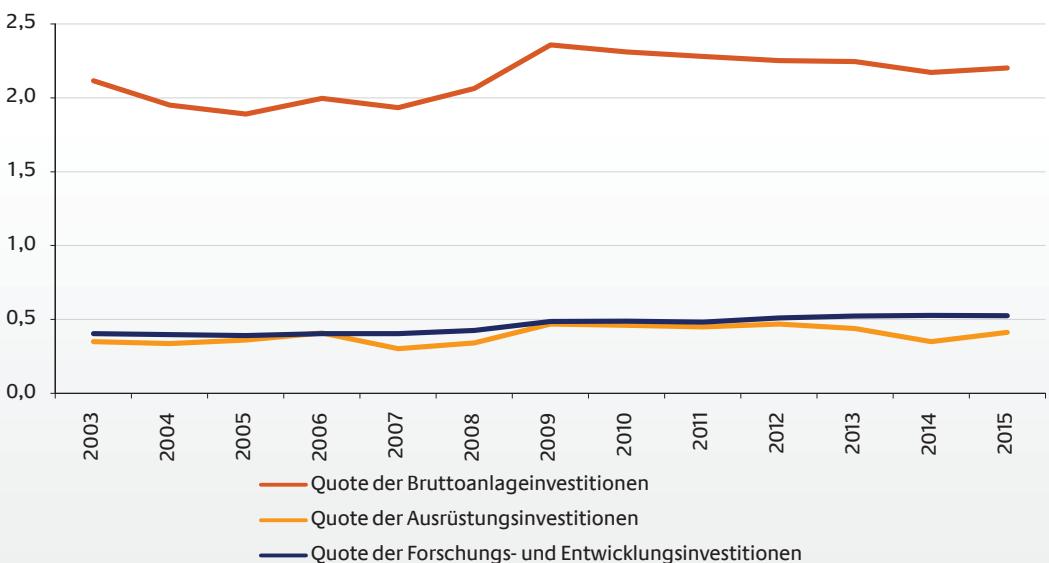
Die staatlichen Investitionen in Deutschland sind – auch im Ergebnis erfolgreicher Haushalt konsolidierung – deutlich ausgeweitet worden. Im vergangenen Jahr wuchsen die nominalen staatlichen Bruttoanlageinvestitionen mit 4,9% gegenüber dem Vorjahr erneut stärker als die nominalen Staatsausgaben (+3,1%) und das nominale BIP (+3,8%). Eine Fortsetzung der star-

ken Investitionsdynamik erwartet die Bundesregierung für den Zeitraum bis 2020 mit einem jahresdurchschnittlichen Plus von +4 ¾%. Auch in Zukunft übersteigt somit das Wachstum der staatlichen Investitionen das Wachstum der staatlichen Ausgaben insgesamt.

Der Anstieg der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen seit dem Jahr 2005 trug zu einer steigenden Investitionsquote bis zum Jahr 2009 bei (vergleiche Abbildung 5)<sup>2</sup>. In den Krisenjahren 2008 und 2009 hielt der Aufwärtstrend der staatlichen Investitionsquote – nicht zuletzt bedingt durch diverse Konjunkturpakete – an; die Entwicklung flachte sich anschließend leicht ab. Aktuell liegt die Investitionsquote in etwa auf dem Niveau der frühen 2000er Jahre. Die Quote der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen stieg nur leicht seit dem Jahr 2000. Die staatlichen Investitionen in F&E sind kontinuierlich gestiegen, absolut und – in der Tendenz – auch in Prozent des BIP.

<sup>2</sup> Vergleiche hierzu ausführlich BMF, Monatsbericht November 2014: Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland.

Abbildung 5: Staatliche Investitionsquoten in Deutschland  
in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des BMF.

## Analysen und Berichte

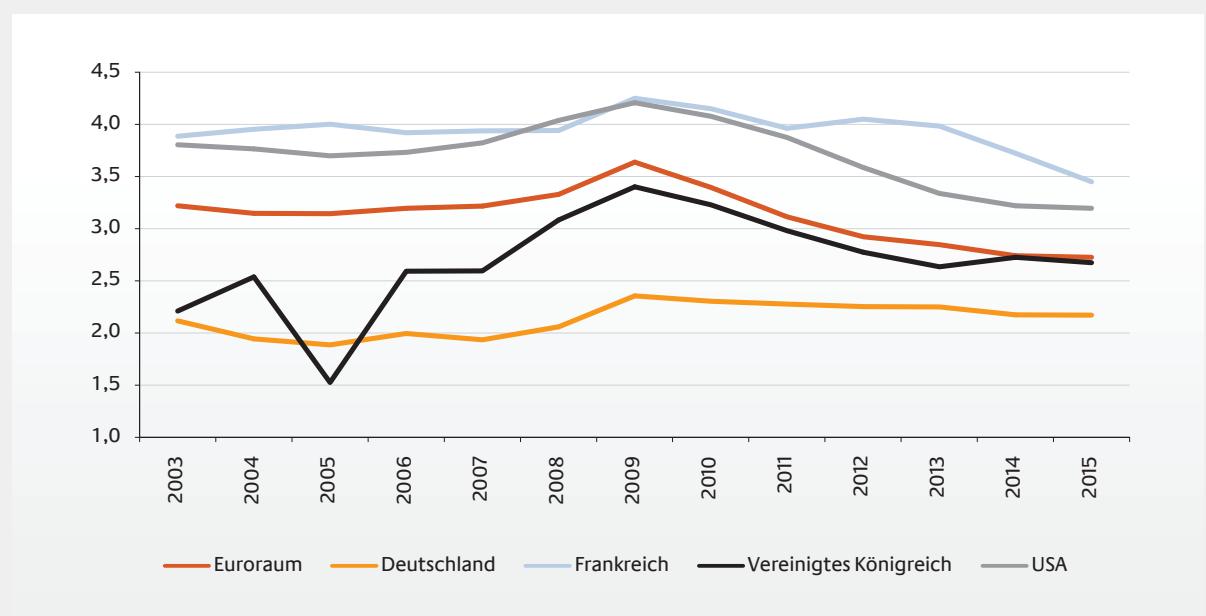
### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

Im internationalen Vergleich der staatlichen Bruttoanlageinvestitionsquoten schneidet Deutschland seit geraumer Zeit schwächer ab, wenngleich es eine Annäherung an die Investitionsquoten anderer Länder gab (vergleiche Abbildung 6). Relevant sind vor allem folgende Erklärungsfaktoren:

- Zum einen sind die hohen Werte für den Durchschnitt des Euroraums hauptsächlich auf die EU-Strukturpolitik vor der Finanzkrise zurückzuführen, die mit überdurchschnittlichen Investitionen in die Infrastruktur den Konvergenzprozess der Euroländer unterstützte. Mit Einsetzen der Finanzkrise setzten viele stark verschuldete Länder auf fiskalische Konsolidierung.
- Der deutliche Abstand zwischen der staatlichen Investitionsquote Deutschlands und der der USA kann teilweise mit dem hohen Anteil der Militärinvestitionen an den Investitionen der USA erklärt werden. Auch die zuletzt abnehmende staatliche Investitionsquote der USA hängt mit schrumpfenden Militärinvestitionen seit 2012 zusammen.

- Zum anderen ist die staatliche Investitionsquote in jenen Ländern höher, in denen der Staat mehr Aufgaben übernimmt, die in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert sind. So weist Frankreich im Vergleich zu Deutschland deutlich höhere staatliche Investitionen u. a. im Wohnungswesen auf, weil diese Investitionen in Frankreich zu einem erheblich größeren Anteil als in Deutschland vom Staat getragen werden. Zum Staat gehören neben den öffentlichen Haushalten, die sich direkt oder indirekt über Zwangsabgaben finanzieren oder Einkommen und Vermögen umverteilen, auch öffentliche Unternehmen, die eine Umsatz-Kosten-Relation von weniger als 50 % aufweisen. Damit kann es in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Abgrenzungen der im Staat berücksichtigten Einheiten kommen. Dies erschwert die internationale Vergleichbarkeit von staatlichen Investitionen. Auch Krankenhäuser werden in Frankreich – anders als in Deutschland – als staatliche Einheiten erfasst, weil in Deutschland

Abbildung 6: Bruttoanlageinvestitionen des staatlichen Sektors im Ländervergleich  
in % des BIP



Quelle: Europäische Kommission, Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen des BMF.

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

Krankenhäuser über Zuschüsse unterstützt werden, die nicht als Investitionen gelten.<sup>3</sup>

Diese Ergebnisse legen nahe, dass eine isolierte Betrachtung von staatlichen und privaten Investitionen wenig zweckdienlich ist. Ein sinnvoller Vergleich der Investitionstätigkeit kann nur auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Investitionen erfolgen. Der Vergleich von Investitionsquoten ist aus den aufgeführten Gründen stets nur beschränkt aussagekräftig und ein derartiger Vergleich allein ist nicht geeignet, angebliche „Investitionslücken“ aufzudecken.

von Unternehmen in eine langfristig wachstumsfreundliche Entwicklung gestärkt. Die Standortstärken Deutschlands sehen Investoren aus aller Welt zudem bei der Rechts-sicherheit, bei der hohen politischen und gesellschaftlichen Stabilität sowie in einer gut ausgebauten und modernen Infrastruktur. Motivierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte tragen ebenfalls dazu bei, dass Unternehmen in Deutschland im Global Competitiveness Report 2015/16 hohes Innovationspotenzial bescheinigt wird. Schließlich und nicht zuletzt ist ein stabiles Finanzsystem Garant für gute Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und eine wichtige Voraussetzung für ein investitionsförderndes Unternehmensumfeld.

## 2 Politikmaßnahmen

Die Bundesregierung folgt einem umfassenden Ansatz zur Stärkung der Investitionen: Mit Blick auf die Investitionen der Privatwirtschaft geht es vor allem darum, die staatlich beeinflussbaren Rahmenbedingungen am Investitionsstandort Deutschland weiter zu verbessern. Schwerpunkte der staatlichen Investitionen liegen bei Infrastruktur, Bildung und F&E.

### 2.1 Private Investitionen

Die derzeit soliden wirtschaftlichen Eckwerte sind u. a. auf gute institutionelle Rahmenbedingungen zurückzuführen, die ein für Unternehmen investitionsfreundliches Klima schaffen. Wichtige Standortfaktoren sind – neben der zentralen Lage im EU-Binnenmarkt – die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die solide Fiskalpolitik, die nicht zuletzt in der Einführung der Schuldenbremse und der Rückführung der Schuldenquote ihren Ausdruck findet. Diese stabilitätsorientierte Politik hat in den vergangenen Jahren das Vertrauen

Auch wenn die Entwicklung der deutschen Investitionen in den vergangenen Jahren günstig verlief, gilt es, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen. Die Anpassung der Rahmenbedingungen bleibt eine politische Daueraufgabe, um den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken. Notwendig sind insbesondere Rahmenbedingungen, die F&E und Innovationen fördern. In diesem Zusammenhang sind aktuell folgende Schwerpunkte der Bundesregierung zur Anpassung dieser Rahmenbedingungen zu nennen:

- Mit dem Ziel, den Zugang zu Wagniskapital für innovative Gründungen zu erleichtern, hat die Bundesregierung bereits zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Start-ups in Deutschland umgesetzt. Insgesamt stehen für die nächsten Jahre zusätzliche öffentliche Mittel in einer Größenordnung von rund 2 Mrd. € zur Förderung von Wagniskapitalinvestitionen bereit. Außerdem plant die Bundesregierung derzeit weitere Maßnahmen, um Defizite bei großvolumigen Anschlussfinanzierungen für Wachstumsunternehmen zu beheben.
- Eine Schlüsselrolle für zukünftige Investitionen kommt der Digitalisierung

<sup>3</sup> Vergleiche hierzu ausführlich: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2014/15, Kapitel 1, Abschnitt II.12.

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

zu. Hier stehen die Unterstützung des bedarfsgerechten Ausbaus der digitalen Infrastruktur und die Sicherung eines digital-freundlichen Umfelds im Vordergrund. Die neue Hightech-Strategie bündelt z. B. Aktivitäten zur Förderung von Forschung und Innovationen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen werden bei der Digitalisierung und Vernetzung industrieller Produktionsprozesse (Industrie 4.0) von der Bundesregierung unterstützt.

- Um mittel- und langfristig mehr Fachkräfte zu gewinnen und den demographischen Wandel abzufedern, trägt die Bundesregierung durch die Schaffung zusätzlicher Studienplätze mit dazu bei, ein bedarfsgerechtes Studienangebot zu sichern. Neben dem quantitativen Ausbau zielt sie mit dem Qualitätspakt Lehre und der Exzellenzinitiative auf eine qualitative Verbesserung der Hochschulausbildung. Gleichzeitig stärkt der Bund auch die Berufsausbildung, etwa durch das „Meister-BAföG“.
- Zur Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und um das Vertrauen in den Finanzsektor nachhaltig zu stärken, hat die Bundesregierung Finanzmarktreformen durchgesetzt. Ziel ist die Verbesserung der Transparenz und Integrität der Kapitalmärkte und die Verbesserung des Anlegerschutzes.
- Die Bundesregierung treibt den Bürokratieabbau weiter voran. Die größten Entlastungsimpulse für die Wirtschaft gehen dabei vor allem von dem 2015 verabschiedeten Bürokratieentlastungsgesetz I mit einem Entlastungsvolumen von rund 700 Mio. € und der Vergaberechtsmodernisierung mit einem Entlastungsvolumen von gut 1 Mrd. € aus. Im August 2016 hat die Bundesregierung ein zweites Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen, das Unternehmen ab 2017 um weitere rund 360 Mio. € pro Jahr entlasten soll.

## 2.2 Staatliche Investitionen

Der Blick auf das nächste Jahr zeigt: Der Bund setzt auf zukunfts- und wachstumsorientierte Ausgaben, welche von 31,5 Mrd. € im Jahr 2016 auf 33,3 Mrd. € im Jahr 2017 steigen werden. Ein Schwerpunkt der Investitionstätigkeit des Bundes liegt auf Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Die Haushaltssmittel für die klassischen Verkehrsinvestitionen wurden mit dem Regierungsentwurf 2017 deutlich aufgestockt auf 12,8 Mrd. €. Dies entspricht einem Anstieg um rund 25 % seit Beginn der Legislaturperiode. Weiterhin soll der flächendeckende Breitbandausbau auf 50 Mbit/s vorangetrieben werden. Hierzu werden bis 2020 Mittel in Höhe von circa 4 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, den Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandnetze in unversorgten Gebieten zu unterstützen, in denen in den kommenden Jahren kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist. Angesichts des schnellen technologischen Fortschritts und der damit zu erwartenden steigenden Bedarfe muss auch über 2018 hinaus der Netzausbau insbesondere auch mit Glasfaser fortgesetzt werden. Mit dem Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze hat die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen, dass die Investitionskosten für den privatwirtschaftlichen Aus- und Aufbau solcher Netze erheblich gesenkt werden können.

Länder und Kommunen, die den Großteil der staatlichen Investitionstätigkeit tragen, hat der Bund in den vergangenen Jahren umfassend entlastet. Hierdurch wurden auch die finanziellen Spielräume für zusätzliche Investitionen erweitert. Allein die im Finanzbericht 2017 dargestellten Entlastungsmaßnahmen für Länder und Kommunen ergeben für den Zeitraum von 2014 bis einschließlich 2017 eine Größenordnung von mindestens 65 Mrd. €.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Siehe Finanzbericht 2017, S. 17.

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

Für die Stärkung ihrer Investitionskraft werden den Kommunen 2017 insgesamt 1,5 Mrd. € bereitgestellt. Zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Mrd. € im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Zuletzt hatten allerdings insbesondere auch im Zuge des Flüchtlingszustroms zahlreiche Kommunen von Verwaltungsengpässen berichtet, die eine sorgsame und effiziente Planung und Realisierung von Investitionsprojekten behinderte. Deshalb hat die Bundesregierung eine Verlängerung des Förderzeitraums des Kommunalinvestitionsförderungsfonds, der zunächst die Jahre 2015 bis 2018 umfassen sollte, bis zum Jahr 2020 auf den Weg gebracht. Mitte 2016 waren rund 52 % der Mittel verplant, die der Bund insgesamt zur Verfügung stellt.

Die Bundesregierung beabsichtigt zudem, die Rolle des Privatsektors zu stärken und die Effizienz öffentlicher Investitionsprojekte zu erhöhen, indem sie bessere organisatorische und Verwaltungsstrukturen schafft und die Verfestigung von Projekten vorantreibt. Die folgenden zwei Maßnahmen zielen insbesondere auf Infrastrukturinvestitionen ab.

So soll eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes gegründet werden. Diese soll dazu beitragen, dass im Bereich der Bundesfernstraßen durch betriebswirtschaftliches Handeln mehr Effizienz erreicht wird. Die angestrebte Infrastrukturgesellschaft soll für die Aufgaben Planen, Bauen, Betreiben, Erhalten und Finanzieren zuständig sein. Eine überjährige Finanzierung wird für mehr Planungssicherheit und damit für eine Verfestigung der Verkehrsinvestitionen sorgen.

Zur Sicherung der kommunalen Infrastruktur bietet die Bundesregierung den Kommunen auch Unterstützung bei der Durchführung von Investitionsvorhaben an. Die 2008 vom Bund gegründete ÖPP Deutschland AG wird zu einem rein öffentlichen Unternehmen umstrukturiert und erweitert ihr Leistungs-

angebot. Sie soll für die gesamte öffentliche Hand Beratungsleistungen im Bereich Investitionen und Modernisierung anbieten und insbesondere Kommunen bei der Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben unterstützen. Denn die Vielzahl und Vielfalt an kommunalen Bauvorhaben erfordert administrative Kompetenzen und Kapazitäten, die nicht jede Kommune vorhalten kann. Die Gesellschaft gewährleistet eine neutrale und einflussfreie Beratung über den gesamten Projektlebenszyklus, unabhängig von der gewählten Beschaffungsvariante.

## 3 Fazit

Forderungen nach einem „Mehr“ an staatlichen Investitionen, um die Gesamtinvestitionen zu stärken, greifen zu kurz. Falsch wäre es, mit staatlichen Investitionen niedrige private Investitionen kompensieren zu wollen. Will der Staat für mehr gesamtwirtschaftliche Investitionen sorgen, so muss er in erster Linie die Bedingungen für die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft verbessern. Einfach – unabhängig vom tatsächlichen Bedarf – nach höheren staatlichen Ausgaben zu rufen, kann hingegen in aller Regel nur kontraproduktiv sein.<sup>5</sup>

- Entweder führen die zusätzlichen staatlichen Investitionen zu einem Anstieg der Gesamtausgaben des Staates und verzögern damit die Schuldenrückführung. Dies ist sicherlich kein Beitrag zur Steigerung der Standortattraktivität.

---

<sup>5</sup> Nur im Ausnahmefall, nämlich in einer gravierenden Wirtschaftskrise, kann eine diskretionäre Konjunkturpolitik gerechtfertigt sein, um in Form von Konjunkturprogrammen einen temporären Nachfrageeinbruch zu kompensieren. Dieses Instrument ist allerdings in einem Aufschwung kontraproduktiv.

## Analysen und Berichte

### NACHHALTIGE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

- Oder die zusätzlichen Investitionsausgaben werden durch Senkung von konsumtiven Staatsausgaben „gegenfinanziert“. Dies wäre sicherlich im Sinne der Nachhaltigkeit der Wachstumsstrategie der bessere Weg. Aber selbst wenn eine solche Strategie politisch gewollt und durchsetzbar ist, müssten dennoch die Alternativen Ausgabenanstieg versus Abgabensenkung gegeneinander abgewogen werden. Letztere Option wird in vielen Fällen die vorzugswürdige sein, wenn man die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen im Blick hat. Zumindest wäre es falsch, auf die Prüfung dieser Alternativen zu verzichten und unter Hinweis auf „fiskalischen Handlungsspielraum“ schlicht darauf zu setzen, dass aus höheren Investitionen des Staates der beste Beitrag zur Stärkung der Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft resultiert.
- Als Alternative muss auch geprüft werden, inwiefern der private Sektor bei der Bereitstellung und Finanzierung staatlicher Investitionen beteiligt werden kann. Dies sollte immer dann der Fall sein, wenn Effizienzverbesserungen zu erwarten sind. Diese erzielen private Investoren etwa durch die Kontinuität und Verfestigung bei der Projektdurchführung, indem es ihnen aufgrund langer Vertragslaufzeiten möglich ist, die Projekte über den gesamten Lebenszyklus zu planen und durchzuführen. Private Investoren orientieren sich darüber hinaus an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, was zu einer wirtschaftlich optimalen Priorisierung und Durchführung von Investitionen beitragen kann.
- Entscheidend für die Notwendigkeit staatlicher Investitionen sollte zudem eine Bedarfsprüfung auf Einzelfallbasis und unter Rentabilitätsgesichtspunkten sein. Zukunftsorientierte Investitionen, die einen tatsächlichen Bedarf reflektieren, dürften sich insbesondere im Bildungsbereich und in der wirtschaftsnahen Infrastruktur ergeben. Investitionen in diesen Bereichen tragen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und damit zur Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen bei und sind Grundlage für zukünftiges Wachstum und Einkommen.

Eine Fokussierung auf staatliche Investitionen stellt eine verkürzte Analyse der Investitionsentwicklung dar, vor allem aber auch eine verfehlte politische Strategie. Was die Analyse angeht, so erläutert auch der Sachverständigenrat, dass „die unterschiedliche Aufgabenteilung zwischen staatlichem und privatem Sektor einen einfachen Vergleich von Investitionsquoten verschiedener Länder verhindert“<sup>6</sup>. Der internationale Vergleich auf Ebene von Sektoren (Staat beziehungsweise Privatwirtschaft isoliert betrachtend) ist nicht aussagekräftig; ein sinnvoller Vergleich der Investitionstätigkeit kann nur auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Investitionen erfolgen. Und was die Politik angeht, so bestätigen alle Erfahrungen die Grundüberzeugung marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik: Mehr Investitionen erreicht ein Staat auf Dauer am besten durch die kontinuierliche Verbesserung der Investitionsbedingungen für die Privatwirtschaft.

---

<sup>6</sup> Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2014/15, S. 14, TZ 13.

## Analysen und Berichte

STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

# Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern

- Die Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern bestätigen die nach wie vor hohe Filterwirkung des außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahrens nach der Abgabenordnung (AO). Weniger als 2 % der Einsprüche führen zu einer Klage.
- Im Berichtszeitraum (2012 bis 2015) konnte der Bestand der am Jahresende unerledigten Einsprüche um circa 1,5 Millionen Einsprüche auf nunmehr circa 2,6 Millionen Einsprüche abgebaut werden.

1	Rechtsweg in Steuersachen.....	39
2	Statistiken zur Einspruchsbearbeitung .....	39
2.1	Gegenstand der Einspruchsstatistiken .....	39
2.2	Einspruchsstatistiken der Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 .....	40
2.3	Eingegangene Einsprüche .....	40
2.4	Erledigte Einsprüche .....	40
2.5	Anfangsbestand/Endbestand.....	41
3	Klagen .....	43

## 1 Rechtsweg in Steuersachen

Jedem, der glaubt, durch den Staat in seinen Rechten verletzt zu sein (z. B. durch einen fehlerhaften Steuerbescheid), steht nach Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes der Weg zu den Gerichten offen. Für Steuersachen sind besondere Fachgerichte zuständig, in erster Instanz die Finanzgerichte und in zweiter (und letzter) Instanz der Bundesfinanzhof (BFH) mit Sitz in München.

Grundsätzlich können die Finanzgerichte nicht unmittelbar angerufen werden. Vielmehr ist im Regelfall zunächst Einspruch bei der Finanzbehörde einzulegen. Hierdurch wird der Verwaltung Gelegenheit gegeben, den Steuerfall noch einmal zu überprüfen, bevor sich das Gericht mit der Angelegenheit befasst. Die meisten Rechtsstreitigkeiten erledigen sich bereits im Einspruchsverfahren, das somit eine hohe „Filterwirkung“ hat (siehe Abschnitt 3).

Die gesetzlichen Grundlagen für das Einspruchsverfahren ergeben sich aus den §§ 347

bis 367 der AO<sup>1</sup>. Verwaltungsanweisungen hierzu enthält der Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO)<sup>2</sup>.

## 2 Statistiken zur Einspruchsbearbeitung

### 2.1 Gegenstand der Einspruchsstatistiken

Das BMF erstellt jährlich eine Einspruchsstatistik und veröffentlicht sie auf seinen Internetseiten.<sup>3</sup> Darüber hinaus hat das BMF im Monatsbericht Oktober 2012<sup>4</sup> die Statistikdaten für die Jahre 2009, 2010 und 2011 veröffentlicht.

<sup>1</sup> Abrufbar unter: [www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de)

<sup>2</sup> Abrufbar unter: [www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016091](http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016091)

<sup>3</sup> Abrufbar unter: [www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016092](http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016092)

<sup>4</sup> Abrufbar unter: [www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016093](http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016093)

## Analysen und Berichte

### STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

Diese Statistiken erfassen allerdings nur die bei den Finanzämtern eingegangenen Einsprüche, nicht aber Einsprüche, die bei anderen Finanzbehörden erhoben werden, insbesondere

- beim Bundeszentralamt für Steuern,
- bei den Familienkassen und
- bei den Behörden der Zollverwaltung.

Früher wurden in der Statistik Abgaben und Übernahmen saldierend bei den Eingängen sowie sonstige Bestandskorrekturen (z. B. nach Aufdecken fehlerhafter Einträge in den Rechtsbehelfslisten) entweder ebenfalls saldierend bei den Eingängen oder durch eine Anpassung des Anfangsbestands berücksichtigt. Seit dem Jahr 2013 enthält die Einspruchsstatistik die Rubrik „Saldo aus Übernahmen, Abgaben, Storni und sonstigen Bestandskorrekturen“. „Abgaben“ können nicht nur darauf beruhen, dass sich die örtliche Zuständigkeit des Finanzamts (z. B. durch einen Wechsel des Wohnsitzes oder des Ortes der Geschäftsleitung) geändert hat, sondern auch auf einem Wechsel der sachlichen Zuständigkeit, wie z. B. im Fall der Übernahme der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Hauptzollämter.

Ferner enthält die Statistik seit dem Jahr 2014 die Erledigungsart „auf andere Weise“. Hierunter fallen z. B. Verfahren, in denen sich eine angefochtene Außenprüfungsanordnung vor einer Entscheidung über den Einspruch mit Beendigung der Außenprüfung erledigt hat, sowie Fälle, in denen sich ein mit einem Einspruch beantragter Lohnsteuer-Freibetrag (§ 39a Einkommensteuergesetz (EStG)) im Lohnsteuerabzugsverfahren nicht mehr auswirken kann. Früher wurden diese – zahlenmäßig unbedeutenden – Fälle in der Einspruchsstatistik uneinheitlich berücksichtigt.

## 2.2 Einspruchsstatistiken der Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015

Für die vergangenen vier Jahre hat das BMF die Daten wie in Tabelle 1 angegeben ermittelt und veröffentlicht.

## 2.3 Eingegangene Einsprüche

Nachdem in den Jahren 2012 und 2013 ein Anstieg der erhobenen Einsprüche zu verzeichnen gewesen war, ist die Zahl der eingelegten Einsprüche im Jahr 2014 markant und im Jahr 2015 geringfügig auf nunmehr circa 3,5 Millionen zurückgegangen.

Leider kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie häufig Bescheide der Finanzämter mit einem Einspruch angefochten werden. Um eine derartige Aussage treffen zu können, müsste bekannt sein, wie viele Verwaltungsakte die Finanzämter jährlich erlassen. Daten hierzu liegen dem BMF nicht vor, zumal mit dem Einspruch nicht nur Steuerbescheide angefochten werden können, sondern auch sonstige Verwaltungsakte, wie z. B. die Ablehnung einer Stundung, eines Steuererlasses oder einer Aussetzung der Vollziehung, die Anordnung einer Außenprüfung, die Festsetzung eines Verspätungszuschlags oder eine Pfändung.

## 2.4 Erledigte Einsprüche

Während in den Jahren 2013 und 2014 die Zahl der Erledigungen zugenommen hat, ist für die Jahre 2012 und 2015 ein Rückgang der Erledigungen zu verzeichnen. So konnten im Jahr 2015 nur circa 3,8 Millionen Einsprüche erledigt werden.

Die Verteilung auf die Erledigungsarten „Rücknahme“, „Abhilfe“, „Einspruchentscheidung ohne Teil-Einspruchentscheidung“ und „Teil-Einspruchentscheidung“ und ab 2014 auf die neue Erledigungsart „auf andere Weise“ (siehe Abschnitt 2.1) ist weitgehend konstant. Die Daten zu den Erledigungsarten lassen aber nur bedingt Rückschlüsse darauf zu, wie häufig die mit dem Einspruch angefochtenen Bescheide fehlerhaft waren. Hierzu ist nämlich Folgendes zu beachten:

- Abhilfen (circa zwei Drittel der erledigten Einsprüche) beruhen häufig darauf, dass erst im Einspruchsverfahren Steuererklärungen abgegeben oder Aufwendungen

## Analysen und Berichte

STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

**Tabelle 1: Einspruchsstatistiken der Jahre 2012 bis 2015**

	2012		2013		2014		2015	
	Gesamt	Anteil in %						
Unerledigte Einsprüche am 1. Januar des Jahres	3 532 797	-	4 024 325	-	3 907 650	-	2 883 112	-
Eingegangene Einsprüche	4 139 601	-	4 231 429	-	3 467 424	-	3 456 326	-
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	+ 14,8	-	+ 2,2	-	- 18,1	-	- 0,3	-
Erledigte Einsprüche	3 648 073	-	4 230 080	-	4 233 922	-	3 766 445	-
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	- 12,1	-	+ 16,0	-	+ 0,1	-	- 11	-
davon erledigt durch:								
Rücknahme des Einspruchs	824 664	22,6	956 356	22,6	813 225	19,2	844 730	22,4
Abhilfe	2 275 351	62,4	2 717 941	64,2	2 869 287	67,8	2 430 520	64,5
Einspruchentscheidung:								
ohne Teil-Einspruchentscheidungen	472 794	12,9	455 199	10,8	523 095	12,4	454 247	12,1
Teil-Einspruchentscheidung auf andere Weise	75 264	2,1	100 584	2,4	18 195	0,4	23 732	0,6
N. N.	N. N.	N. N.	N. N.	N. N.	10 120	0,2	13 216	0,4
Saldo aus Übernahmen, Abgaben, Storni und sonstigen Bestandskorrekturen	N. N.	-	- 118 024	-	- 258 040	-	- 21 831	-
Unerledigte Einsprüche am 31. Dezember des Jahres	4 024 325	-	3 907 650	-	2 883 112	-	2 551 162	-
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	+ 13,9	-	- 2,9	-	- 26,2	-	- 11,5	-

Quelle: Die Daten wurden auf Grundlage von Meldungen der Bundesländer vom Bundesministerium der Finanzen zusammengestellt.

geltend gemacht oder belegt werden. Außerdem kann Einsprüchen, die im Hinblick auf anhängige gerichtliche Musterverfahren eingelegt wurden, durch Aufnahme eines Vorläufigkeitsvermerks in den angefochtenen Steuerbescheiden abgeholfen worden sein. Des Weiteren kann eine Abhilfe auch darauf beruhen, dass der Steuerbürger seinen ursprünglichen Einspruchsantrag nach einer Erörterung mit dem Finanzamt eingeschränkt hat.

- Eine Rücknahme des Einspruchs (circa ein Fünftel der erledigten Einsprüche) deutet zunächst darauf hin, dass der angefochtene Bescheid fehlerfrei war. Einer Einspruchsrücknahme kann aber auch ein Änderungsbescheid vorangegangen sein, der dem Antrag des Steuerbürgers teilweise entsprochen hat.
- Auch in einer Einspruchentscheidung (circa ein Zehntel der erledigten Einsprü-

che) kann dem Antrag des Steuerbürgers teilweise entsprochen worden sein.

Teil-Einspruchentscheidungen (§ 367 Absatz 2a AO) werden in der Statistik als Erledigungsfall behandelt, da die Verwaltung davon ausgeht, dass insoweit die Einspruchsvorfahren in den meisten Fällen später durch eine Allgemeinverfügung nach § 367 Absatz 2b AO abgeschlossen werden können, was dann kein Erledigungsfall im Sinne der Statistik ist. Diese statistische Zählweise ändert jedoch nichts daran, dass nach Erlass einer Teil-Einspruchentscheidung das Einspruchsvorfahren weiter (wenn auch in beschränktem Umfang) anhängig bleibt.

### 2.5 Anfangsbestand/Endbestand

Der Bestand der jeweils zum 31. Dezember anhängigen Einspruchsvorfahren konnte im Vergleich zum Jahr 2012 um circa 1,5 Millionen Einsprüche auf nunmehr circa 2,6 Millionen

## Analysen und Berichte

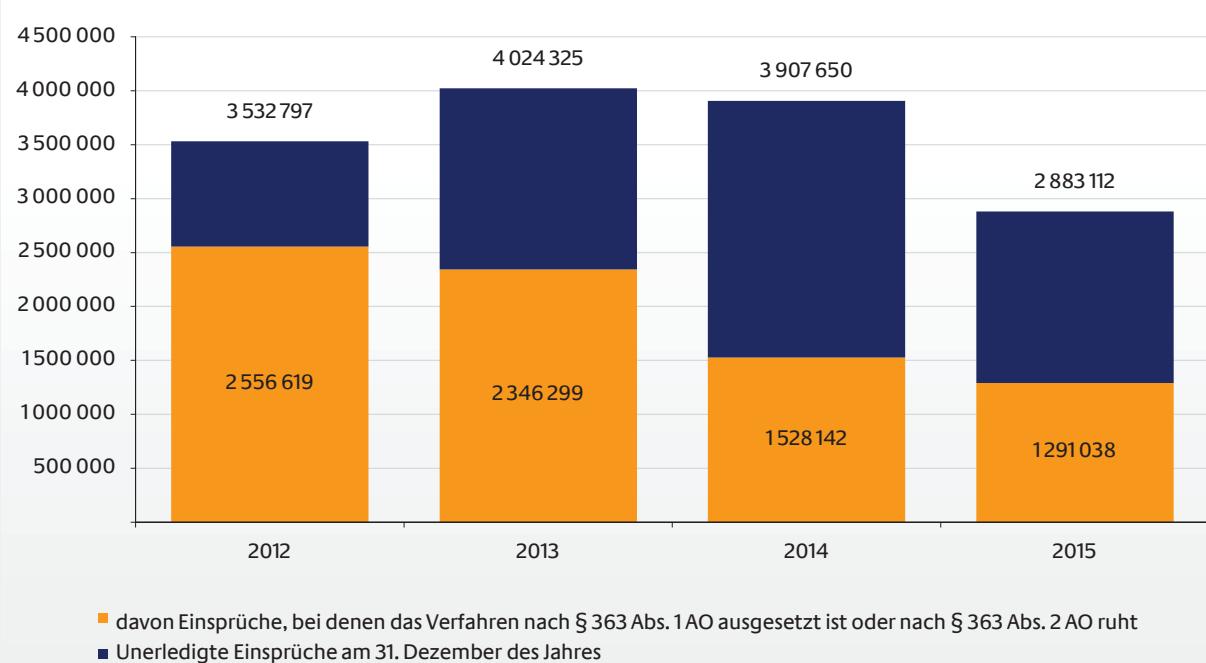
### STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

Einsprüche abgebaut werden. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass alle diese Einsprüche auch „bearbeitungsreif“ waren. Vielmehr waren

- zum 31. Dezember 2015 insgesamt 1291 038 Einspruchsverfahren,
- zum 31. Dezember 2014 insgesamt 1528 142 Einspruchsverfahren,

- zum 31. Dezember 2013 insgesamt 2 346 299 Einspruchsverfahren und nach § 363 Absatz 1 AO ausgesetzt (nicht zu verwechseln mit einer Aussetzung der Vollziehung nach § 361 AO) oder ruhten gemäß § 363 Absatz 2 AO.
- zum 31. Dezember 2012 insgesamt 2 556 619 Einspruchsverfahren

Abbildung 1: Bestand der zum 31. Dezember anhängigen Einspruchsverfahren



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

### 3 Klagen

Gegen die Finanzämter wurden 59 830 Klagen im Jahr 2015, 61 958 Klagen im Jahr 2014, 61 137 Klagen im Jahr 2013 und 60 144 Klagen im Jahr 2012 erhoben. Dies entspricht einer Quote von circa 1,6 % (2015), circa 1,5 % (2014), circa 1,4 % (2013) beziehungsweise circa 1,6 % (2012) der insgesamt erledigten Einsprüche.

Bei einem Vergleich mit der vom Statistischen Bundesamt erstellten Statistik der Finanzgerichte<sup>5</sup> ist zu beachten, dass diese auch Klagen

erfasst, die nicht gegen die Finanzämter, sondern gegen andere Finanzbehörden gerichtet sind (siehe Abschnitt 2.1). Außerdem sind die Zählweisen nicht identisch. Während für die Einspruchsstatistik und die Klagestatistik der Finanzämter maßgebend ist, wie viele Verwaltungsakte ein Einspruch betrifft, wird in der Statistik der Finanzgerichte eine Klage, die sich gegen mehrere Verwaltungsakte richtet (z. B. eine Klage gegen einen aufgrund einer Außenprüfung ergehenden Änderungsbescheid für mehrere Veranlagungszeiträume), nur als ein Fall gezählt.

---

<sup>5</sup> Abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/ThemaRechtspflege.html>

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist im 1. Halbjahr robust gewachsen. Allerdings ist die Industrie schwach ins 3. Quartal eingestiegen. Auch die Exporte waren im Juli deutlich rückläufig.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich aber weiterhin in einer sehr guten Verfassung. Die Verbraucherpreise waren im August stabil und der Optimismus der Konsumenten ist robust. Dies stützt die binnengewirtschaftlichen Wachstumskräfte.
- Unabhängig von Sondereffekten, welche die Export- und Produktionsentwicklung im Juli dämpften, deutet sich aber für die 2. Jahreshälfte eine insgesamt geringere Wachstumsdynamik als im 1. Halbjahr an. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung bleibt intakt.

## Robustes Wachstum im 1. Halbjahr, aber abnehmende Dynamik

Die deutsche Wirtschaft ist im 1. Halbjahr robust gewachsen. Gemäß Veröffentlichung der Detailergebnisse vom 24. August 2016 des Statistischen Bundesamts stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,4% nach 0,7% im 1. Quartal. Wachstumsimpulse kamen im 2. Quartal insbesondere vom Außenbeitrag. Aber auch der private und öffentliche Konsum trugen nach wie vor zur Zunahme des BIP bei. Ausrüstungs- und Bauinvestitionen gingen nach einem starken Einstieg in das Jahr 2016 deutlich zurück. Insbesondere bei den Bauinvestitionen zeigt sich eine Gegenreaktion auf die witterungsbedingte Übersteigerung der Bauaktivität in den Wintermonaten. Die Nachfrageimpulse seitens des Staatskonsums sind auf die Zunahme der öffentlichen Sachausgaben zur Bewältigung des Zustroms an Flüchtlingen und Asylsuchenden zurückzuführen. Der dynamische private Konsum reflektiert die steigenden real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten aber auf eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im 2. Halbjahr hin. Der Einstieg der Industrieproduktion ins 3. Quartal war schwach. Auch die Exporte verzeichneten im

Juli einen deutlichen Rückgang. Wenngleich die Industrie- und Exportzahlen im Juli durch Verschiebungen im Ferienkalender unterzeichnet sein dürften und für August ein positiver Gegeneffekt zu erwarten ist, signalisieren die vorausblickenden Konjunkturindikatoren eine weniger dynamische Entwicklung. So bewegt sich der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe seit Mai seitwärts. Das ifo Geschäftsklima für das verarbeitende Gewerbe fiel im August deutlich und die ZEW-Konjunkturerwartungen für September waren nahezu unverändert. Ursächlich für die gedämpfte Dynamik der Industriekonjunktur dürften das weiterhin moderate Weltwirtschaftswachstum sein sowie die gestiegene Unsicherheit. Direkte Auswirkungen des Brexit-Votums sind aber nicht ersichtlich.

Jedoch bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin sehr positiv, was insbesondere durch einen dynamischen Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungsbereich getragen wird. Die positive Arbeitsmarktlage sowie eine moderate Preisniveauentwicklung stützen die nach wie vor gute binnengewirtschaftliche Dynamik. So entwickelte sich das GfK-Konsumklima im August sehr robust. Auch das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag im Zeitraum Januar bis August 2016 um 3,4% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4. Q 15	1. Q 16	2. Q 16	4. Q 15	1. Q 16	2. Q 16
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,1	+1,7	+0,4	+0,7	+0,4	+2,1	+1,5	+3,1
jeweilige Preise	3 033	+3,7	+1,0	+1,0	+0,7	+4,2	+3,2	+4,6
<b>Einkommen<sup>1</sup></b>								
Volkseinkommen	2 263	+3,8	+1,2	+0,8	+2,1	+4,3	+3,3	+5,3
Arbeitnehmerentgelte	1 540	+3,7	+1,1	+0,7	+0,6	+3,9	+4,1	+3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	723	+4,2	+1,4	+0,8	+5,3	+5,3	+1,9	+9,8
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 763	+3,1	+0,8	-0,2	+1,4	+3,2	+2,3	+3,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 261	+3,9	+1,0	+1,0	+0,7	+4,2	+4,4	+3,5
Sparen der privaten Haushalte	175	+6,1	+3,2	-3,0	+3,1	+5,7	+2,8	+4,2
<b>Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auftragseingänge</b>								
in jeweiligen Preisen	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr <sup>2</sup>		
			Jun 16	Jul 16	Dreimonatsdurchschnitt	Jun 16	Jul 16	Dreimonatsdurchschnitt
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	1 196	+6,5	+0,2	-2,6	-1,5	+1,1	-10,0	-2,6
Waren-Importe	949	+4,2	+1,1	-0,7	-0,5	+0,3	-6,5	-2,1
in konstanten Preisen von 2010								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,3	+0,4	+1,6	-2,3	-1,0	+1,4	-1,5	-0,1
Bauhauptgewerbe	106,0	-2,2	+0,2	+1,8	-2,1	+0,5	+2,3	+0,6
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,2	+1,5	-0,8	-1,6	-1,6	-0,4	-2,8	-1,2
Inland	105,0	+0,5	+0,1	-2,3	-1,8	-0,8	-3,1	-1,5
Ausland	115,8	+2,5	-1,8	-1,0	-1,5	-0,1	-2,6	-0,9
<b>Auftragseingang (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,2	+1,0	-0,3	+0,2	-0,4	-3,0	-0,7	-1,3
Inland	105,3	+1,8	+0,9	-3,0	-1,4	+2,2	-4,2	-0,5
Ausland	114,2	+0,4	-1,1	+2,5	+0,4	-6,4	+2,1	-1,8
Bauhauptgewerbe	113,7	+4,0	-1,8	.	+0,0	+18,3	.	+17,9
<b>Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)</b>								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	105,4	+2,8	+0,0	+0,6	+0,5	+2,9	-1,5	+1,5
Handel mit Kfz	112,0	+7,7	+1,4	.	-0,7	+7,3	.	+8,3

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2015		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jun 16	Jul 16	Aug 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,79	-3,6	-6	-7	-7	-97	-112	-111
Erwerbstätige, Inland	43,06	+0,9	+47	+39	.	+533	+535	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,85	+2,1	+4	.	.	+614	.	.
Preisindizes 2010 = 100	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Jun 16	Jul 16	Aug 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16
Importpreise	100,9	-2,6	+0,5	+0,1	.	-4,6	-3,8	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	103,9	-1,9	+0,4	+0,2	.	-2,2	-2,0	.
Verbraucherpreise	106,9	+0,2	+0,1	+0,3	+0,0	+0,3	+0,4	+0,4
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16
	+8,4	+4,0	+5,8	+6,5	+8,1	+10,8	+9,7	+6,3
Geschäftslage	+15,5	+16,5	+17,3	+17,1	+17,6	+18,2	+19,3	+16,1
Geschäftserwartungen	+1,4	-7,7	-5,1	-3,5	-1,1	+3,7	+0,6	-3,1

<sup>1</sup> Stand: August 2016.

<sup>3</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

<sup>3</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

### Deutlicher Rückgang der Warenexporte im Juli

Die Warenexporte verzeichneten im Juli 2016 einen deutlichen Rückgang um saisonbereinigt 2,6 % gegenüber dem Vormonat, nach Anstiegen zu Jahresanfang und annähernder Stagnation im Juni. Im Durchschnitt des 2. Quartals waren die Exporte noch leicht aufwärtsgerichtet (+ 0,8 %). Gegenüber dem vergleichsweise starken Juli 2015 lag der Rückgang gar bei 10 %. Dabei nahmen Exporte in Drittländer (- 13,8 %) am stärksten ab. Ein direkter Effekt des Brexit-Votums ist aber nicht zu erkennen. Durch Verschiebungen im Ferienkalender dürfte zudem im August ein Gegeneffekt zu erwarten sein.

Die Warenimporte (nominal) waren im Juli ebenfalls leicht rückläufig (saisonbereinigt - 0,7 % gegenüber Vormonat, nach + 1,1 % im Juni). Dies zeigt sich nun auch im Dreimonatsdurchschnitt (- 0,5 %). In Vorjahresbetrachtung lag das Import-

niveau im Juli mit - 6,5 % deutlich unter dem Niveau des Juli 2015. Im Zeitraum Januar bis Juli nahmen die Einfuhren im Vorjahresvergleich um 0,7 % ab, wobei die Einfuhren aus EU-Ländern stiegen (+ 1,1 %) und aus Drittländern abnahmen (- 4,2 %).

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten, mit Ergänzungen zum Außenhandel) überschritt im Zeitraum Januar bis Juli 2016 das entsprechende Vorjahresniveau um 7,8 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 14,1 Mrd. €. Dieser war hauptsächlich auf den Überschuss beim Warenhandel zurückzuführen.

In den kommenden Monaten dürfte ein moderates Wachstum der Exporte zu erwarten sein. Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin verhalten. So gehen etwa die Bankvolkswirte der Consensus-Schätzung im August von 2,9 % (Juli: 3,1 %) Wachstum für die Weltwirtschaft im Jahr 2016 aus. Auch die

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe waren zuletzt wiederholt rückläufig. Dagegen war der Auftragseingang aus dem Ausland im Juli deutlich gestiegen. Ob die derzeitige Unsicherheit aufgrund des Brexit-Votums nachhaltige Rückwirkungen auf die Exportentwicklung hat, bleibt abzuwarten.

### Schwacher Einstieg der Industrieproduktion ins 3. Quartal

Die Industrieproduktion entwickelte sich im Juli schwach. Sie ging mit - 2,3 % (saisonbereinigt gegenüber Vormonat) sehr deutlich zurück, wodurch der Dreimonatsdurschnit nun auf - 1,0 % gegenüber Vorperiode sinkt. Insbesondere die Produktion von Investitionsgütern verzeichnete im Vormonatsvergleich einen deutlichen Rückgang (- 3,6 %). Auch die Konsumgüterproduktion ging im Vergleich zum Juni zurück (- 2,6 %). Die Produktion von Vorleistungsgütern sank um 0,8 %. Dies spiegelte sich auch in rückläufigen Zahlen wichtiger Branchen wie Kraftfahrzeug- und Maschinenbau wider. Dagegen stieg die Bauproduktion nach zuletzt relativ schwacher Frühjahrsbelebung im Juli erneut an (saisonbereinigt + 1,8 % gegenüber Vormonat). Alle Teilbereiche (Hoch-, Tief- und Ausbau) trugen dabei zur Erhöhung bei.

Ein Grund für die schwache Industrieconjunktur dürfte in der schleppenden Auslandsnachfrage liegen. Die Auslandsumsätze der Industrie sind während der vergangenen drei Monate spürbar gesunken. Allerdings dürfte die ausgewiesene Entwicklung unterzeichnet sein. Denn Verschiebungen im Ferienkalender und der Zahl der Arbeitstage zwischen Juli und August im Vergleich zum Vorjahr lassen einen positiven Gegeneffekt für den August 2016 erwarten. Dennoch deutet sich für den weiteren Jahresverlauf eine eher ruhige Industrieconjunktur an. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe bewegten sich im Juli erneut nur seitwärts, nach nur schwacher Zunahme im gesamten 1. Halbjahr 2016. Auch die Geschäftserwartungen des Verarbeitenden Gewerbes sind zuletzt gesunken.

### Optimistische Verbraucher

Der private Konsum war auch im 2. Quartal mit einem Anstieg von 0,2 % (saison-, preis- und kalenderbereinigt) gegenüber Vorquartal ein wichtiger Treiber des Wirtschaftswachstums in Deutschland. Grundlage sind der fortgesetzte dynamische Beschäftigungsaufbau sowie die gestiegenen Einkommen. Die Konsumenten erwarten trotz höherer Unsicherheit eine robuste Einkommensentwicklung. Die Preisniveauentwicklung verläuft weiterhin in ruhigen Bahnen.

Im August ist das Konsumklima nach Eintrübung im Juli nach der Brexit-Entscheidung wieder angestiegen. Die erneut etwas weniger optimistischen Konjunkturerwartungen der Konsumenten sind insbesondere auf die gestiegenen Unsicherheiten zurückzuführen. Dennoch verbleiben die Konjunkturerwartungen deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die bereits ausgeprägte Anschaffungsneigung legte erneut zu und bestätigt die unverändert guten Bedingungen für den privaten Konsum. Dagegen ist das Geschäftsklima im Einzelhandel im August deutlich gesunken, wobei sowohl die Lagedeinschätzung als auch die Geschäftserwartung spürbar weniger günstig eingeschätzt wurden.

Bei den harten Indikatoren war für die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Juli ein Plus von saisonbereinigt 1,7 % zu verzeichnen. Die Zweimonatsdurchschnitte sind damit aufwärtsgerichtet. Auch die Neuzulassungen privater Pkw zeigten sich nach einem verhaltenen Juli im August sehr kräftig.

### Beschäftigungsaufbau setzt sich fort

Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit nahm im August wie in den Vormonaten ab. Im August waren nach Ursprungswerten 2,68 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren zwar 23 000 Personen mehr als im Vormonat, aber 111 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,1 % und damit 0,3 Prozent-

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

punkte niedriger als im Vorjahr. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging weiter zurück (- 7 000 Personen). Allerdings stieg die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiter an, die der Unterbeschäftigung und nicht der Arbeitslosigkeit zugerechnet werden. Hierunter fallen u. a. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Zahl der Erwerbslosen (nach ILO-Konzept und Ursprungszahlen) betrug im Juli 2016 1,85 Millionen Personen. Die Erwerbslosenquote lag bei 4,3 %.

Die Erwerbstätigkeit ist im Juli weiter gestiegen und lag deutlich über dem Vorjahreswert. Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) lag nach Ursprungswerten im Juli bei 43,7 Millionen Personen. Das waren 535 000 Personen beziehungsweise 1,2 % mehr als im Vorjahr. Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 39 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu (+0,1 %).

Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm weiter zu. Sie lag (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit – BA) im Juni bei 31,4 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 614 000 Personen überschritten, was einen Anstieg von rund 2,0 % darstellt. Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein Plus von 4 000 Personen gegenüber dem Vormonat und damit im Vergleich zu diesem einen etwas weniger dynamischen Anstieg als noch in den Vormonaten (Mai: + 53 000, April: + 29 000). Nach Wirtschaftszweigen nahm die Beschäftigung im Vorjahresvergleich insbesondere in den Bereichen Pflege/Soziales und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (darunter Gebäudebetreuung/Vermietung) zu. Nennenswerte Abnahmen gab es bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist weiterhin hoch. Der umfassende Stellenindex der BA legte im August auf einem hohen

Niveau um 2 Punkte zu und liegt nun bei 219 Punkten (ohne geförderte und Saisonstellen). Der Anstieg um 24 Punkte gegenüber dem Vorjahr fällt sehr deutlich aus.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird sich aller Voraussicht nach auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Darauf deuten die vorauslaufenden Indikatoren hin. So stieg das ifo Beschäftigungsbarometer für die Wirtschaftsbereiche Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen. Auch das IAB-Arbeitsmarktbarometer ist im August den dritten Monat in Folge gestiegen.

### Verbraucherpreisanstieg unverändert moderat

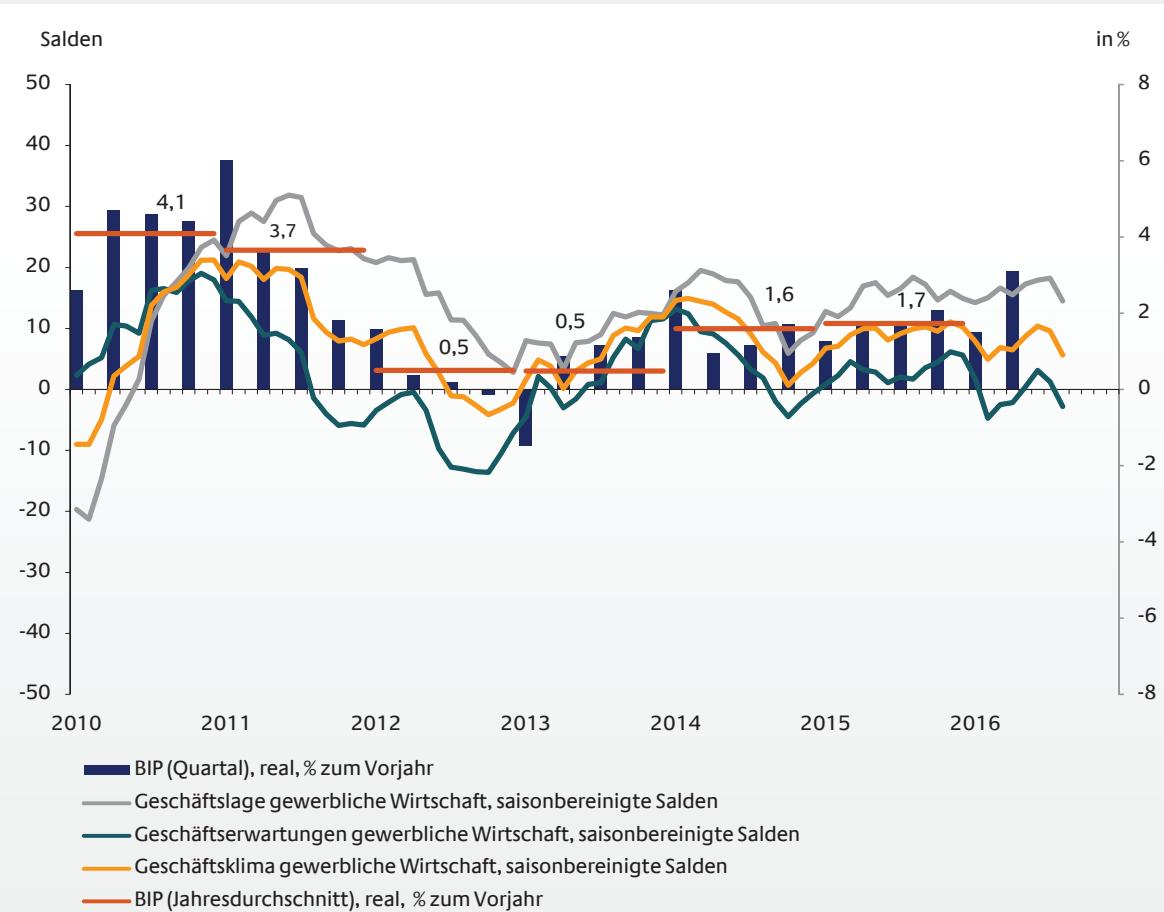
Der Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im August 2016 um 0,4 % über dem Vorjahr. Gegenüber Juli veränderten sich die Preise nicht. Insgesamt bewegt sich die Inflation somit auf einem geringfügig höheren Niveau als in den Vormonaten. Die Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe fielen im Vorjahresvergleich zwar deutlich (- 5,9 %), jedoch wieder etwas weniger als noch im Juli. Die Preise für Nahrungsmittel und Dienstleistungen stiegen aber um 0,9 % beziehungsweise 1,2 % an. Die Kerninflation betrug im August 1,2 %.

Die Preisentwicklung befindet sich weiterhin auf moderatem Niveau und stützt somit den privaten Konsum. Die im Vorjahresvergleich niedrigen Energiepreise haben nach wie vor den größten Einfluss auf die Verbraucherpreise. Der Rohölpreis ging nach einem starken Anstieg zu Jahresbeginn zuletzt im Vormonatsvergleich wieder etwas zurück. Aktuell dämpfen die schwache Entwicklung der Weltwirtschaft und die insgesamt hohe Rohölförderung in den OPEC-Staaten den Ölpreis. Der dämpfende Effekt der Energiepreise dürfte aber im weiteren Jahresverlauf nachlassen, sofern der Ölpreis nicht erneut fällt.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2016

# Steuereinnahmen im August 2016

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im August 2016 im Vorjahresvergleich leicht um 0,5 %. Nach dem Einnahmeverlust im Juli verläuft damit auch in diesem Monat die Aufkommensentwicklung wesentlich schwächer als im 1. Halbjahr 2016 (+5,8 %). Daraus ist jedoch keine Trendumkehr abzuleiten. Die dynamische Einnahmentwicklung im 1. Halbjahr ist teils durch eine unterjährige zeitliche Vorverlagerung von Einnahmen geprägt, die in den Monaten Juli und August erwartungsgemäß zu entsprechenden Einnahmeminderungen geführt hat. Grundsätzlich ist die Aufkommensentwicklung im bisher abgelaufenen Jahr 2016 jedoch weiterhin als positiv zu bewerten. Der kumulierte Zuwachs der Steuereinnahmen ohne Gemeindesteuern im Zeitraum Januar bis August 2016 liegt bei 4,1 % und damit derzeit noch höher als vom Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ in seiner Sitzung im Mai 2016 für das Jahr 2016 prognostiziert (+3,0 %). Allerdings wird sich der Einnahmehzuwachs im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich weiter abschwächen, da noch erhebliche Einnahmeminderungen erwartet werden, die im Rahmen der Steuerschätzung bereits berücksichtigt wurden. Grundsätzlich entspricht die Entwicklung des Aufkommens den Erwartungen der Steuerschätzung vom Mai 2016.

Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat um 0,9 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Hierin drückt sich insbesondere die gedämpfte Entwicklung bei den beiden aufkommensstärksten gemeinschaftlichen Steuern aus: Während das Aufkommen der Lohnsteuer auf Vorjahresniveau verharrte, verzeichneten die Steuern vom Umsatz einen leichten Zuwachs.

Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat einen Rückgang von 2,7 % gegenüber dem August 2015 auf. Die Ursache hierfür ist vorrangig in der Tabaksteuer zu sehen, deren Einnahmen um 20,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat sanken. Die Länder-

steuern verzeichneten einen hohen Zuwachs von 11,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Wie in den Vormonaten trieben die Erbschaftsteuer sowie die Grunderwerbsteuer das Ergebnis an.

## EU-Eigenmittel

Im aktuellen Berichtsmonat wurden wie bereits im Juli deutlich mehr BNE- und MwSt-Eigenmittel als im Vorjahresmonat von der Europäischen Union (EU) abgerufen. Im 1. Halbjahr 2016 waren noch erheblich niedrigere EU-Eigenmittelabführungen als im Vorjahr zu leisten. Letztlich orientieren sich die Mittelabrufe durch die EU an dem für das Jahr 2016 vorgesehenen Finanzrahmen. Die unterjährigen Schwankungen ergeben sich aus dem jeweiligen Finanzierungsbedarf der EU. In kumulierter Betrachtung bis August 2016 liegen die EU-Eigenmittel inklusive Zölle noch um 15,7 % unter denen des Vorjahreszeitraums.

## Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen verringerten sich im August 2016 um 3,7 % gegenüber August 2015. Die Einnahmen des Bundes an den gemeinschaftlichen Steuern verringerten sich, da das Volumen der gemeinschaftlichen Steuern im August nur leicht über dem Vorjahrsniveau lag, aber der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz im Jahr 2016 geringer ausfällt als noch im Jahr 2015. Die Einnahmen aus den Bundessteuern waren wegen der Entwicklung der Tabaksteuer rückläufig. Zudem lagen die EU-MwSt- und EU-BNE-Eigenmittelabrufe im Vorjahresvergleich aktuell deutlich höher. Kumuliert stiegen die Einnahmen des Bundes im laufenden Jahr bis zum August um 5,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Vorjahresvergleich um 3,4 % gegenüber dem

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2016

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2016	August in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Januar bis August in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Schätzungen für 2016 <sup>4</sup> in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %
					in Mio. €	
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	14 277	-0,1	118 321	+2,2	184 850	+3,3
veranlagte Einkommensteuer	-568	X	26 730	+9,4	51 600	+6,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 092	+24,3	14 745	+9,4	17 250	-3,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	353	-35,1	4 110	-37,4	6 450	-21,9
Körperschaftsteuer	-129	X	15 922	+48,7	20 620	+5,3
Steuern vom Umsatz	18 935	+0,9	143 328	+3,4	219 500	+4,6
Gewerbesteuerumlage	203	-5,5	2 266	+6,0	4 024	+0,6
erhöhte Gewerbesteuerumlage	62	-10,2	1 907	+7,2	3 396	-0,3
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>34 225</b>	<b>+0,9</b>	<b>327 330</b>	<b>+4,4</b>	<b>507 690</b>	<b>+3,5</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 384	+0,5	21 230	+2,2	40 000	+1,0
Tabaksteuer	1 125	-20,0	8 701	+0,2	14 460	-3,1
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	165	-2,4	1 374	+0,7	2 055	-0,7
Versicherungsteuer	1 264	+0,6	10 133	+2,4	12 720	+2,4
Stromsteuer	546	-1,3	4 293	-2,6	6 600	+0,1
Kraftfahrzeugsteuer	710	+9,3	6 333	+1,8	8 900	+1,1
Luftverkehrsteuer	113	+9,9	634	+4,4	1 060	+3,6
Kernbrennstoffsteuer	28	-74,4	294	-68,3	1 000	-27,0
Solidaritätszuschlag	908	+3,9	10 438	+4,8	16 400	+2,9
übrige Bundessteuern	120	+14,0	938	-3,1	1 463	-1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>8 361</b>	<b>-2,7</b>	<b>64 367</b>	<b>+0,9</b>	<b>104 658</b>	<b>+0,4</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	482	+22,4	4 921	+19,3	5 908	-6,1
Grunderwerbsteuer	1 077	+8,1	8 228	+12,0	12 260	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	152	+20,1	1 190	+5,2	1 745	+1,9
Biersteuer	59	-20,4	448	-2,0	670	-0,9
sonstige Ländersteuern	23	+8,5	324	+7,1	418	+1,5
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 793</b>	<b>+11,2</b>	<b>15 111</b>	<b>+13,1</b>	<b>21 001</b>	<b>+3,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	444	-9,9	3 371	+0,8	5 400	+4,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	354	+26,3	2 833	-11,0	2 400	-42,9
BNE-Eigenmittel	1 658	+29,5	12 587	-20,2	22 050	+2,2
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>2 457</b>	<b>+19,6</b>	<b>18 791</b>	<b>-15,7</b>	<b>29 850</b>	<b>-3,5</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>20 391</b>	<b>-3,7</b>	<b>184 106</b>	<b>+5,0</b>	<b>290 050</b>	<b>+3,0</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>19 454</b>	<b>+3,4</b>	<b>181 825</b>	<b>+6,1</b>	<b>277 726</b>	<b>+3,7</b>
<b>EU</b>	<b>2 457</b>	<b>+19,6</b>	<b>18 791</b>	<b>-15,7</b>	<b>29 850</b>	<b>-3,5</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 522</b>	<b>-1,8</b>	<b>25 456</b>	<b>+2,1</b>	<b>41 123</b>	<b>+3,3</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>44 824</b>	<b>+0,5</b>	<b>410 179</b>	<b>+4,1</b>	<b>638 749</b>	<b>+3,0</b>

<sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup>Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup>Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

<sup>4</sup>Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom Mai 2016.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2016

Vorjahresmonat. Ein höheres Aufkommen aus dem Länderanteil an den gemeinschaftlichen Steuern sowie im Vergleich zum August 2015 deutlich höhere Ländersteuern tragen zu diesem Ergebnis bei. Der Anteil der Gemeinden am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern verringerte sich im August 2016 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

## Gemeinschaftliche Steuern

### Lohnsteuer

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin robust. Die Beschäftigung nahm weiter zu. Allerdings stieg das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer im August 2016 nur leicht um 0,7 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Die Aufkommensentwicklung wurde u. a. durch die Auswirkungen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfrei- betrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergelds und des Kinderzuschlags vom 16. Juli 2015 gedämpft, da in der Basis die Tarifänderungen noch nicht enthalten waren. Dies betrifft auch die Entwicklung der Kindergeldauszahlungen, welche um 6,2 % zunahmen. Hier war im August 2015 die Anpassung des Kindergelds ebenfalls noch nicht enthalten. Nach Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Kindergelds lag das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im August 2016 nahezu auf Vorjahresniveau (- 0,1 %). In kumulierter Betrachtung bis August 2016 liegt das Kassenergebnis der Lohnsteuer 2,2 % über dem Vorjahresniveau.

### Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen entwickelt sich weiterhin gut. Das Aufkommen im Berichtsmonat ist von der Veranlagungstätigkeit geprägt. Im August 2016 ergab sich ein deutlich geringeres Auszahlungsvolumen von 0,1 Mrd. € als im Vorjahresvergleich von 0,4 Mrd. €. Der Schwerpunkt der Veranlagungstätigkeit verlagert sich allmählich vom Veranlagungsjahr 2014 auf das Veranlagungsjahr 2015. Für beide Jahre stiegen die Nachzahlungen an, während die Erstattungen zurückgingen. Daraus ergab sich weiterhin ein Anstieg der

nachträglichen Vorauszahlungen. Kumuliert bis August 2016 liegt das Aufkommen der Körperschaftsteuer um 48,7 % über dem Vorjahresniveau. Allerdings werden für dieses Jahr noch beträchtliche Einnahmeausfälle aufgrund von höchstrichterlicher Rechtsprechung erwartet, die bisher noch nicht aufkommenswirksam geworden sind (BFH-Urteile zu STEKO und § 40 KAGG).

### Veranlagte Einkommensteuer

Das Steueraufkommen der veranlagten Einkommensteuer entwickelt sich, wie im bisherigen Jahresverlauf, weiterhin erfreulich. Wie bei der Körperschaftsteuer wird auch bei der Einkommensteuer zunehmend das Veranlagungsjahr 2015 aufkommenswirksam. Während sich aus der Arbeitnehmerveranlagung ein höheres Erstattungsvolumen ergab, blieben Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen bei den übrigen Einkommensteuerpflichtigen annähernd auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Bruttoeinnahmen der veranlagten Einkommensteuer stiegen im August 2016 um 3,5 % im Vorjahresvergleich. Hiervon abzuziehen waren die Arbeitnehmererstattungen sowie die Investitions- und Eigenheimzulagen. Im Ergebnis ergab sich im Veranlagungsmonat August 2016 ein Auszahlungsvolumen von 0,6 Mrd. €. In kumulierter Betrachtung bis August 2016 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 9,4 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

### Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Im Berichtsmonat ergab sich ein Anstieg des Bruttoaufkommens von 11,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach Abzug der aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) beträgt der Anstieg des Kassenaufkommens der nicht veranlagten Steuern von Ertrag im Berichtsmonat 24,3 %. Die von Jahr zu Jahr variierenden Zeitpunkte der Dividendenauszahlung führen regelmäßig zu unterjährigen zeitlichen

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2016

Verschiebungen beim kassenmäßigen Eingang des Steueraufkommens. So war im Juni 2016 ein überaus kräftiger Anstieg von 51,5 % zu verzeichnen, im Juli hingegen ein Rückgang von 38,4 %. Wichtiger ist daher der Blick auf das kumulierte Kassenaufkommen. Dieses wuchs bis August 2016 um 9,4 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

### Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Im August 2016 sanken die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge erneut deutlich um 35,1 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Damit hält der Trend eines im Vorjahresvergleich schwachen Steueraufkommens weiter an. Kumuliert verringerte sich das Steueraufkommen bis August 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 37,4 %. Hierfür könnte maßgeblich ein Rückgang der Wertpapierveräußerungen verantwortlich sein. Zudem gab es im Vergleich zum Vorjahr kein Aufkommen aus der EU-Quellensteuer als Teil der Abgeltungsteuer. Mit Blick auf die Entwicklung hatte der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ in seiner Sitzung im Mai 2016 seine Prognose für das laufende Jahr bereits deutlich nach unten korrigiert.<sup>1</sup>

### Steuern vom Umsatz

Der Aufkommenszuwachs der Steuern vom Umsatz wurde durch das relativ hohe Niveau im Vorjahreszeitraum gedämpft und erreichte daher im August 2016 nur 0,9 %. Kumuliert bis August 2016 liegt das Aufkommen der Steuern vom Umsatz um 3,4 % über dem des Vorjahreszeitraums. Das Aufkommen der Binnenumumsatzsteuer stieg um 3,0 % gegenüber dem August 2016. Damit spiegelt die positive Entwicklung die gute binnengewirtschaftliche Dynamik wider, die vor allem vom privaten und öffentlichen Konsum getragen wird.

<sup>1</sup> Siehe den Artikel zum Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ im Monatsbericht Mai 2016.

## Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verringerte sich im August 2016 um 2,7 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Grund für diesen Rückgang ist hauptsächlich in der Entwicklung der Tabaksteuereinnahmen zu sehen. Diese weisen einen Rückgang von 20,0 % auf. Nachdem es in den Monaten März, April und Mai in Antizipation der anstehenden Gesetzesänderung zu erhöhten Bezügen von Tabaksteuerzeichen gekommen war, wurden nunmehr von der Tabakindustrie die aufgebauten Bestände verbraucht mit der Folge eines entsprechenden Rückgangs im Tabaksteueraufkommen. Im weiteren Jahresverlauf ist mit einer Normalisierung der Tabaksteuereinnahmen zu rechnen. Bei der Kernbrennstoffsteuer zeichnen sich Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr ab. Aktuell ergab sich ein Rückgang von 74,4 % gegenüber dem Vorjahresvergleich. Insgesamt entwickelte sich das Steueraufkommen der einzelnen Bundessteuern erwartungsgemäß. Zuwächse verzeichneten u. a. die Energiesteuer (+ 0,5 %), die Versicherungsteuer (+ 0,6 %), die Luftverkehrsteuer (+ 9,9 %) sowie der Solidaritätszuschlag (+ 3,9 %). Rückgänge im Steueraufkommen gab es bei der Branntweinsteuer (- 2,4 %) und der Stromsteuer (- 1,3 %). Die übrigen Veränderungen hatten betragsmäßig nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bundessteuern. Kumuliert bis August 2016 stieg das Aufkommen der Bundessteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,9 %.

## Ländersteuern

Das Aufkommen der Ländersteuern hatte sich im August 2016 im direkten Vorjahresvergleich deutlich um 11,2 % erhöht. Kräftig zulegen konnten die Erbschaftsteuer um 22,4 %, die Grunderwerbsteuer um 8,1 %, aber auch die Rennwett- und Lotteriesteuer um 20,1 %. Das Aufkommen der Biersteuer sank um 20,8 % gegenüber August 2015. Das kumulierte Aufkommen der Ländersteuern bis August 2016 lag um 13,1 % über dem Vorjahresniveau.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2016

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2016

## Einnahmenentwicklung

Im laufenden Haushaltsjahr bis einschließlich August 2016 belaufen sich die Einnahmen des Bundes auf 203,3 Mrd. €. Damit wurde das entsprechende Vorjahresniveau (196,9 Mrd. €) um 3,2 % übertroffen. Die Steuereinnahmen, die den größten Anteil an den Gesamteinnahmen ausmachen, erhöhten sich um 4,8 %. Die sonstigen Einnahmen gingen um 9,1 % zurück. Dies ist auf Sondereffekte zurückzuführen. Gemessen am Soll für das Jahr 2016 erreichten die sonstigen Einnahmen jedoch bereits 88,4 %.

## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben beliefen sich im betrachteten Zeitraum auf 207,5 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresergebnis wurde um 2,4 % beziehungsweise 4,9 Mrd. € überschritten. Die Ausgaben

des Bundes nach ökonomischen Arten werden in konsumtive und investive Ausgaben gegliedert. Die investiven Ausgaben, die einen Anteil von rund 10 % an den Gesamtausgaben haben, erhöhten sich überdurchschnittlich um 14,5 % auf 16,2 Mrd. €. Die konsumtiven Ausgaben mit einem Anteil von 90 % an den Ausgaben des Bundeshaushalts insgesamt nahmen um 1,5 % zu. Dabei wird der Ausgabenanstieg weiterhin durch rückläufige Zinsausgaben gedämpft.

Bei der Betrachtung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen ist jedoch erkennbar, dass die Ausgaben im Bereich Soziale Sicherung den betragsmäßig größten Anteil am Ausgabenanstieg haben. Hier sind vor allem die planmäßigen Erhöhungen der Zuweisungen an die Allgemeine Rentenversicherung (+1,8 Mrd. € bis August 2016) und die Krankenversicherungen (+1,6 Mrd. € bis August 2016) ursächlich.

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2015	Soll 2016	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis August 2016
<b>Ausgaben (Mrd. €)<sup>2</sup></b>	<b>299,3</b>	<b>316,9</b>	<b>207,5</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,4
<b>Einnahmen (Mrd. €)<sup>2</sup></b>	<b>311,1</b>	<b>310,5</b>	<b>203,3</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,2
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>281,7</b>	<b>288,1</b>	<b>183,4</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,8
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>11,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>-4,2</b>
<b>Finanzierung / Verwendung:</b>	<b>-11,8</b>	<b>6,4</b>	<b>4,2</b>
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	17,6
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,4	0,3	0,1
Saldo der Rücklagenbewegungen	-12,1	6,1	5,4
<b>Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo<sup>3</sup> (Mrd. €)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-19,0</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

<sup>2</sup> Ohne Einnahmen und Ausgaben aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

<sup>3</sup> (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2016

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2015		Soll 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>66 947</b>	<b>22,4</b>	<b>71 572</b>	<b>22,6</b>	<b>42 620</b>	<b>46 227</b>	<b>+8,5</b>
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 399	2,1	7 287	2,3	3 819	4 676	+22,4
Verteidigung	33 442	11,2	33 966	10,7	20 679	22 105	+6,9
politische Führung, zentrale Verwaltung	14 175	4,7	15 172	4,8	9 997	9 872	-1,2
Finanzverwaltung	4 199	1,4	4 445	1,4	2 683	2 834	+5,6
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>20 271</b>	<b>6,8</b>	<b>21 961</b>	<b>6,9</b>	<b>12 600</b>	<b>12 374</b>	<b>-1,8</b>
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 381	1,1	3 648	1,2	2 302	2 171	-5,7
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 872	3,6	11 689	3,7	6 057	5 889	-2,8
<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>153 611</b>	<b>51,3</b>	<b>161 485</b>	<b>51,0</b>	<b>107 832</b>	<b>111 457</b>	<b>+3,4</b>
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	101 992	34,1	106 888	33,7	74 222	77 456	+4,4
Arbeitsmarktpolitik	33 894	11,3	34 676	10,9	22 770	22 215	-2,4
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	20 198	6,7	20 500	6,5	13 817	13 808	-0,1
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 249	1,8	5 100	1,6	3 634	3 308	-9,0
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 890	2,6	8 374	2,6	5 414	5 506	+1,7
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 059	0,7	2 139	0,7	1 400	1 392	-0,5
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 915</b>	<b>0,6</b>	<b>2 312</b>	<b>0,7</b>	<b>1 055</b>	<b>1 176</b>	<b>+11,5</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 004</b>	<b>0,7</b>	<b>2 502</b>	<b>0,8</b>	<b>1 236</b>	<b>1 579</b>	<b>+27,8</b>
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 491	0,5	1 809	0,6	1 102	1 411	+28,1
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>846</b>	<b>0,3</b>	<b>1 066</b>	<b>0,3</b>	<b>354</b>	<b>354</b>	<b>-0,1</b>
<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 156</b>	<b>1,4</b>	<b>5 870</b>	<b>1,9</b>	<b>2 903</b>	<b>3 005</b>	<b>+3,5</b>
regionale Förderungsmaßnahmen	997	0,3	1 389	0,4	595	404	-32,1
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 497	0,5	1 707	0,5	1 330	1 527	+14,8
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>16 595</b>	<b>5,5</b>	<b>18 881</b>	<b>6,0</b>	<b>9 250</b>	<b>10 237</b>	<b>+10,7</b>
Straßen	7 859	2,6	8 786	2,8	4 251	4 560	+7,3
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 953	1,7	5 349	1,7	2 647	3 119	+17,9
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>33 225</b>	<b>11,1</b>	<b>31 252</b>	<b>9,9</b>	<b>24 903</b>	<b>21 241</b>	<b>-14,7</b>
Zinsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme	21 066	7,0	23 772	7,5	20 078	16 110	-19,8
<b>Ausgaben insgesamt <sup>1</sup></b>	<b>299 285</b>	<b>100,0</b>	<b>316 900</b>	<b>100,0</b>	<b>202 583</b>	<b>207 451</b>	<b>+2,4</b>

<sup>1</sup> Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALT BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2016

### Finanzierungssaldo

Im Zeitraum vom Januar bis zum August 2016 betrug der Finanzierungssaldo - 4,2 Mrd. €, d. h. die Ausgaben waren um 4,2 Mrd. € höher als die Einnahmen.

Die Einnahmen und Ausgaben unterliegen im Laufe des Haushaltjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit die eingesetzten

Kassenmittel in den einzelnen Monaten in unterschiedlichem Maße. Auch der Kapitalmarktsaldo zeigt im Jahresverlauf in der Regel starke Schwankungen. Die unterjährige Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jeweiligen Kapitalmarktsaldos sind daher keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende errechnen lässt.

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2015	Soll 2016		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
		in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %		
<b>Konsumentive Ausgaben</b>	<b>269 732</b>	<b>90,1</b>	<b>286 004</b>	<b>90,3</b>	<b>188 398</b>	<b>191 214</b>	<b>+1,5</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>29 907</b>	<b>10,0</b>	<b>30 989</b>	<b>9,8</b>	<b>20 516</b>	<b>20 680</b>	<b>+0,8</b>
Aktivbezüge	21 695	7,2	22 562	7,1	14 721	14 829	+0,7
Versorgung	8 212	2,7	8 427	2,7	5 796	5 851	+0,9
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>24 305</b>	<b>8,1</b>	<b>26 202</b>	<b>8,3</b>	<b>13 581</b>	<b>15 204</b>	<b>+12,0</b>
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 462	0,5	1 493	0,5	880	899	+2,2
militärische Beschaffungen	9 055	3,0	10 186	3,2	4 340	5 516	+27,1
sonstiger laufender Sachaufwand	13 788	4,6	14 523	4,6	8 361	8 789	+5,1
<b>Zinsausgaben</b>	<b>21 066</b>	<b>7,0</b>	<b>23 772</b>	<b>7,5</b>	<b>20 071</b>	<b>16 108</b>	<b>-19,7</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>193 751</b>	<b>64,7</b>	<b>204 322</b>	<b>64,5</b>	<b>133 738</b>	<b>138 680</b>	<b>+3,7</b>
an Verwaltungen	24 064	8,0	24 285	7,7	13 950	14 312	+2,6
an andere Bereiche	169 687	56,7	180 036	56,8	119 787	124 368	+3,8
darunter:							
Unternehmen	25 616	8,6	28 296	8,9	17 477	17 409	-0,4
Renten, Unterstützungen u. a.	28 903	9,7	29 609	9,3	19 831	19 719	-0,6
Sozialversicherungen	107 334	35,9	111 824	35,3	77 566	80 737	+4,1
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>703</b>	<b>0,2</b>	<b>719</b>	<b>0,2</b>	<b>493</b>	<b>543</b>	<b>+10,1</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>29 553</b>	<b>9,9</b>	<b>31 484</b>	<b>9,9</b>	<b>14 185</b>	<b>16 237</b>	<b>+14,5</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>21 869</b>	<b>7,3</b>	<b>22 220</b>	<b>7,0</b>	<b>10 363</b>	<b>11 930</b>	<b>+15,1</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	20 516	6,9	19 919	6,3	9 562	10 962	+14,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	983	0,3	1 848	0,6	580	649	+11,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	370	0,1	453	0,1	221	320	+44,8
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 684</b>	<b>2,6</b>	<b>9 264</b>	<b>2,9</b>	<b>3 822</b>	<b>4 307</b>	<b>+12,7</b>
Baumaßnahmen	6 141	2,1	7 137	2,3	3 261	3 336	+2,3
Erwerb von beweglichen Sachen	1 186	0,4	1 491	0,5	498	701	+40,8
Grunderwerb	357	0,1	636	0,2	63	270	+328,6
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>- 588</b>	<b>-0,2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
<b>Ausgaben insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>299 285</b>	<b>100,0</b>	<b>316 900</b>	<b>100,0</b>	<b>202 583</b>	<b>207 451</b>	<b>+2,4</b>

<sup>1</sup> Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2016

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2015		Soll 2016		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis August 2015	Januar bis August 2016	
<b>I. Steuern</b>	<b>281 706</b>	<b>90,6</b>	<b>288 083</b>	<b>92,8</b>	<b>175 099</b>	<b>183 437</b>	<b>+4,8</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	229 618	73,8	234 733	75,6	146 764	150 975	+2,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	119 068	38,3	121 197	39,0	72 990	77 105	+5,6
davon:							
Lohnsteuer	76 028	24,4	78 476	25,3	47 644	48 603	+2,0
veranlagte Einkommensteuer	20 647	6,6	21 144	6,8	10 386	11 360	+9,4
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 968	2,9	8 508	2,7	6 735	7 372	+9,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 634	1,2	3 574	1,2	2 872	1 809	-37,0
Körperschaftsteuer	9 792	3,1	9 495	3,1	5 353	7 961	+48,7
Steuern vom Umsatz	108 894	35,0	111 889	36,0	72 889	72 932	+0,1
Gewerbesteuerumlage	1 656	0,5	1 647	0,5	885	939	+6,1
Energiesteuer	39 594	12,7	40 200	12,9	20 783	21 230	+2,2
Tabaksteuer	14 921	4,8	14 360	4,6	8 686	8 701	+0,2
Solidaritätszuschlag	15 930	5,1	16 000	5,2	9 962	10 438	+4,8
Versicherungsteuer	12 419	4,0	12 700	4,1	9 896	10 133	+2,4
Stromsteuer	6 593	2,1	6 600	2,1	4 409	4 293	-2,6
Kraftfahrzeugsteuer	8 805	2,8	8 800	2,8	6 221	6 333	+1,8
Kernbrennstoffsteuer	1371	0,4	1 100	0,4	928	294	-68,3
Branntweinabgaben	2 072	0,7	2 057	0,7	1 366	1 375	+0,7
Kaffeesteuers	1 032	0,3	1 031	0,3	675	675	+0,0
Luftverkehrsteuer	1 023	0,3	1 024	0,3	607	634	+4,4
Ergänzungzuweisungen an Länder	-10 041	-3,2	-9 401	-3,0	-4 920	-4 803	-2,4
BNE-Eigenmittel der EU	-21 578	-6,9	-22 160	-7,1	-15 776	-12 587	-20,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 098	-1,3	-2 390	-0,8	-3 184	-2 833	-11,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 408	-2,4	-8 000	-2,6	-4 866	-4 939	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-2,9	-8 992	-2,9	-6 744	-6 744	+0,0
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>29 349</b>	<b>9,4</b>	<b>22 432</b>	<b>7,2</b>	<b>21 817</b>	<b>19 829</b>	<b>-9,1</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 889	2,2	5 758	1,9	5 419	5 631	+3,9
Zinseinnahmen	269	0,1	271	0,1	147	164	+11,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 211	1,0	1 682	0,5	2 150	2 330	+8,4
<b>Einnahmen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>311 055</b>	<b>100,0</b>	<b>310 515</b>	<b>100,0</b>	<b>196 915</b>	<b>203 266</b>	<b>+3,2</b>

<sup>1</sup> Ohne Einnahmen aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JULI 2016

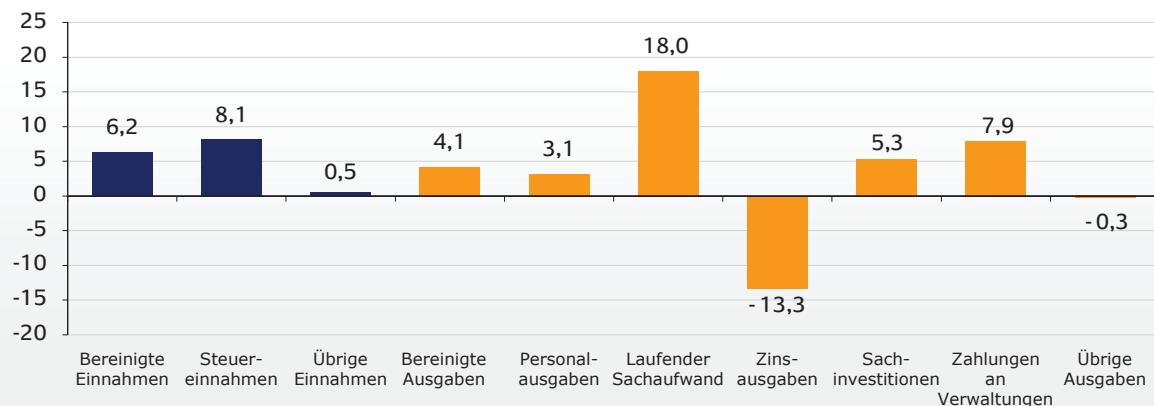
# Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016

Die Ländergesamtheit erzielte bis Ende Juli einen Haushaltsüberschuss von 4,0 Mrd. € und verbesserte damit die Haushaltssituation um rund 3,9 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zurzeit gehen die Planungen der Länder insgesamt von einem Finanzierungsdefizit von -10,6 Mrd. € für das Gesamtjahr 2016 aus. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im

Vergleich zum Vorjahr um 4,1%, während die Einnahmen um 6,2% zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 8,1%.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Juli sind in den nachfolgenden Grafiken sowie in den Tabellen im Statistikteil aufgeführt.

**Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016, Länder insgesamt  
Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %**

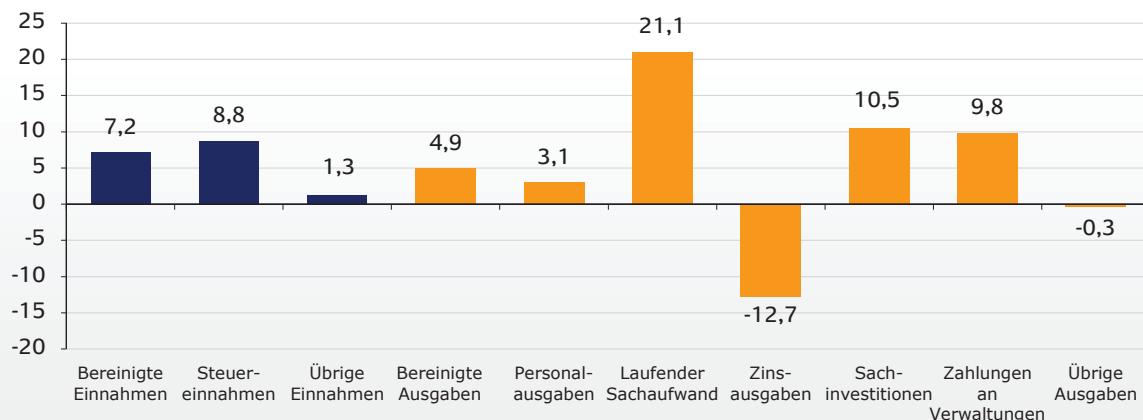


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

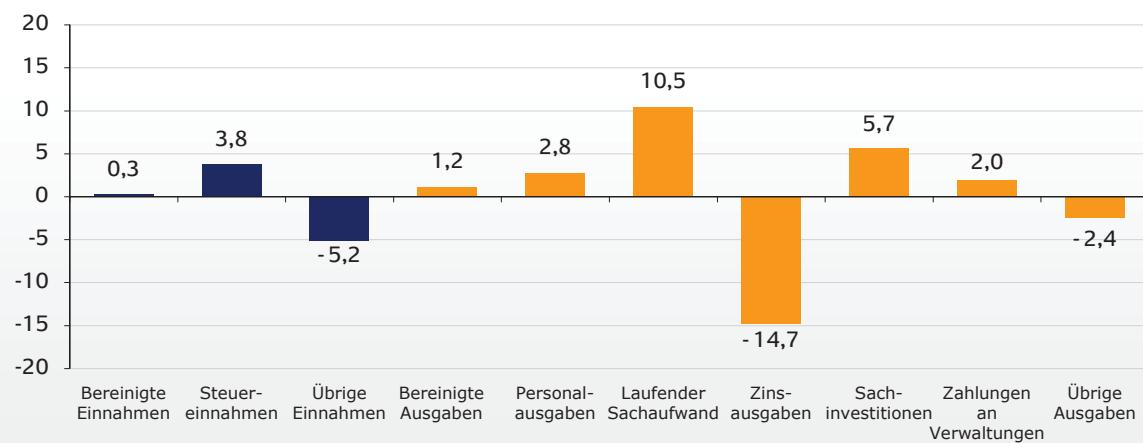
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JULI 2016

### Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016, Flächenländer (West) Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016, Flächenländer (Ost) Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %

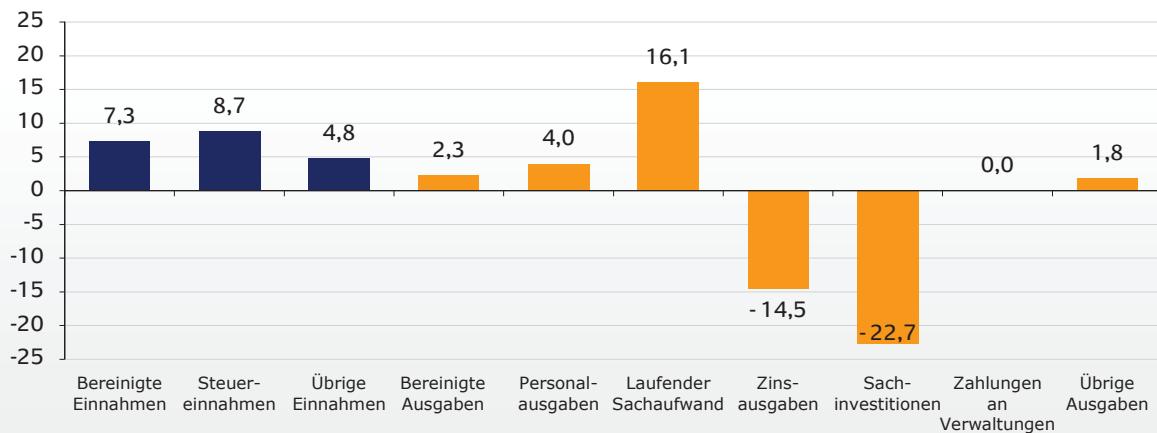


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JULI 2016

### Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016, Stadtstaaten Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Entwicklung von Schulden, Kreditaufnahme, Tilgungen und Zinsen

Im August wurden für den Bundeshaushalt und seine Sondervermögen insgesamt 15,0 Mrd. € Kredite aufgenommen und 3,2 Mrd. € an fälligen Krediten getilgt, sodass sich per 31. August 2016 ein Schuldenstand von 1103,8 Mrd. € ergab. Davon waren zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1060,5 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds 22,1 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds 21,2 Mrd. € verwendet worden.

Der Schuldendienst von 4,3 Mrd. € der neben den Tilgungen auch die Zinszahlungen von 1,1 Mrd. 8€ umfasst, wurde im August sowohl aus Kreditaufnahme als auch aus Kassenmitteln bestritten. Schwerpunkte der Kreditaufnahme lagen auf der Emission einer 10-jährigen Bundesanleihe mit einem Nominalvolumen von 5 Mrd. € und 2-jähriger Bundesschatzanweisungen mit einem Nominalvolumen von 9 Mrd. €. Ferner wurden 4,5 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und 4 Mrd. € 5-jährige Bundesobligationen emittiert. Im Rahmen der Marktpflege wurden Bundeswertpapiere von saldiert 3,5 Mrd. € für den Eigenbestand gekauft; dieser erreichte Ende August ein Volumen von 44,9 Mrd. €. Weitere Einzelheiten zu den Schuldenständen sowie ihrer Veränderung infolge von Kreditaufnahme und Tilgungen zeigt die Tabelle „Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im August 2016“. Im statistischen Anhang wird die Entwicklung der Verschuldung und der Tilgungen kumuliert für die Monate Januar bis August 2016 gezeigt; die Tabelle „Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren im Monat August 2016“ zeigt das Umlaufvolumen der emittierten Bundeswertpapiere einschließlich

der Eigenbestände (Nennwerte) sowie zusätzlich die als Kassenkredit emittierten und verbuchten Bundeswertpapiere.

Die Abbildung „Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 31. August 2016 nach Instrumentenarten“ zeigt die Verteilung der vom Bund und seinen Sondervermögen eingegangenen Gesamtschulden nach Instrumentenarten. Danach entfällt der überwiegende Anteil auf nominalverzinsliche Bundesanleihen (42,4 % auf 10-jährige und 17,5 % auf 30-jährige), gefolgt von Bundesobligationen (20,7 %) und Bundesschatzanweisungen (9,7 %). Der Anteil der inflationsindexierten Bundeswertpapiere beträgt 5,9 % des gesamten Schuldenstands.

Insgesamt sind die Schulden des Bundes zu 98,6 % in Form von Bundeswertpapieren verbrieft, wobei es sich ausschließlich um Inhaberschuldverschreibungen handelt und folglich der konkrete Gläubiger dem Emittenten Bund nicht bekannt ist. Nur 1,4 % der Schulden entfallen auf Kreditaufnahmen wie Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite.

Die kumulierten Jahresergebnisse der Kreditaufnahme, die Tilgungsleistungen und Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen werden im statistischen Anhang des Monatsberichts gezeigt. Daraüber hinaus enthält der statistische Anhang für den interessierten Leser auch eine längere Datenreihe der Verschuldung, gruppiert nach Restlaufzeitklassen.

Eine detaillierte Übersicht über die durchgeführten Auktionen von Bundeswertpapieren

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht.<sup>1</sup> Sie

veröffentlicht ebenfalls die für 2016 geplanten Auktionen von Bundeswertpapieren.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/auktionsergebnisse/>

<sup>2</sup> <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/emissionsplanung/>

### Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen in Mio. €

	Schuldenstand: 31. Juli 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 31. August 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Haushaltskredite</b>	<b>1 092 002</b>	<b>14 971</b>	<b>-3 151</b>	<b>1 103 823</b>	<b>11 820</b>
<b>Gliederung nach Verwendung</b>					
Bundesaushalt	1 048 685	14 971	-3 151	1 060 506	11 820
Finanzmarktstabilisierungsfonds	22 077	-	-	22 077	-
Investitions- und Tiligungsfonds	21 241	0	-	21 241	0
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Bundeswertpapiere	1 076 393	14 971	-3 066	1 088 299	11 905
Bundesanleihen	657 592	3 127	-	660 719	3 127
30-jährige Bundesanleihen	192 558	287	-	192 846	287
10-jährige Bundesanleihen	465 034	2 840	-	467 873	2 840
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	64 843	128	-	64 971	128
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4 230	49	-	4 279	49
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	46 064	84	-	46 147	84
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 550	-5	-	14 545	-5
Bundesobligationen	224 652	3 343	-	227 995	3 343
Bundesschatzanweisungen	103 241	4 197	-	107 439	4 197
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	23 652	4 176	-3 007	24 821	1 169
sonstige Bundeswertpapiere	2 413	0	-59	2 354	-59
Schuldscheindarlehen	9 941	-	-85	9 856	-85
sonstige Kredite und Buchschulden	5 668	-	-	5 668	-
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>					
bis 1 Jahr	159 029			160 198	1 169
über 1 Jahr bis 4 Jahre	342 531			344 997	2 466
über 4 Jahre	590 442			598 627	8 185
<b>nachrichtlich:</b>					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung					
inflationsindexierter Bundeswertpapiere	3 347			3 463	116
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	2 317			2 317	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

## FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren in Mio. €

	Schuldenstand: 31. Juli 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 31. August 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Haushaltsemissionen	1 076 393	14 971	-3 066	1 088 299	11 905
Umlaufvolumen	1 117 746	18 519	-3 066	1 133 199	15 453
30-jährige Bundesanleihen	198 250	-	-	198 250	-
10-jährige Bundesanleihen	489 000	5 000	-	494 000	5 000
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4 500	-	-	4 500	-
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	47 500	-	-	47 500	-
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	15 000	-	-	15 000	-
Bundesobligationen	230 000	4 000	-	234 000	4 000
Bundesschatzanweisungen	107 000	5 000	-	112 000	5 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	24 083	4 519	-3 007	25 596	1 512
sonstige Bundeswertpapiere	2 413	0	-59	2 354	-59
Eigenbestände	-41 353	-3 548	-	-44 901	-3 548
Kassenemissionen – Umlaufvolumen –					
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4 522	-	-	4 522	-
Bundeswertpapiere – Umlaufvolumen –					
Insgesamt	1 122 267	18 519	-3 066	1 137 721	11 905

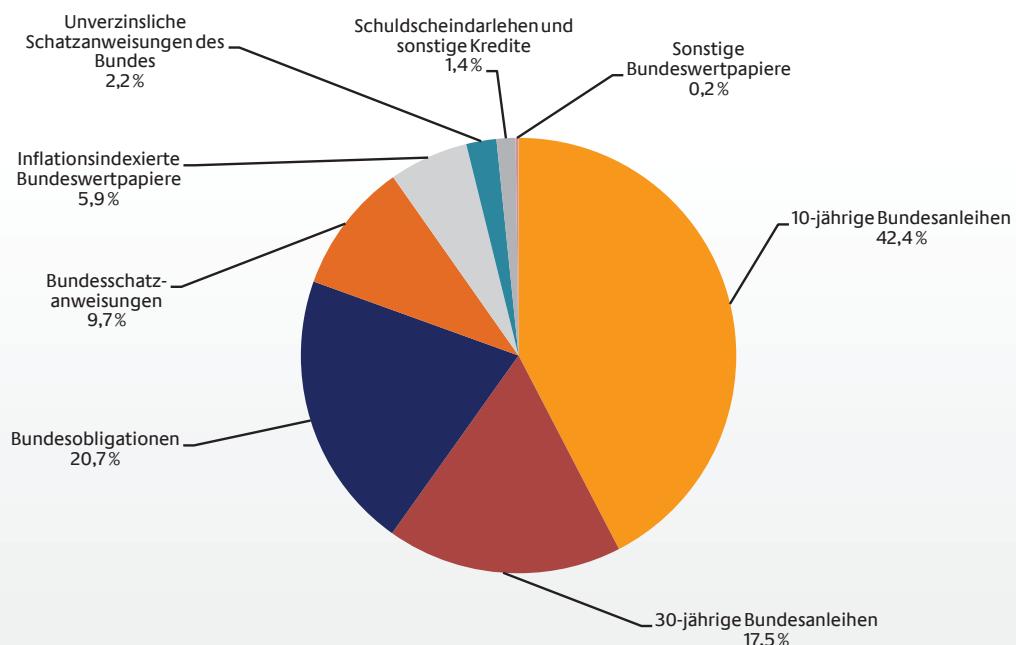
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

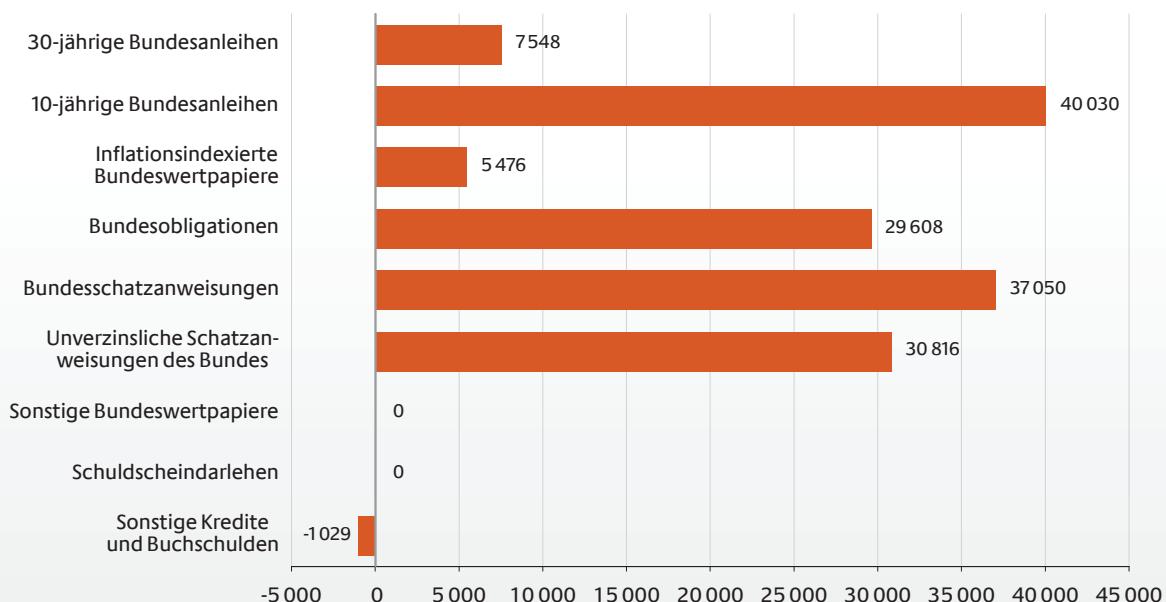
### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 31. August 2016 nach Instrumentarten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

#### Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen bis August 2016 in Mio. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
	in Mrd. €											
30-jährige Bundesanleihen	189,9	190,8	191,9	193,1	194,2	191,5	192,6	192,8	-	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	466,6	470,7	474,2	477,6	481,2	483,9	465,0	467,9	-	-	-	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75,4	75,9	76,5	62,4	63,4	64,2	64,8	65,0	-	-	-	-
Bundesobligationen	232,7	221,2	225,7	212,1	216,0	220,8	224,7	228,0	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	101,5	106,9	98,2	102,6	107,4	99,4	103,2	107,4	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	11,2	12,7	14,4	18,1	21,2	23,8	23,7	24,8	-	-	-	-
Sonstige Bundeswertpapiere	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6	2,5	2,4	2,4	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	10,6	10,6	10,5	10,3	10,2	10,0	9,9	9,9	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	6,7	6,7	4,5	4,5	4,5	5,7	5,7	5,7	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1097,4</b>	<b>1098,3</b>	<b>1098,6</b>	<b>1083,2</b>	<b>1100,6</b>	<b>1101,9</b>	<b>1092,0</b>	<b>1103,8</b>	-	-	-	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Bruttokreditbedarf des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	0,8	0,9	1,1	1,2	1,0	1,1	1,0	0,3	-	-	-	-	7,5
10-jährige Bundesanleihen	15,7	4,2	3,5	3,4	3,6	2,7	4,2	2,8	-	-	-	-	40,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	0,9	0,5	0,6	0,9	1,1	0,8	0,6	0,1	-	-	-	-	5,5
Bundesobligationen	0,4	4,4	4,5	4,4	4,0	4,8	3,8	3,3	-	-	-	-	29,6
Bundesschatzanweisungen	5,1	5,3	4,4	4,4	4,8	5,0	3,8	4,2	-	-	-	-	37,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,8	3,1	3,2	5,2	4,6	4,5	4,3	4,2	-	-	-	-	30,8
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-2,2	-	-	1,2	0,0	-	-	-	-	-	-1,0
<b>Insgesamt</b>	<b>24,7</b>	<b>18,4</b>	<b>15,0</b>	<b>19,4</b>	<b>19,0</b>	<b>20,1</b>	<b>17,8</b>	<b>15,0</b>	-	-	-	-	<b>149,5</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	-	-	-	-	-	3,8	-	-	-	-	-	-	3,8
10-jährige Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	23,0	-	-	-	-	-	46,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
Bundesobligationen	-	16,0	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	13,0	-	-	13,0	-	-	-	-	-	-	26,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,8	4,5	3,0	-	-	-	-	16,9
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	-	-	-	-	0,4
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	-	-	-	-	0,8
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>24,5</b>	<b>17,6</b>	<b>14,7</b>	<b>34,8</b>	<b>1,6</b>	<b>18,8</b>	<b>27,7</b>	<b>3,2</b>	-	-	-	-	<b>142,9</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
<b>Insgesamt</b>	<b>7,4</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,5</b>	<b>8,7</b>	<b>1,1</b>	-	-	-	-	<b>17,3</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rats am 9. und 10. September 2016 in Bratislava

In der Eurogruppe am 9. September 2016 standen die Lage in Griechenland, die Qualität der öffentlichen Finanzen im Euroraum, der Umgang mit verfrüht oder verspätet vorgelegten Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten, das weitere Vorgehen mit Blick auf die Defizitverfahren Portugals und Spaniens sowie die Vereinfachung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf der Tagesordnung.

Zu Griechenland berichteten die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) sowie Griechenland selbst über den Stand der Umsetzung der sogenannten Meilensteine als Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Teiltranche des laufenden Programms. Die Institutionen kritisierten die bislang unzureichenden Fortschritte. Die Eurogruppe rief Griechenland daher nachdrücklich auf, die Bemühungen zur Umsetzung zu intensivieren. Der griechische Finanzminister sagte dies zu. Die Eurogruppe äußerte ihre Besorgnis bezüglich der strafrechtlichen Ermittlungen gegen Führungskräfte der griechischen Statistikbehörde ELSTAT und verwies darauf, dass EUROSTAT die Fiskaldaten seit 2010 anerkannt hat. Der Internationale Währungsfonds (IWF) kündigte an, in Kürze eine reguläre Artikel-IV-Konsultation mit Griechenland aufzunehmen zu wollen.

Im Bereich Qualität der öffentlichen Finanzen führten die Minister einen Austausch über das Instrument sogenannter Spending Reviews. Dabei werden einzelne Ausgabenbereiche öffentlicher Haushalte auf ihre Effektivität und Effizienz überprüft. Die Eurogruppe verständigte sich hierzu auf gemeinsame Grundsätze. Die Diskussion des Themas in der Eurogruppe fand breite Unterstützung. Die Eurogruppe war sich einig, dass durch eine

stärkere Analyse der Qualität der öffentlichen Ausgaben Spielräume für die Reallokation von Mitteln hin zu stärker wachstumsorientierten Bereichen wie Investitionen geschaffen werden können. Die Eurogruppe wird sich im 1. Halbjahr 2017 erneut mit dem Thema befassen. Dann soll der Austausch von Erfahrungen in den Mitgliedstaaten weiter im Vordergrund stehen.

Zu den Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten des Euroraums verständigte sich die Eurogruppe auf der Grundlage einer Vorbereitung durch den Wirtschafts- und Finanzausschuss auf die Definition eines konkreten Zeitfensters, zu dem Mitgliedstaaten ihre Haushaltsplanungen für das Folgejahr vorzulegen haben (1. bis 15. Oktober des Vorjahres). Auch geschäftsführende Regierungen sind verpflichtet, zumindest Planungen auf der Basis eines Szenarios ohne Politikänderungen vorzulegen. So soll die Einheitlichkeit bei der Bewertung der Haushalte sichergestellt werden.

Zu Spanien und Portugal unterrichtete die Europäische Kommission über das weitere Vorgehen mit Blick auf den ausstehenden Vorschlag für die Suspendierung von Strukturfondsmitteln im Rahmen der Eskalation der Defizitverfahren für beide Mitgliedstaaten. Sie strebt an, den hierzu vorgesehenen strukturierten Dialog mit dem Europäischen Parlament im Oktober 2016 durchzuführen. Seitens der Eurogruppe besteht die Erwartung, dass die Europäische Kommission die entsprechenden Vorschläge so schnell wie möglich vorlegen wird.

Die Eurogruppe wurde über die laufenden Arbeiten zur Verbesserung der Transparenz

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### EUROPAISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

und Vorhersehbarkeit im Stabilitäts- und Wachstumspakt unterrichtet. Dabei geht es um die stärkere Berücksichtigung der Ausgabenentwicklung als Kontrollgröße für die Einhaltung der Vorgaben bei der Haushaltüberwachung.

Beim informellen ECOFIN am 9. und 10. September 2016 standen die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union (EU), die Wirtschafts- und Währungsunion, aktuelle Steuerthemen sowie der Investitionsplan für Europa auf der Tagesordnung. Der informelle ECOFIN dient insbesondere dem allgemeinen Austausch zu Grundsatzfragen. Beschlüsse werden nicht gefasst. An dem Gedankenaustausch zur Wirtschafts- und Währungsunion haben auch die Gouverneure der nationalen Zentralbanken teilgenommen.

Das Mittagessen diente dem Austausch über die Zukunft der Wirtschaftspolitik in der EU sowie über die Herausforderungen in der EU. Es herrschte Konsens, dass der Zusammenhalt der EU-27 gestärkt werden müsse. Hierzu sollten konkrete Projekte und Initiativen (fort-)entwickelt werden, durch die Wachstum, Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit sowie die innere und äußere Sicherheit gestärkt werden können.

Bei der Diskussion über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion gaben der IWF und der europäische Think Tank BRUEGEL, das Brussels European and Global Economic Laboratory eine Einführung zu einer möglichen Schaffung einer Fiskalkapazität für den Euroraum, um asymmetrische Schocks und wirtschaftliche Schwankungen in einzelnen Mitgliedstaaten des Euroraums abzufedern. In der Diskussion zeigte sich ein geteiltes Meinungsbild. Eine ganze Reihe von Ministern äußerte sich ablehnend beziehungsweise skeptisch. Der politische Fokus müsse jetzt auf der Einhaltung beziehungsweise Umsetzung der beschlossenen Regeln und Vereinbarungen liegen sowie auf konkreten Maßnahmen zur Lösung der strukturellen Probleme der Volkswirtschaften. Darüber hinaus wurde auf

falsche Anreize einer solchen Fiskalkapazität verwiesen und auf die Tatsache, dass gegenwärtig keine Bereitschaft zur notwendigen Änderung der Verträge bestehe. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach sich stattdessen für die Realisierung sichtbarer, die wirtschaftliche Integration und Anpassungsfähigkeit der EU-27 stärkender Maßnahmen aus. In diesem Zusammenhang schlug er eine Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Stärkung der Arbeitnehmermobilität vor. Demgegenüber sprachen sich die Europäische Kommission und einige Minister für die Schaffung einer Fiskalkapazität aus, um die Absorptionsfähigkeit von makroökonomischen Schocks zu verbessern. Allerdings wurde auch von dieser Seite betont, dass wesentliche Voraussetzung für eine Fiskalkapazität die Stärkung der realwirtschaftlichen Konvergenz sei. Die Europäische Kommission kündigte an, demnächst eine Expertengruppe zur Vorbereitung des für Frühjahr 2017 angekündigten Weißbuchs zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion einzurichten.

Beim Thema Steuern lag ein Schwerpunkt auf der fortgesetzten Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), José Ángel Gurría, lobte den bisherigen Stand der Bemühungen der EU zur Umsetzung des BEPS-Vorhabens. Er begrüßte, dass die weiteren Arbeiten insbesondere das Thema der Steuersicherheit adressieren und dies auch ein Schwerpunktthema der deutschen G20-Präsidentschaft sei. Die anschließende sehr breit gefächerte Aussprache zeigte eine große Übereinstimmung darin, dass die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortgesetzt werden müsse, u. a. hinsichtlich der grenzübergreifenden Verwaltungszusammenarbeit und der Verbesserung der Streitprävention und Streitbeilegung. Beim Apple-Beihilfe-Fall betonte die Europäische Kommission, dass die Entscheidung allein auf einer beihilferechtlichen Prüfung gründe. Zu möglichen Auswirkungen auf andere EU-

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Mitgliedstaaten soll die Europäische Kommission auf dem nächsten ECOFIN berichten. Um die Erfolgsaussichten der Finanztransaktionsteuer zu erhöhen, bat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble die OECD, die Arbeiten mit dem Ziel einer globalen Einführung zu intensivieren.

Beim Thema Investitionsplan für Europa zogen der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, und der geschäftsführende Direktor des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), Wilhelm

Molterer, eine positive Bilanz. Die Europäische Kommission kündigte einen Vorschlag zur Anpassung und Verlängerung des EFSI bis 2020 an. Hierbei sollen die Additionalität der Mittel und die Transparenz der Entscheidung über Investitionsprojekte gestärkt sowie die Plattform für technische Hilfe erweitert werden. Die Minister signalisierten grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Verlängerung des EFSI. Einige Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, betonten die Notwendigkeit einer unabhängigen, externen Evaluierung vor einer Verlängerung des EFSI.

 Aktuelles aus dem BMF

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

7. bis 9. Oktober 2016	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
10./11. Oktober 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Luxemburg
20./21. Oktober 2016	Europäischer Rat in Brüssel
7./8. November 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
5./6. Dezember 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2. - 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
8. Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
12. August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
5. bis 9. September 2016	1. Lesung Bundestag
23. September 2016	1. Durchgang Bundesrat
31. Oktober bis 02. November 2016	Steuerschätzung in Nürnberg
29. November bis 02. Dezember 2016	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2016	2. Durchgang Bundesrat

## Aktuelles aus dem BMF

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Veröffentlichungskalender<sup>1</sup> der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016
Januar 2017	Dezember 2016	27. Januar 2017
Februar 2017	Januar 2017	23. Februar 2017
März 2017	Februar 2017	23. März 2017
April 2017	März 2017	21. April 2017
Mai 2017	April 2017	22. Mai 2017
Juni 2017	Mai 2017	22. Juni 2017
Juli 2017	Juni 2017	20. Juli 2017
August 2017	Juli 2017	21. August 2017
September 2017	August 2017	21. September 2017
Oktober 2017	September 2017	20. Oktober 2017
November 2017	Oktober 2017	23. November 2017
Dezember 2017	November 2017	21. Dezember 2017

<sup>1</sup> nach Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

### Publikationen des BMF

**Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:**

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

**Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 03018 272 2721

Telefax: 03018 10 272 2721

**Internet:**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung ..... 74

1	Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen .....	74
2	Gewährleistungen .....	75
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	76
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	78
5	Bundeshaushalt 2015 bis 2020 .....	81
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017 .....	82
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017 .....	84
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2017 .....	88
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts .....	90
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	92
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	94
12	Entwicklung der Staatsquote .....	95
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte .....	96
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik.....	98
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	99
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	100
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	101
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	102
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	103
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich.....	104
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015.....	105

## Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte..... 106

Abb. 1	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2015/2016 .....	106
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016.....	106
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2016 .....	107
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2016.....	109

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### **Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.... 113**

1	Produktionslücken, Budgetsemelastizität und Konjunkturkomponenten .....	114
2	Produktionspotenzial und -lücken .....	115
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum .....	116
4	Bruttoinlandsprodukt .....	117
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt .....	119
6	Kapitalstock und Investitionen.....	123
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität.....	124
8	Preise und Löhne .....	125

#### **Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 127**

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.....	127
2	Preisentwicklung .....	128
3	Außenwirtschaft .....	129
4	Einkommensverteilung.....	130
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	131
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	132
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	133
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	134
9	Übersicht Weltfinanzmärkte .....	135
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote .....	136
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo .....	140

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen in Mio. €

	Schuldenstand 31. Dezember 2015	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand 31. August 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Haushaltskredite</b>	<b>1 097 175</b>	<b>149 498</b>	<b>-142 850</b>	<b>1 103 823</b>	<b>6 648</b>
<b>Gliederung nach Verwendung</b>					
Bundesaushalt	1 050 926	149 570	-139 990	1 060 506	9 580
Finanzmarktstabilisierungsfonds	25 227	-1 776	-1 374	22 077	-3 151
Investitions- und Tilgungsfonds	21 022	1 705	-1 486	21 241	219
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Bundeswertpapiere	1 079 829	150 528	-142 058	1 088 299	8 470
Bundesanleihen	662 891	47 578	-49 750	660 719	-2 172
30-jährige Bundesanleihen	189 048	7 548	-3 750	192 846	3 798
10-jährige Bundesanleihen	473 843	40 030	-46 000	467 873	-5 970
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	74 495	5 476	-15 000	64 971	-9 524
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	2 906	1 373	-	4 279	1 373
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	57 036	4 111	-15 000	46 147	-10 889
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 553	-8	-	14 545	-8
Bundesobligationen	232 387	29 608	-34 000	227 995	-4 392
Bundesschatzanweisungen	96 389	37 050	-26 000	107 439	11 050
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	10 887	30 816	-16 881	24 821	13 935
sonstige Bundeswertpapiere	2 780	0	-427	2 354	-426
Schuldscheindarlehen	10 649	-0	-793	9 856	-793
sonstige Kredite und Buchschulden	6 697	-1 029	-0	5 668	-1 029
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>					
bis 1 Jahr	166 685			160 198	-6 486
über 1 Jahr bis 4 Jahre	327 184			344 997	17 813
über 4 Jahre	603 306			598 627	-4 679
<b>nachrichtlich:</b>					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung	5 607			3 463	-2 144
inflationsindexierter Bundeswertpapiere					
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450			2 317	-2 133

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 30. Juni 2016 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2015
Ausfuhren	160,0	127,7	134,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	45,4	44,8
FZ-Vorhaben	25,7	15,4	12,6
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	102,5	104,1
Internationale Finanzierungsinstitutionen	66,0	60,0	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	10,0	10,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2016</b> Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-
August	207 451	203 266	-4 183	-17 600	132	18 961
Juli	184 055	181 195	-2 858	-29 133	106	31 792
Juni	150 661	155 597	4 937	-6 292	62	16 702
Mai	128 374	123 617	-4 756	-19 718	31	20 405
April	106 757	100 080	-6 676	-35 876	-70	34 541
März	83 507	74 622	-8 883	-25 195	-115	21 607
Februar	61 282	42 815	-18 465	-37 291	-141	24 785
Januar	38 739	22 149	-16 589	-41 607	-130	24 889
<b>2015</b> Dezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
November	275 901	267 237	-8 617	-19 916	200	11 500
Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
<b>2014</b> Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2013</b> Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
<b>2012</b> Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
<b>2011</b> Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
 Central Government Debt – Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>		
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Total debt			
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt				
				Schulden insgesamt				
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mio. €/€ m		Debt guaranteed	
					in Mrd. €/€ bn			
<b>2016</b> Dezember	-	-	-	-	-		-	
November	-	-	-	-	-		-	
Oktober	-	-	-	-	-		-	
September	-	-	-	-	-		-	
August	160 198	344 997	598 627	1 103 823	-		-	
Juli	159 029	342 531	590 442	1 092 002	-		-	
Juni	163 083	336 341	602 509	1 101 932	466		-	
Mai	163 453	344 611	592 567	1 100 631	-		-	
April	160 133	340 391	582 702	1 083 226	-		-	
März	170 913	319 285	608 440	1 098 638	460		-	
Februar	169 774	329 687	598 791	1 098 251	-		-	
Januar	168 222	341 169	588 023	1 097 414	-		-	
<b>2015</b> Dezember	166 685	327 184	603 306	1 097 175	470		-	
November	168 065	336 257	602 786	1 107 108	-		-	
Oktober	170 274	332 251	596 101	1 098 627	-		-	
September	174 816	330 669	599 875	1 105 360	461		-	
August	181 894	340 017	589 117	1 111 028	-		-	
Juli	185 717	336 172	580 608	1 102 497	-		-	
Juni	186 398	332 244	594 255	1 112 897	469		-	
Mai	184 474	344 280	585 291	1 114 045	-		-	
April	183 316	340 068	575 739	1 099 123	-		-	
März	170 054	353 776	582 063	1 105 892	464		-	
Februar	173 942	362 357	574 994	1 111 293	-		-	
Januar	175 646	358 395	582 244	1 116 284	-		-	
<b>2014</b> Dezember	174 418	344 350	596 205	1 114 973	464		-	
November	174 865	355 735	593 212	1 123 811	-		-	
Oktober	179 904	352 355	584 644	1 116 904	-		-	
September	179 650	348 783	587 261	1 115 694	459		-	
August	182 193	360 447	576 780	1 119 419	-		-	
Juli	184 184	356 339	569 683	1 110 206	-		-	
Juni	188 514	350 756	582 619	1 121 888	452		-	
Mai	187 882	363 376	572 633	1 123 891	-		-	
April	189 874	358 460	561 374	1 109 708	-		-	
März	192 454	344 362	581 505	1 118 321	449		-	
Februar	195 998	355 633	571 956	1 123 587	-		-	
Januar	182 989	351 395	577 490	1 111 874	-		-	

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
**Central Government Debt – Schulden Bund**

	Central Government Debt				
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Total debt				
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mrd. €/€ bn
	in Mio. €/€ m				
<b>2013</b> Dezember	185 271	341 269	587 045	1 113 586	443
November	188 754	351 185	582 457	1 122 396	-
Oktober	189 757	347 773	569 078	1 106 607	-
September	189 278	345 590	573 190	1 108 058	470
August	193 020	356 381	562 007	1 111 409	-
Juli	194 720	352 590	552 163	1 099 473	-
Juni	190 827	354 337	561 762	1 106 926	474
Mai	190 923	365 209	551 931	1 108 063	-
April	185 788	361 159	541 621	1 088 568	-
März	196 977	358 249	548 694	1 103 920	472
Februar	200 351	369 334	539 369	1 109 054	-
Januar	201 089	349 799	543 590	1 094 479	-
<b>2012</b> Dezember	198 359	344 094	553 079	1 095 533	470
November	202 601	355 077	551 259	1 108 937	-
Oktober	201 414	349 798	537 404	1 088 616	-
September	201 576	345 126	542 966	1 089 668	508
August	208 360	355 924	529 662	1 093 945	-
Juli	208 104	352 283	520 825	1 081 212	-
Juni	212 946	347 436	530 779	1 091 161	459
Mai	214 688	357 227	523 689	1 095 604	-
April	213 986	352 526	512 860	1 079 372	-
März	202 748	342 881	534 056	1 079 685	454
Februar	206 070	356 415	523 881	1 086 365	-
Januar	207 850	336 560	530 200	1 074 610	-

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>	
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Total debt		
	Total debt			Schulden insgesamt			
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Debt guaranteed			
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mio. €/€ m		
					in Mrd. €/€ bn		
<b>2011</b> Dezember	208 659	325 547	541 458	1 075 664	378		
November	215 408	337 011	536 176	1 088 595	-		
Oktober	219 396	331 770	525 205	1 076 371	-		
September	225 341	328 198	533 879	1 087 418	376		
August	223 570	344 093	524 129	1 091 792	-		
Juli	224 983	338 696	517 939	1 081 618	-		
Juni	222 841	340 497	528 153	1 091 490	361		
Mai	218 689	353 569	523 092	1 095 350	-		
April	220 829	347 235	512 372	1 080 436	-		
März	225 835	339 414	515 722	1 080 971	348		
Februar	221 904	353 140	504 297	1 079 342	-		
Januar	226 030	330 826	512 329	1 069 186	-		

<sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 5: Bundeshaushalt 2015-2020**  
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ist	Soll	RegEntw	Finanzplanung		
	Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>299,3</b>	<b>316,9</b>	<b>328,7</b>	<b>331,1</b>	<b>343,3</b>	<b>349,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,3	+ 5,9	+ 3,7	+ 0,7	+ 3,7	+ 1,8
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>311,1</b>	<b>310,5</b>	<b>321,7</b>	<b>330,8</b>	<b>343,0</b>	<b>349,0</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 5,4	- 0,2	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	270,8	281,7	288,1	301,8	315,5	327,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,0	+ 2,3	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,5
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>11,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>-7,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
in % der Ausgaben	+ 1,6	- 2,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (-)</b>	<b>170,2</b>	<b>210,1</b>	<b>187,3</b>	<b>193,5</b>	<b>181,0</b>	<b>201,2</b>
<b>5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>-18,5</b>	<b>13,9</b>	<b>13,2</b>	<b>0,1</b>	<b>-1,8</b>	<b>0,9</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>188,7</b>	<b>196,2</b>	<b>174,1</b>	<b>192,9</b>	<b>182,8</b>	<b>200,3</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	29,3	29,6	31,5	33,3	34,5	35,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	+ 6,5	+ 5,7	+ 3,7	+ 1,6	- 12,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Gemäß BHO §13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2016

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017**

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>		
	in Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>							
<b>Personalausgaben</b>	<b>28 046</b>	<b>28 575</b>	<b>29 209</b>	<b>29 907</b>	<b>30 989</b>	<b>32 094</b>	
Aktivitätsbezüge	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562	23 502	
ziviler Bereich	9 289	9 599	9 997	10 395	11 594	12 069	
militärischer Bereich	11 331	11 339	11 283	11 300	10 968	11 433	
Versorgung	7 427	7 637	7 928	8 212	8 427	8 592	
ziviler Bereich	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831	2 834	
militärischer Bereich	4 889	5 018	5 229	5 447	5 596	5 758	
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>23 703</b>	<b>23 152</b>	<b>23 174</b>	<b>24 305</b>	<b>26 202</b>	<b>28 437</b>	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493	1 535	
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	8 550	8 814	9 055	10 186	11 133	
sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	13 148	13 008	13 788	14 523	15 769	
<b>Zinsausgaben</b>	<b>30 487</b>	<b>31 302</b>	<b>25 916</b>	<b>21 066</b>	<b>23 772</b>	<b>19 286</b>	
an andere Bereiche	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	19 286	
Sonstige	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	19 286	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 261	25 874	21 024	23 730	19 245	
an Ausland	-	-	0	0	0	0	
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>187 734</b>	<b>190 781</b>	<b>187 308</b>	<b>193 751</b>	<b>204 322</b>	<b>214 930</b>	
an Verwaltungen	17 090	27 273	21 108	24 064	24 285	26 368	
Länder	11 529	13 435	14 133	16 154	17 137	19 002	
Gemeinden	8	8	5	19	6	5	
Sondervermögen	5 552	13 829	6 969	7 890	7 143	7 361	
Zweckverbände	1	0	0	0	0	0	
an andere Bereiche	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036	188 562	
Unternehmen	24 225	25 024	25 517	25 616	28 296	29 511	
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 307	27 055	28 029	28 903	29 609	30 793	
an Sozialversicherung	113 424	103 693	104 719	107 334	111 824	117 175	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575	3 479	
an Ausland	5 017	6 075	6 043	5 894	7 730	7 600	
an Sonstige	2	5	5	4	2	4	
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>269 971</b>	<b>273 811</b>	<b>265 607</b>	<b>269 028</b>	<b>285 285</b>	<b>294 747</b>	

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>		
	in Mio. €						
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>							
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 760</b>	<b>7 895</b>	<b>7 865</b>	<b>7 684</b>	<b>9 264</b>	<b>9 851</b>	
Baumaßnahmen	6 147	6 264	6 419	6 141	7 137	7 581	
Erwerb von beweglichen Sachen	983	1 020	983	1 186	1 491	1 618	
Grunderwerb	629	611	463	357	636	653	
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>16 005</b>	<b>15 327</b>	<b>16 575</b>	<b>21 219</b>	<b>20 639</b>	<b>22 536</b>	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 772	15 971	20 516	19 919	21 838	
an Verwaltungen	5 789	4 924	4 854	8 779	6 128	6 972	
Länder	5 152	4 873	4 786	5 213	5 790	6 437	
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	52	68	66	107	89	
Sondervermögen	581	-	0	3 500	231	446	
an andere Bereiche	9 735	9 848	11 118	11 737	13 792	14 866	
Sonstige – Inland	6 234	6 393	5 886	6 625	8 114	8 570	
Ausland	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678	6 296	
sonstige Vermögensübertragungen	480	555	604	703	719	699	
an andere Bereiche	480	555	604	703	719	699	
Unternehmen – Inland	4	7	5	0	30	30	
Sonstige – Inland	129	141	135	131	132	125	
Ausland	348	406	464	572	557	544	
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>13 040</b>	<b>10 810</b>	<b>5 439</b>	<b>1 353</b>	<b>2 301</b>	<b>1 595</b>	
Darlehensgewährung	2 736	2 032	1 024	983	1 848	1 228	
an Verwaltungen	1	0	0	0	1	1	
Länder	1	0	0	0	1	1	
an andere Bereiche	2 735	2 032	1 023	983	1 847	1 228	
sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	597	793	708	1 597	911	
Ausland	1 666	1 435	230	274	250	317	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 778	4 416	370	453	367	
Inland	0	91	72	370	113	201	
Ausland	10 304	8 687	4 343	0	340	165	
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>36 804</b>	<b>34 032</b>	<b>29 879</b>	<b>30 257</b>	<b>32 203</b>	<b>33 983</b>	
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	33 477	29 275	29 553	31 484	33 284	
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	-	-	-	0	- 588	- 30	
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>306 775</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>299 285</b>	<b>316 900</b>	<b>328 700</b>	

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>75 148</b>	<b>67 766</b>	<b>28 094</b>	<b>22 225</b>	<b>0</b>	<b>17 447</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 727	15 182	4 217	2 070	0	8 895
02	auswärtige Angelegenheiten	12 779	7 066	572	376	0	6 118
03	Verteidigung	36 212	35 876	17 192	17 164	0	1 520
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 402	4 839	2 779	1 681	0	379
05	Rechtsschutz	521	505	311	136	0	58
06	Finanzverwaltung	4 505	4 297	3 022	798	0	477
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>23 503</b>	<b>19 751</b>	<b>553</b>	<b>1 268</b>	<b>0</b>	<b>17 930</b>
13	Hochschulen	5 735	4 719	16	13	0	4 690
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 973	3 959	0	115	0	3 844
15	sonstiges Bildungswesen	397	297	13	75	0	209
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 572	10 138	523	1 051	0	8 564
19	übrige Bereiche aus 1	827	639	1	15	0	623
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>170 966</b>	<b>169 816</b>	<b>528</b>	<b>531</b>	<b>0</b>	<b>168 757</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	112 090	112 090	39	0	0	112 051
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 993	7 993	0	4	0	7 989
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1 969	1 421	0	5	0	1 416
25	Arbeitsmarktpolitik	37 907	37 798	1	84	0	37 713
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	546	543	0	31	0	512
29	übrige Bereiche aus 2	10 462	9 971	488	408	0	9 075
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>2 222</b>	<b>1 280</b>	<b>395</b>	<b>516</b>	<b>0</b>	<b>369</b>
31	Gesundheitswesen	647	610	229	271	0	111
32	Sport und Erholung	157	141	0	12	0	129
33	Umwelt- und Naturschutz	772	334	98	169	0	67
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	194	68	65	0	62
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>3 084</b>	<b>385</b>	<b>0</b>	<b>29</b>	<b>0</b>	<b>356</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 753	372	0	17	0	356
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	1 329	13	0	13	0	0
43	communale Gemeinschaftsdienste	2	0	0	0	0	0
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 155</b>	<b>547</b>	<b>12</b>	<b>272</b>	<b>0</b>	<b>263</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 130	525	0	264	0	261
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	0	105	0	27
529	übrige Bereiche aus 52	998	393	0	159	0	234
599	übrige Bereiche aus 5	25	22	12	8	0	2

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>1 501</b>	<b>5 310</b>	<b>571</b>	<b>7 382</b>	<b>7 366</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	431	114	0	545	545
02	auswärtige Angelegenheiten	154	5 077	482	5 713	5 713
03	Verteidigung	184	64	88	336	321
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	508	54	0	563	563
05	Rechtsschutz	16	0	0	16	16
06	Finanzverwaltung	208	0	0	209	209
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>152</b>	<b>3 600</b>	<b>0</b>	<b>3 752</b>	<b>3 752</b>
13	Hochschulen	2	1 014	0	1 016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	1	100	0	100	100
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	144	2 290	0	2 434	2 434
19	übrige Bereiche aus 1	5	183	0	188	188
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>34</b>	<b>1 107</b>	<b>9</b>	<b>1 150</b>	<b>497</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	545	1	547	3
25	Arbeitsmarktpolitik	0	109	0	109	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	33	450	8	491	491
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>483</b>	<b>459</b>	<b>0</b>	<b>942</b>	<b>942</b>
31	Gesundheitswesen	28	8	0	36	36
32	Sport und Erholung	0	16	0	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	432	0	438	438
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	448	3	0	452	452
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>0</b>	<b>2 697</b>	<b>2</b>	<b>2 699</b>	<b>2 699</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 379	2	1 380	1 380
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	1 317	0	1 317	1 317
43	communale Gemeinschaftsdienste	0	2	0	2	2
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>2</b>	<b>605</b>	<b>1</b>	<b>608</b>	<b>608</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	604	1	605	605
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	604	1	605	605
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	0	2	2

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 195</b>	<b>2 570</b>	<b>106</b>	<b>497</b>	<b>0</b>	<b>1 968</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 441	1 424	0	4	0	1 420
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	636	517	0	81	0	436
65	Handel und Tourismus	352	352	0	284	0	69
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	916	81	0	40	0	41
69	regionale Fördermaßnahmen	1 555	59	0	57	0	2
699	übrige Bereiche aus 6	130	126	106	21	0	0
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>19 743</b>	<b>4 956</b>	<b>1 127</b>	<b>2 657</b>	<b>0</b>	<b>1 171</b>
72	Straßen	9 212	1 236	0	1 049	0	187
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 677	573	108	392	0	73
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 420	82	0	5	0	77
75	Luftfahrt	468	239	76	24	0	139
799	übrige Bereiche aus 7	2 966	2 826	943	1 188	0	695
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>27 685</b>	<b>27 676</b>	<b>1 281</b>	<b>440</b>	<b>19 286</b>	<b>6 669</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 779	5 779	0	0	0	5 779
82	Steuern und Finanzzuweisungen	929	890	0	0	0	890
83	Schulden	19 295	19 295	0	9	19 286	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	581	581	581	0	0	0
88	Globalposten	670	700	700	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	431	431	0	431	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>328 700</b>	<b>294 747</b>	<b>32 094</b>	<b>28 437</b>	<b>19 286</b>	<b>214 930</b>

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017

		Sachin-vestitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>3</b>	<b>1 837</b>	<b>785</b>	<b>2 625</b>	<b>2 595</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	17	0	17	17
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	119	0	119	119
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	50	785	835	835
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 496	0	1 496	1 496
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 676</b>	<b>6 883</b>	<b>229</b>	<b>14 788</b>	<b>14 788</b>
72	Straßen	6 536	1 441	0	7 976	7 976
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 101	2	0	1 103	1 103
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 338	0	5 338	5 338
75	Luftfahrt	1	0	229	230	230
799	übrige Bereiche aus 7	38	102	0	140	140
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>9 851</b>	<b>22 536</b>	<b>1 595</b>	<b>33 983</b>	<b>33 284</b>

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2017**  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
Finanzierung/Verwendung:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	0,4	15,3	27,1	11,4	23,9	25,6	23,8	31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	0,1	0,4	27,1	0,2	0,7	0,2	0,1	0,2
Saldo der Rücklagenbewegungen	Mrd. €	0,0	1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>5</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447,5
darunter: Bund	Mrd. €	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888,0

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2017**  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		Ist-Ergebnisse					Soll	RegEntw <sup>1</sup>	
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9	328,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,3	+5,9	+3,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5	321,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	-0,2	+3,6
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8	-6,4	-7,0
Finanzierung/Verwendung:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
Saldo der Rücklagenbewegungen	Mrd. €	-	-	-	-	-	-12,1	6,1	6,7
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0	32,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6	+3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,3	12,7	12,4
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	23,8	19,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-18,7	+12,8	-18,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5	5,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	42,5	48,0	44,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5	33,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+0,9	+6,5	+5,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2,3</sup>	%	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	37,4	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1	301,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3	+4,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9	91,8
Anteil an den Bundessteuereinnahmen	%	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8	93,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,8	42,8	41,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>5</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 043,9	2 022,6	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,9	1 265,0	-	-

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

<sup>2</sup>Stand: Juli 2016; 2016/2017 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.

<sup>3</sup>Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>4</sup>Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>5</sup>Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite; Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 1. August 2016.

█ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5	805,3
Einnahmen	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6	833,4
Finanzierungssaldo	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8	28,2
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3
Einnahmen	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1
Finanzierungssaldo	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9	70,5
Einnahmen	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5	79,8
Finanzierungssaldo	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7	9,2
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5	344,2
Einnahmen	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8	365,2
Finanzierungssaldo	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4	21,0
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4	332,7
Einnahmen	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9	333,0
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4	0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	48,4	44,2	46,3	48,1	51,9
Einnahmen	0,0	0,0	48,0	44,8	48,0	50,0	55,6
Finanzierungssaldo	0,0	0,0	-0,4	0,6	1,7	0,4	3,6
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3	355,5
Einnahmen	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8	359,5
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1	4,0
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1	215,2
Einnahmen	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3	218,2
Finanzierungssaldo	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2	3,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6	20,7
Einnahmen	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7	21,0
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9	0,3
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6	227,7
Einnahmen	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0	230,8
Finanzierungssaldo	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7	3,1

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts**

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6	1,6
Einnahmen	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7	4,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3
Einnahmen	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	5,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8	0,9
Einnahmen	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8	10,0
Bund insgesamt							
Ausgaben	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4	-0,7
Einnahmen	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4	4,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0	4,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	-8,7	4,7	3,9	8,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	7,0	4,2	11,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1	4,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8	4,9
Einnahmen	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1	6,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0	17,5
Einnahmen	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6	25,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3	4,6
Einnahmen	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4	6,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €					in %
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015	673,3	354,4	318,8	52,6	47,4
2016 <sup>2</sup>	691,2	361,5	329,7	52,3	47,7
2017 <sup>2</sup>	723,9	385,3	338,5	53,2	46,8
2018 <sup>2</sup>	753,0	405,3	347,7	53,8	46,2
2019 <sup>2</sup>	779,7	423,0	356,7	54,3	45,7
2020 <sup>2</sup>	808,1	442,0	366,1	54,7	45,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsbargabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>**  
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>			Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,0	21,8	15,3
2013	39,3	22,9	16,5	37,2	21,9	15,3
2014	39,4	22,9	16,5	37,3	22,0	15,3
2015	39,6	23,1	16,5	37,6	22,2	15,4

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2016.<sup>3</sup> Bis 2012: Rechnungsergebnisse. 2013 bis 2015: teilweise Kassenergebnisse.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,4	28,8	17,5
1992	47,2	28,5	18,7
1993	48,0	28,6	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 <sup>4</sup>	48,2	28,2	20,0
1995	54,7	34,6	20,0
1996	48,9	28,1	20,9
1997	48,1	27,4	20,7
1998	47,7	27,2	20,5
1999	47,7	27,1	20,6
2000 <sup>5</sup>	44,7	24,2	20,5
2000	45,1	23,9	21,2
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,3	21,0
2003	47,8	26,5	21,3
2004	46,3	25,8	20,6
2005	46,2	26,0	20,2
2006	44,7	25,4	19,3
2007	42,8	24,4	18,4
2008	43,6	25,2	18,4
2009	47,6	27,2	20,3
2010	47,3	27,6	19,6
2011	44,7	25,9	18,8
2012	44,3	25,6	18,7
2013	44,7	25,8	18,9
2014	44,4	25,5	18,9
2015	44,0	25,0	19,0

<sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup>Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August, 2016.<sup>3</sup>Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).<sup>4</sup>Ohne Schuldenübernahmen (Treuhänderanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).<sup>5</sup>Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 749</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 364</b>	<b>1 552 371</b>	<b>1 577 881</b>	<b>1 694 368</b>
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 405 772	1 475 533	1 546 432	1 594 317	1 604 096	1 671 058	1 788 778
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schulden (Mio. €)							
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,7	66,9	66,3	63,5	64,9	72,4
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte**  
Neue Systematik<sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mio. €					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2</sup></b>	<b>2 011 677</b>	<b>2 025 438</b>	<b>2 068 289</b>	<b>2 043 344</b>	<b>2 043 918</b>	<b>2 022 562</b>
in Relation zum BIP in %	<b>78,0</b>	<b>74,9</b>	<b>75,0</b>	<b>72,3</b>	<b>69,9</b>	<b>66,7</b>
<b>Bund</b> (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 854	1 264 995
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 761	1 250 758
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	20 093	14 236
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 590	1 076 308
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	197 265	188 686
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576	13 349
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524	24 930
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870	20 646
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125	126 545
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	3 012	3 216
<b>Länder</b> (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	614 055	612 909
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	606 472	605 566
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583	7 343
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	541 744	539 427
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311	73 482
<b>Gemeinden</b> (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 448	144 169
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 404	96 513
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 043	47 656
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 531	127 357
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 917	16 812
<b>Gesetzliche Sozialversicherung</b> (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	561	489
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	561	488
Kassenkredite	0	58	4	6	-	-
Kernhaushalte	506	735	627	598	541	480
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33	20	8
<b>Schulden insgesamt (€)</b>						
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 257	24 829
<b>Maastricht-Schuldenstand</b>	<b>2 089 946</b>	<b>2 116 832</b>	<b>2 193 258</b>	<b>2 177 830</b>	<b>2 177 735</b>	<b>2 152 943</b>
in Relation zum BIP in %	<b>81,0</b>	<b>78,3</b>	<b>79,5</b>	<b>77,1</b>	<b>74,5</b>	<b>71,0</b>
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 916	3 026
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031	81 458 978

<sup>1</sup>Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.<sup>2</sup>Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.<sup>3</sup>Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.<sup>4</sup>Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>**

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
							in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
			in Mrd. €			in Relation zum BIP in %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000 <sup>5</sup>	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-1,4	-19,8	18,4	0,0	-0,7	0,7	-27,0	-1,0
2013	-5,7	-11,1	5,3	-0,2	-0,4	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,1	5,1	3,0	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1
2015	22,6	20,1	2,5	0,7	0,7	0,1	28,2	0,9

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August, 2016.

<sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschl. Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.  
Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 bis 2015: Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>-9,4</b>	<b>0,9</b>	<b>-3,4</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-3,0	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,2	0,8	0,4	-0,1	-0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,6	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,0	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2
Griechenland	-	-4,1	-6,2	-11,2	-13,0	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8
Irland	-2,1	4,9	1,6	-32,3	-5,7	-3,8	-2,3	-1,2	-0,7
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-2,9	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,9	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-2,6	-0,7	-0,2	-1,0	-0,2
Luxemburg	2,4	5,9	0,1	-0,7	0,8	1,7	1,2	1,0	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-2,6	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-2,4	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-1,3	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-4,8	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-2,7	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-6,9	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-4,9	-8,9	-1,0	-0,4	0,0
Euroraum	-	-0,3	-2,6	-6,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,4	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-1,1	1,5	-2,1	-2,5	-1,9
Kroatien	-	-	-3,9	-6,2	-5,3	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-4,0	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1
Rumänien	-2,0	-4,6	-0,8	-6,9	-2,1	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-1,4	-1,6	0,0	-0,4	-0,7
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-1,3	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,6	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-5,6	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4
EU	-	-	-2,5	-6,4	-3,3	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-5,3	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,5	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>54,8</b>	<b>58,8</b>	<b>66,9</b>	<b>81,0</b>	<b>77,2</b>	<b>74,7</b>	<b>71,2</b>	<b>68,6</b>	<b>66,3</b>
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,7	105,2	106,5	106,0	106,4	105,6
Estland	8,2	5,1	4,5	6,6	9,9	10,4	9,7	9,6	9,3
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	55,5	59,3	63,1	65,2	66,9
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	92,4	95,4	95,8	96,4	97,0
Griechenland	98,9	104,9	107,4	146,2	177,7	180,1	176,9	182,8	178,8
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,0	107,5	93,8	89,1	86,6
Italien	116,9	105,1	101,9	115,4	129,0	132,5	132,7	132,7	131,8
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	39,1	40,8	36,4	39,8	35,6
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	38,8	40,7	42,7	41,1	42,9
Luxemburg	7,7	6,5	7,5	20,1	23,3	22,9	21,4	22,5	22,8
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	68,6	67,1	63,9	60,9	58,3
Niederlande	73,1	51,4	48,9	59,0	67,9	68,2	65,1	64,9	63,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	80,8	84,3	86,2	84,9	83,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	129,0	130,2	129,0	126,0	124,5
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	55,0	53,9	52,9	53,4	52,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	71,0	81,0	83,2	80,2	78,0
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	93,7	99,3	99,2	100,3	99,6
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	102,5	108,2	108,9	108,9	105,4
Euroraum	70,8	68,0	69,2	84,1	93,4	94,4	92,9	92,2	91,1
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,1	27,0	26,7	28,1	28,7
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	44,7	44,8	40,2	38,7	39,1
Kroatien	-	35,5	41,3	58,3	82,2	86,5	86,7	87,6	87,3
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	56,0	50,5	51,3	52,0	52,7
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	38,0	39,8	38,4	38,7	40,1
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	39,8	44,8	43,4	41,3	40,1
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,1	42,7	41,1	41,3	40,9
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	76,8	76,2	75,3	74,3	73,0
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	86,2	88,2	89,2	89,7	89,1
EU	-	60,6	61,8	78,6	87,3	88,5	86,8	86,4	85,5
USA	68,8	53,1	64,9	94,7	104,8	104,8	105,9	107,5	107,6
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	243,1	246,2	245,4	247,5	248,1

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 17:** Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>23,1</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,1</b>	<b>22,1</b>	<b>22,5</b>	<b>22,2</b>	<b>21,9</b>	<b>22,5</b>	<b>22,6</b>	<b>22,6</b>
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	-
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	-
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,6</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>36,2</b>	<b>34,9</b>	<b>35,4</b>	<b>36,1</b>	<b>35,7</b>	<b>36,4</b>	<b>36,5</b>	<b>36,6</b>
Belgien	30,6	40,6	41,2	43,6	42,6	43,0	42,1	43,0	44,0	44,7	44,7
Dänemark	29,5	41,3	44,4	46,9	46,4	44,9	45,2	45,4	46,4	47,6	50,9
Estland	-	-	-	31,0	31,1	31,3	34,9	31,9	32,1	31,8	32,9
Finnland	30,0	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	42,0	42,7	43,7	43,9
Frankreich	33,6	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	42,9	44,1	45,0	45,2
Griechenland	17,0	20,7	25,1	33,2	31,2	31,0	30,8	33,5	34,5	34,4	35,9
Irland	24,5	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,6	27,4	27,9	29,0	29,9
Italien	24,7	28,7	36,4	40,6	41,7	41,6	42,1	41,9	43,9	43,9	43,6
Japan	17,8	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	28,6	29,4	30,3	-
Kanada	25,2	30,5	35,3	34,9	32,3	31,5	31,4	30,2	30,7	30,5	30,8
Luxemburg	26,4	33,8	33,8	37,1	36,6	37,2	39,0	37,9	38,8	38,4	37,8
Niederlande	30,9	40,3	40,2	36,8	36,1	36,5	35,4	35,9	36,1	36,7	-
Norwegen	29,6	41,9	40,2	41,9	42,1	41,5	41,2	42,0	41,5	40,5	39,1
Österreich	33,6	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	41,0	41,7	42,5	43,0
Polen	-	-	-	33,1	34,8	34,5	31,5	32,0	32,3	31,9	-
Portugal	15,7	21,9	26,5	31,2	32,0	31,9	30,0	32,5	32,0	34,5	34,4
Schweden	31,4	43,7	49,5	49,0	45,0	44,0	44,1	42,5	42,6	42,8	42,7
Schweiz	16,6	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	27,0	26,9	26,9	26,6
Slowakei	-	-	-	33,6	29,2	29,1	28,9	28,7	28,5	30,4	31,0
Slowenien	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,5	36,8	36,8	36,6
Spanien	14,3	22,0	31,6	33,4	36,5	32,3	29,8	31,3	32,1	32,7	33,2
Tschechien	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	33,4	33,8	34,3	33,5
Ungarn	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	36,5	38,6	38,4	38,5
Vereinigtes Königreich	29,3	33,4	32,9	34,7	34,1	34,0	32,3	33,6	33,0	32,9	32,6
Vereinigte Staaten	23,5	25,5	25,9	28,2	26,7	25,2	23,0	23,6	24,1	25,4	26,0

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>54,7</b>	<b>44,7</b>	<b>46,2</b>	<b>47,3</b>	<b>44,5</b>	<b>44,5</b>	<b>44,3</b>	<b>43,9</b>	<b>44,3</b>	<b>44,5</b>
Belgien	52,4	49,1	51,4	53,3	55,8	55,6	55,1	53,9	53,7	53,0
Estland	41,0	36,4	34,0	40,5	39,1	38,3	38,0	39,5	40,3	40,2
Finnland	61,1	48,0	49,3	54,8	56,2	57,5	58,1	58,3	58,3	58,1
Frankreich	54,2	51,1	52,9	56,4	56,8	57,0	57,3	56,8	56,2	55,9
Griechenland	46,0	46,4	45,6	52,5	55,3	62,1	50,7	55,3	50,7	49,6
Irland	40,8	30,9	33,4	65,7	41,8	39,7	38,6	35,1	32,4	31,5
Italien	51,8	45,5	47,1	49,9	50,8	51,0	51,2	50,5	49,7	48,6
Lettland	35,6	37,3	34,3	44,8	37,2	37,0	37,5	37,2	36,8	37,3
Litauen	34,6	39,4	34,1	42,3	36,1	35,6	34,8	35,1	35,2	34,5
Luxemburg	40,3	37,6	44,0	44,9	44,6	43,2	42,4	41,5	41,5	40,9
Malta	39,1	40,2	42,3	41,1	42,4	42,0	43,2	43,3	40,5	40,2
Niederlande	53,7	41,8	42,3	48,2	47,1	46,4	46,2	44,9	44,3	43,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	52,7	51,1	50,8	52,6	51,7	51,4	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	51,8	48,5	49,9	51,7	48,3	46,6	45,8
Slowakei	48,2	52,0	39,6	42,0	40,5	41,3	41,9	45,6	41,3	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	49,3	48,6	60,3	49,9	48,0	45,7	45,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	45,6	48,0	45,1	44,5	43,3	42,1	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	42,2	41,9	41,4	48,7	40,1	38,7	38,2
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	36,7	34,7	37,6	42,1	40,2	38,9	38,7
Dänemark	58,5	52,7	51,2	57,1	58,3	56,5	56,0	55,7	54,8	53,5
Kroatien	–	–	45,4	47,5	47,0	47,8	48,1	46,9	46,8	46,6
Polen	47,7	42,0	44,5	45,6	42,6	42,4	42,2	41,5	41,7	42,2
Rumänien	34,1	38,3	33,1	39,6	37,1	35,2	34,3	35,5	34,6	34,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,2	51,7	52,4	51,7	50,4	50,1	50,4
Tschechien	51,8	40,4	41,8	43,0	44,7	42,8	42,8	42,6	41,4	41,3
Ungarn	55,4	47,2	49,6	49,6	48,6	49,6	49,8	50,7	48,4	48,1
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	48,8	46,8	45,0	43,9	43,2	42,6	42,0
Euroraum	52,6	45,6	46,7	50,5	49,7	49,6	49,3	48,6	48,0	47,6
EU-28	–	–	46,1	50,0	49,0	48,6	48,2	47,4	46,9	46,5
USA	37,2	33,7	36,4	42,9	40,0	38,7	38,0	37,6	37,9	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	40,7	41,8	42,4	42,0	41,4	41,5	41,6

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>142 690,3</b>	<b>100,0</b>	<b>139 034,2</b>	<b>100,0</b>	<b>162 273,3</b>	<b>100,0</b>	<b>141 280,4</b>	<b>100,0</b>

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
<b>Rubrik</b>				
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	-465,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	-34,8	34,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>13,7</b>	<b>1,6</b>	<b>19 583,0</b>	<b>2 246,2</b>

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungssalden je Einwohner 2015/2016

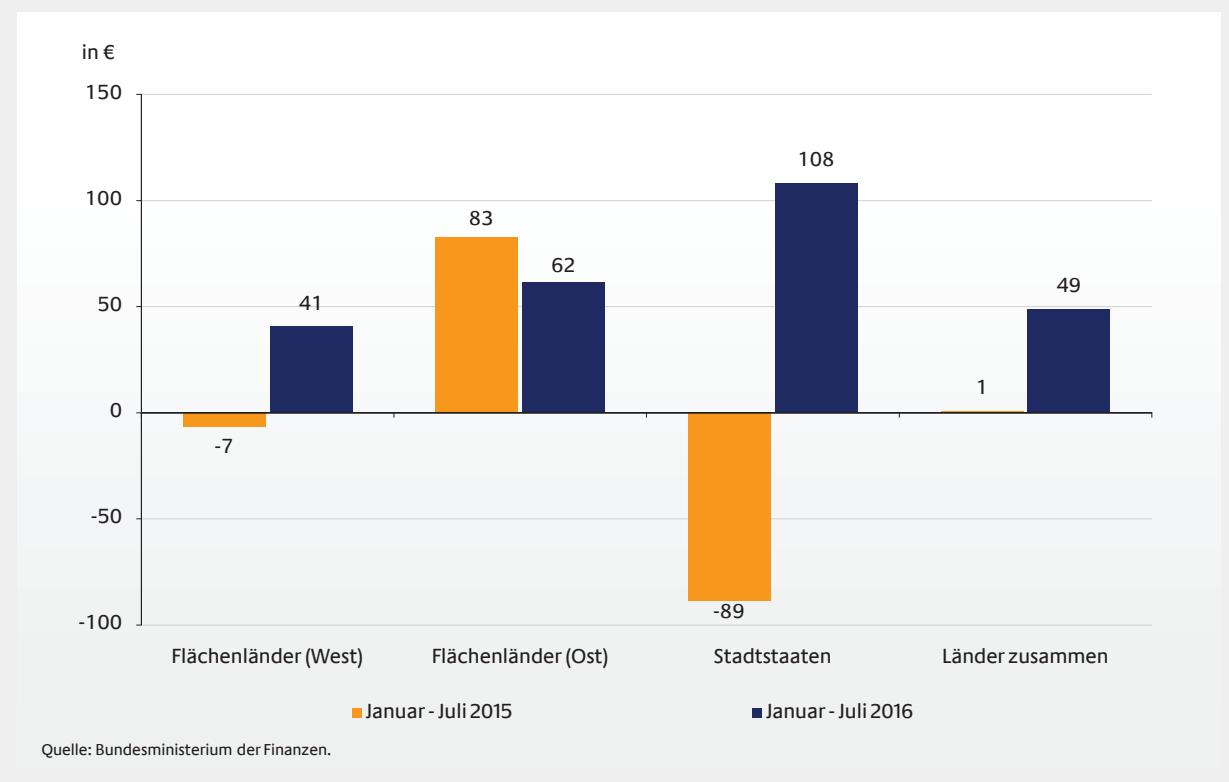


Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	246 784	146 706	55 646	30 931	42 368	25 274	337 144	199 036
darunter:								
Steuereinnahmen	195 495	116 926	34 446	19 524	26 878	16 392	256 819	152 842
übrige Einnahmen	51 289	29 780	21 200	11 407	15 490	8 882	80 325	46 194
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	255 726	144 139	56 693	30 159	42 938	24 631	347 703	195 054
darunter:								
Personalausgaben	95 660	56 078	14 160	8 013	13 788	7 858	123 608	71 949
laufender Sachaufwand	18 720	10 624	4 492	2 369	10 370	6 501	33 581	19 493
Zinsausgaben	10 222	6 020	1 904	1 019	3 094	1 616	15 220	8 654
Sachinvestitionen	4 852	1 887	1 743	664	752	255	7 347	2 806
Zahlungen an Verwaltungen	85 234	45 255	21 057	11 269	1 368	495	100 005	53 143
übrige Ausgaben	41 039	24 276	13 337	6 826	13 567	7 907	67 943	39 009
<b>Finanzierungssaldo</b>	-8 942	2 567	-1047	772	-599	643	-10 588	3 982

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2016

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Juli 2015			Juni 2016			Juli 2016			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
<b>Seit dem 1. Januar gebuchte</b>											
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>174 943</b>	<b>187 363</b>	<b>348 489</b>	<b>155 597</b>	<b>172 055</b>	<b>316 983</b>	<b>181 195</b>	<b>199 036</b>	<b>366 308</b>	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	171 862	180 853	352 714	154 992	167 059	322 052	179 202	192 305	371 507	
111	Steuereinnahmen	154 315	141 401	295 716	141 265	132 496	273 761	163 256	152 842	316 098	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 577	32 769	34 346	1 350	28 674	30 024	1 602	32 685	34 287	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 648	1 648	-	2 009	2 009	-	2 009	2 009	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 082	6 510	9 592	605	4 995	5 600	1 994	6 730	8 724	
121	Veräußerungserlöse	1 652	143	1 795	132	238	370	170	256	426	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	827	57	884	44	152	195	44	152	196	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	389	3 799	4 188	232	3 033	3 265	445	3 993	4 438	
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>180 764</b>	<b>187 288</b>	<b>354 235</b>	<b>150 661</b>	<b>168 135</b>	<b>308 127</b>	<b>184 055</b>	<b>195 054</b>	<b>365 186</b>	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	167 855	172 267	340 121	138 746	156 534	295 280	169 270	181 313	350 583	
211	Personalausgaben	18 081	69 764	87 845	15 777	61 647	77 425	18 235	71 949	90 183	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 482	22 093	27 575	4 833	19 921	24 754	5 551	23 411	28 962	
212	laufender Sachaufwand	11 208	16 518	27 726	10 322	16 598	26 920	12 678	19 493	32 171	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 039	10 905	17 944	6 201	11 472	17 673	7 375	13 458	20 833	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	19 630	9 982	29 612	7 032	7 993	15 024	15 781	8 654	24 436	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12 691	43 830	56 521	10 596	42 779	53 375	12 826	48 335	61 161	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	302	302	-	175	175	-	389	389	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	17	40 804	40 821	3	40 335	40 338	3	45 319	45 322	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	12 909	15 022	27 931	11 915	11 600	23 515	14 785	13 741	28 525	
221	Sachinvestitionen	3 129	2 666	5 795	2 782	2 272	5 054	3 476	2 806	6 283	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 976	5 409	8 385	2 334	4 267	6 601	3 368	4 809	8 176	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	12 442	14 585	27 027	11 467	11 163	22 630	14 285	13 267	27 553	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2016

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Juli 2015			Juni 2016			Juli 2016			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
<b>3</b>	<b>Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-5 794 <sup>2</sup></b>	<b>75</b>	<b>-5 719</b>	<b>4 937 <sup>2</sup></b>	<b>3 920</b>	<b>8 857</b>	<b>-2 858 <sup>2</sup></b>	<b>3 982</b>	<b>1 124</b>	
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	112 335	39 408	151 744	116 745	26 519	143 264	134 599	33 795	168 393	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	127 988	64 636	192 625	109 136	49 862	158 998	136 839	54 055	190 895	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-15 653	-25 228	-40 881	7 609	-23 343	-15 734	-2 241	-20 260	-22 501	
	Zum Ende des Monats bestehende <b>Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-2 237	10 853	8 616	13 635	13 109	26 744	3 004	15 269	18 273	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 239	16 239	-	15 182	15 182	-	18 008	18 008	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	2 238	-2 759	-521	33 666	-6 800	26 866	15 706	-5 922	9 784	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2016**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	in Mio. €	
	Seit dem 1. Januar gebuchte											
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>26 745</b>	<b>32 171 <sup>a</sup></b>	<b>5 990</b>	<b>15 760</b>	<b>4 400</b>	<b>17 329</b>	<b>38 529</b>	<b>8 770</b>	<b>2 265</b>		
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	26 113	31 255 <sup>b</sup>	5 762	15 399	3 732	17 072	36 865	8 515	2 232		
111	Steuereinnahmen	20 683	26 203	3 905	12 844	2 360	14 067 <sup>4</sup>	30 189	6 552	1 600		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 210	2 719	1 505	1 673	1 193	2 001	4 993	1 433	558		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	113	-	98	157	308	106	37		
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	251	-	277	337	536	191	73		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	632	916 <sup>c</sup>	228	361	668	256	1 664	255	34		
121	Veräußerungserlöse	1	70 <sup>c</sup>	6	35	3	3	13	71	4		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	70 <sup>c</sup>	3	-	-	2	1	70	2		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	467	713	152	263	442	188	630	131	23		
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>27 073</b>	<b>30 646 <sup>d</sup></b>	<b>5 955</b>	<b>15 032</b>	<b>4 196</b>	<b>16 193</b>	<b>38 890</b>	<b>8 854</b>	<b>2 458</b>		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	25 086	28 159 <sup>d</sup>	5 502	14 288	3 685	15 615	35 831	8 479	2 298		
211	Personalausgaben	10 401	12 788	1 597	5 145	1 090	6 484 <sup>2</sup>	13 966 <sup>2</sup>	3 803	981		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 850	4 016	192	1 852	99	2 345	5 318	1 352	416		
212	laufender Sachaufwand	1 492	2 534	388	1 374	295	1 075	2 800	756	112		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 262	2 142	336	1 197	242	968	2 224	597	96		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 017	564 <sup>d</sup>	191	733	137	732	1 778	574	295		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 153	9 429	2 344	4 697	1 454	4 801	11 256	2 134	406		
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 101	3 325	-	1 122	-	-	-	-	-		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6 986	6 024	2 016	3 425	1 236	4 645	11 062	2 093	400		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 987	2 487	453	743	511	578	3 059	375	160		
221	Sachinvestitionen	396	793	22	256	144	107	166	45	17		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	778	848	129	227	240	123	1 377	201	40		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 955	2 352	453	715	511	578	2 882	332	152		

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2016

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	- 328	1 525 <sup>e</sup>	35	729	204	1 136	- 361	- 84	- 192
<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	1 495	865	100	3 498	188	2 030	6 746	2 994	1 066
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	7 822	2 542 <sup>f</sup>	640	4 687	790	4 419	11 579	4 995	1 236
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 327	-1 677 <sup>g</sup>	- 540	-1 189	- 603	-2 389	-4 833	-2 001	- 170
<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	18	490	4 120	331	-	600	864	307
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 010	370	60	1 586	1 062	3 559	4 083	39	103
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 45	0	569	1 126	836	1 518	- 426	- 858	- 260

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> ohne August-Bezüge.

<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 71,0 Mio. €, b 1,0 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 231,0 Mio. €,  
e -160,0 Mio. €, f 1.120,0 Mio. €, g -1.120,0 Mio. €.

<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)  
in Höhe von 1,8 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2016

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>9 311</b>	<b>5 778</b>	<b>6 420</b>	<b>5 452</b>	<b>14 571</b>	<b>2 935</b>	<b>7 805</b>	<b>199 036</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	9 031	5 417	6 169	5 240	14 121	2 859	7 720	192 305
111	Steuereinnahmen	6 271	3 494	4 788	3 495	8 465	1 593	6 334	152 842
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 433	1 671	1 048	1 412	4 111	1 011	712	32 685
1121	darunter: Allgemeine BEZ	220	122	84	121	535	108	-	2 009
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	597	341	147	336	1 748	364	0	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	281	362	251	212	450	76	85	6 730
121	Veräußerungserlöse	1	2	2	7	22	-	16	256
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	0	0	2	1	-	-	152
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	154	211	188	151	180	67	33	3 993
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>9 218</b>	<b>5 581</b>	<b>6 277</b>	<b>5 211</b>	<b>14 323</b>	<b>2 968</b>	<b>7 377</b>	<b>195 054</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 221	5 198	6 029	4 814	13 536	2 798	6 973	181 313
211	Personalausgaben	2 428	1 441	2 510	1 458	4 770	917	2 171	71 949
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	191	156	965	139	1 341	331	850	23 411
212	laufender Sachaufwand	653	634	482	399	3 896	554	2 050	19 493
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	551	205	424	253	1 514	262	1 186	13 458
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	118	289	329	283	971	319	326	8 654
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 041	1 675	2 012	1 784	199	81	65	48 335
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	37	389
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 568	1 373	1 934	1 527	9	14	8	45 319
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	997	383	248	397	787	170	404	13 741
221	Sachinvestitionen	316	79	107	102	121	18	117	2 806
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	335	168	58	98	139	48	0	4 809
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	997	383	248	397	742	168	404	13 267

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2016

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
<b>3</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>94</b>	<b>197</b>	<b>143</b>	<b>241</b>	<b>248</b>	<b>- 32</b>	<b>428</b>	<b>3 982</b>
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldetilgung</b>								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 720	2 420	98	4 402	2 414	1 760	33 795
41	Schuldetilgung am Kreditmarkt aktueller	55	2 399	2 926	1 167	5 166	1 895	1 737	54 055
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-55	1 320	-506	-1 069	-764	519	23	-20 260
	Zum Ende des Monats bestehende								
	<b>Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	5 398	-	-	408	2 112	621	15 269
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 834	103	-	469	773	717	239	18 008
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-5 542	-354	-564	-395	-1 978	451	-5 922

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.<sup>2</sup> ohne August-Bezüge.<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 71,0 Mio. €, b 1,0 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 231,0 Mio. €, e -160,0 Mio. €,  
f 1120,0 Mio. €, g -1120,0 Mio. €.<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)  
in Höhe von 1,8 Mio. €.

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

## Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

**Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 20. April 2016**

### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetseimelastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke<sup>1</sup> sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission<sup>2</sup>.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2016 der Bundesregierung.
5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und

<sup>1</sup> Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>2</sup> Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

## Statistiken und Dokumentationen

### GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunktuell schlechten Zeiten erweitert und in konjunktuell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2011/02/Artikel/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/Konjunkturkomponente-des-Bundes.html>

**Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten**

	Produktionspotenzial in Mrd. € (nominal)	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup> in Mrd. € (nominal)
2017	3 244,8	3 239,7	-5,1	0,205	-1,0
2018	3 348,4	3 344,9	-3,5	0,205	-0,7
2019	3 453,7	3 453,4	-0,2	0,205	0,0
2020	3 565,5	3 565,5	0,0	0,205	0,0

<sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,5	-	860,2	-	34,4	2,3	19,7	2,3
1981	1 540,9	+2,3	917,1	+6,6	7,2	0,5	4,3	0,5
1982	1 574,2	+2,2	979,9	+6,8	-32,1	-2,0	-20,0	-2,0
1983	1 607,6	+2,1	1 028,8	+5,0	-41,4	-2,6	-26,5	-2,6
1984	1 641,5	+2,1	1 071,4	+4,1	-31,0	-1,9	-20,3	-1,9
1985	1 675,9	+2,1	1 117,1	+4,3	-28,0	-1,7	-18,6	-1,7
1986	1 713,4	+2,2	1 176,3	+5,3	-27,7	-1,6	-19,0	-1,6
1987	1 752,7	+2,3	1 218,7	+3,6	-43,4	-2,5	-30,2	-2,5
1988	1 795,2	+2,4	1 269,3	+4,2	-22,5	-1,3	-15,9	-1,3
1989	1 843,6	+2,7	1 341,1	+5,7	-1,9	-0,1	-1,3	-0,1
1990	1 897,0	+2,9	1 426,8	+6,4	41,5	2,2	31,2	2,2
1991	1 951,6	+2,9	1 512,5	+6,0	86,9	4,5	67,3	4,5
1992	2 007,6	+2,9	1 638,1	+8,3	70,1	3,5	57,2	3,5
1993	2 060,0	+2,6	1 750,4	+6,9	-2,1	-0,1	-1,8	-0,1
1994	2 103,8	+2,1	1 826,3	+4,3	4,6	0,2	4,0	0,2
1995	2 142,9	+1,9	1 896,9	+3,9	2,2	0,1	1,9	0,1
1996	2 179,7	+1,7	1 941,6	+2,4	-17,1	-0,8	-15,2	-0,8
1997	2 214,9	+1,6	1 978,1	+1,9	-12,3	-0,6	-11,0	-0,6
1998	2 249,8	+1,6	2 021,5	+2,2	-3,6	-0,2	-3,2	-0,2
1999	2 286,7	+1,6	2 061,2	+2,0	4,1	0,2	3,7	0,2
2000	2 324,8	+1,7	2 086,0	+1,2	33,9	1,5	30,4	1,5
2001	2 362,4	+1,6	2 146,9	+2,9	36,3	1,5	33,0	1,5
2002	2 398,0	+1,5	2 208,7	+2,9	0,7	0,0	0,6	0,0
2003	2 430,8	+1,4	2 265,9	+2,6	-49,2	-2,0	-45,8	-2,0
2004	2 463,0	+1,3	2 321,1	+2,4	-53,5	-2,2	-50,4	-2,2
2005	2 495,0	+1,3	2 365,8	+1,9	-68,5	-2,7	-65,0	-2,7
2006	2 527,6	+1,3	2 404,0	+1,6	-11,3	-0,4	-10,7	-0,4
2007	2 558,8	+1,2	2 475,0	+3,0	39,5	1,5	38,2	1,5
2008	2 586,0	+1,1	2 522,3	+1,9	40,5	1,6	39,5	1,6
2009	2 604,9	+0,7	2 585,3	+2,5	-126,0	-4,8	-125,0	-4,8
2010	2 625,5	+0,8	2 625,5	+1,6	-45,4	-1,7	-45,4	-1,7
2011	2 634,9	+0,4	2 663,1	+1,4	39,6	1,5	40,0	1,5
2012	2 664,3	+1,1	2 733,2	+2,6	21,1	0,8	21,6	0,8
2013	2 712,6	+1,8	2 841,1	+3,9	-19,3	-0,7	-20,2	-0,7
2014	2 748,4	+1,3	2 928,5	+3,1	-12,0	-0,4	-12,8	-0,4
2015	2 790,3	+1,5	3 035,0	+3,6	-7,7	-0,3	-8,4	-0,3
2016	2 833,6	+1,6	3 134,0	+3,3	-2,9	-0,1	-3,2	-0,1
2017	2 882,3	+1,7	3 244,6	+3,5	-8,2	-0,3	-9,2	-0,3
2018	2 928,3	+1,6	3 350,0	+3,2	-7,2	-0,2	-8,2	-0,2
2019	2 971,1	+1,5	3 454,2	+3,1	-2,1	-0,1	-2,4	-0,1
2020	3 017,6	+1,6	3 565,4	+3,2	0,0	0,0	0,0	0,0

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

**Tabelle 3:** Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität Prozentpunkte	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr		Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+2,9	1,8	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,6	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,6	0,5	0,7	0,4
2016	+1,5	0,6	0,5	0,4
2017	+1,5	0,6	0,4	0,4
2018	+1,5	0,7	0,3	0,4
2019	+1,4	0,8	0,2	0,4
2020	+1,5	0,8	0,3	0,4

<sup>1</sup> Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

**Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt**

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 782,6	+1,7	3 025,9	+3,8
2016	2 829,3	+1,7	3 135,9	+3,6
2017	2 872,4	+1,5	3 239,7	+3,3
2018	2 916,6	+1,5	3 344,9	+3,2
2019	2 961,6	+1,5	3 453,4	+3,2
2020	3 007,2	+1,5	3 565,5	+3,2

<sup>1</sup> Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 657	.	.	60,0	32 340	.
1961	54 667	+0,0	.	60,5	32 791	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,5	32 905	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,5	32 983	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,3	33 011	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34 024	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8
1983	59 931	+0,2	61,0	61,2	33 494	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,5	62,7	34 257	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34 915	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,5	65,9	37 733	+3,2
1991	61 396	+0,7	65,7	66,7	38 790	+2,8
1992	61 972	+0,9	65,8	65,9	38 283	-1,3
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3
1994	62 797	+0,4	65,8	65,5	37 798	+0,0
1995	62 925	+0,2	65,9	65,4	37 958	+0,4
1996	62 993	+0,1	66,1	65,8	37 969	+0,0
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 947	-0,1
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0
2006	63 093	-0,1	69,3	69,3	39 635	+0,8
2007	62 992	-0,2	69,6	69,5	40 325	+1,7
2008	62 833	-0,3	69,9	69,8	40 856	+1,3
2009	62 546	-0,5	70,3	70,3	40 892	+0,1
2010	62 224	-0,5	70,6	70,5	41 020	+0,3
2011	61 984	-0,4	71,0	70,9	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,2	71,5	71,6	42 060	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 859	-0,0	72,3	72,4	42 703	+0,9
2015	61 928	+0,1	72,7	72,6	43 032	+0,8
2016	62 047	+0,2	73,1	73,1	43 512	+1,1
2017	62 142	+0,2	73,5	73,7	43 862	+0,8
2018	62 185	+0,1	73,8	73,9	43 928	+0,2
2019	62 160	-0,0	74,2	74,1	43 994	+0,2
2020	62 200	+0,1	74,5	74,3	44 060	+0,2
2021	62 219	+0,0	74,8	74,7	.	.
2022	62 098	-0,2	75,1	75,1	.	.
2023	61 923	-0,3	75,4	75,4	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
1960	.	.	2 167	.	25 152		1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,8
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,2
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,1
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	8,0
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,8
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,5
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,2
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,6
2013	1 373	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,2
2014	1 370	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	4,8
2015	1 369	-0,1	1 371	+0,3	38 732	+1,1	4,3	4,5
2016	1 369	-0,0	1 373	+0,1	39 283	+1,4	4,1	4,5
2017	1 369	+0,0	1 371	-0,1	39 683	+1,0	4,3	4,5
2018	1 369	-0,0	1 370	-0,1	39 751	+0,2	4,4	4,5
2019	1 369	-0,0	1 369	-0,1	39 819	+0,2	4,5	4,5
2020	1 368	-0,0	1 368	-0,1	39 888	+0,2	4,7	4,5
2021	1 368	-0,0	1 368	-0,0	.	.	.	.
2022	1 367	-0,0	1 367	-0,0	.	.	.	.
2023	1 367	-0,0	1 367	-0,0	.	.	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.<sup>2</sup>Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4	
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2	
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3	
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5	
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5	
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6	
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7	
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6	
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7	
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8	
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9	
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9	
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7	
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3	
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5	
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5	
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5	
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6	
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7	
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8	
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8	
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7	
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8	
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0	
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0	
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1	
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3	
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3	
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3	
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1	
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4	
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5	
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4	
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4	
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5	
2015	15 388,8	+1,2	558,4	+2,2	2,5	
2016	15 569,3	+1,2	572,8	+2,6	2,5	
2017	15 752,5	+1,2	588,4	+2,7	2,6	
2018	15 946,1	+1,2	599,5	+1,9	2,6	
2019	16 148,4	+1,3	610,8	+1,9	2,6	
2020	16 356,9	+1,3	622,3	+1,9	2,6	

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4273
1981	-7,4149	-7,4174
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3956
1984	-7,3840	-7,3832
1985	-7,3693	-7,3699
1986	-7,3597	-7,3556
1987	-7,3541	-7,3403
1988	-7,3329	-7,3235
1989	-7,3059	-7,3057
1990	-7,2745	-7,2872
1991	-7,2438	-7,2690
1992	-7,2311	-7,2521
1993	-7,2330	-7,2371
1994	-7,2169	-7,2237
1995	-7,2079	-7,2119
1996	-7,2014	-7,2011
1997	-7,1864	-7,1907
1998	-7,1802	-7,1806
1999	-7,1729	-7,1704
2000	-7,1548	-7,1601
2001	-7,1394	-7,1500
2002	-7,1380	-7,1409
2003	-7,1407	-7,1328
2004	-7,1352	-7,1255
2005	-7,1277	-7,1187
2006	-7,1074	-7,1122
2007	-7,0916	-7,1064
2008	-7,0918	-7,1014
2009	-7,1333	-7,0974
2010	-7,1071	-7,0928
2011	-7,0853	-7,0882
2012	-7,0847	-7,0838
2013	-7,0833	-7,0792
2014	-7,0792	-7,0744
2015	-7,0738	-7,0691
2016	-7,0693	-7,0633
2017	-7,0626	-7,0569
2018	-7,0521	-7,0498
2019	-7,0419	-7,0423
2020	-7,0317	-7,0344

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9	-	26,3	-	83,5	-
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

## noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	108,7	+2,1	106,6	+0,6	1 540,3	+3,9
2016	110,8	+1,9	107,4	+0,7	1 599,9	+3,9
2017	112,8	+1,8	109,1	+1,6	1 658,4	+3,7
2018	114,7	+1,7	110,9	+1,6	1 708,0	+3,0
2019	116,6	+1,7	112,7	+1,6	1 758,8	+3,0
2020	118,6	+1,7	114,5	+1,6	1 810,4	+2,9

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.			gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tägigen- stunde	
			in %	in Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,5	-0,7	+0,6	20,1
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,5	-0,1	+0,8	19,7
2014	42,7	+0,8	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,8	+0,4	20,0
2015	43,1	+0,9	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,8	+0,8	19,9
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	54,9	2,3	5,1	+1,6	+0,6	+0,9	19,9

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+2,0	+1,5	-0,2	+1,6	+1,5	+2,0	+3,0
2013	+2,5	+2,0	+1,1	+1,6	+1,1	+1,5	+1,7
2014	+3,5	+1,8	+1,3	+1,4	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,7	+2,0	+2,6	+0,9	+0,6	+0,3	+1,5
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,3	+1,7	+0,4	+1,5	+1,2	+1,3	+1,7

<sup>1</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,7	+1,9	168,0	195,2	46,0	39,9	6,1	7,1
2013	+1,3	+1,5	168,4	192,7	45,5	39,5	6,0	6,8
2014	+3,9	+2,5	190,7	219,2	45,7	39,1	6,5	7,5
2015	+6,3	+3,9	229,5	255,3	46,8	39,2	7,6	8,4
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,5	170,5	195,8	45,2	39,1	6,0	6,9

<sup>1</sup>In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,3	-3,6	+3,8	67,7	69,0	+2,8	+1,0
2013	+2,6	+2,2	+2,8	67,8	68,9	+2,0	+0,8
2014	+3,4	+2,4	+3,9	68,2	69,0	+2,8	+1,7
2015	+3,8	+4,2	+3,7	68,0	68,7	+2,7	+1,9
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,5	+3,7	67,4	68,5	+2,8	+1,2

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>1,7</b>	<b>3,1</b>	<b>0,7</b>	<b>4,0</b>	<b>0,4</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	1,6	1,7	1,6	1,6
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	2,2	2,9	1,1	1,9	2,4
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	5,2	7,8	4,9	3,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	-0,2	-0,3	2,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-3,9	1,4	3,2	2,6	2,5
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	1,2	1,3	1,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-1,9	-0,3	0,8	1,1	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,1	-2,5	1,6	1,7	2,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,3	2,4	2,7	2,8	3,1
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	2,1	3,0	1,6	2,8	3,1
Malta	-	-	3,6	4,3	2,9	4,1	4,8	3,3	3,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-0,8	3,7	6,3	4,1	3,5
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,3	1,0	2,0	1,7	2,0
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-1,4	0,4	0,9	1,5	1,6
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	0,9	0,9	1,5	1,5	1,7
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-1,1	3,0	2,9	1,7	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-1,2	2,5	3,6	3,2	3,3
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-5,4	-0,7	0,5	0,7	0,7
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,4	0,9	1,7	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,9	1,5	3,0	2,0	2,4
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	0,4	2,0	4,2	2,1	2,6
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-0,9	1,3	1,2	1,2	1,9
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	-0,4	1,6	1,8	2,1
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	3,5	3,7	2,9	2,5	2,8
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	1,6	3,3	3,6	3,7	3,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	3,0	3,8	4,2	3,7
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	1,1	2,3	4,1	3,4	2,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,7	2,9	2,3	1,8	1,9
EU	-	3,9	2,2	2,0	0,1	1,4	2,0	1,8	1,9
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	2,4	2,4	2,3	2,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,6	0,0	0,5	0,8	0,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2013: Eurostat.

Für die Jahre ab 2014: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>+2,1</b>	<b>+1,6</b>	<b>+0,8</b>	<b>+0,1</b>	<b>+1,7</b>	<b>+1,6</b>
Belgien	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+0,3	+1,5
Estland	+4,2	+3,2	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9
Finnland	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,3	+1,3
Frankreich	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	-0,3	+0,6
Griechenland	+1,0	-0,9	-1,4	-1,1	-0,1	+1,4
Irland	+1,9	+0,5	+0,3	+0,0	+0,1	+1,0
Italien	+3,3	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4
Lettland	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	-0,7	+1,0
Litauen	+3,2	+1,2	+0,2	-0,7	+0,2	+2,0
Luxemburg	+2,9	+1,7	+0,7	+0,1	+0,6	+1,8
Malta	+3,2	+1,0	+0,8	+1,2	-0,1	+1,8
Niederlande	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,4	+2,2
Österreich	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+0,4	+1,3
Portugal	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+0,9	+1,7
Slowakei	+3,7	+1,5	-0,1	-0,3	+0,7	+1,2
Slowenien	+2,8	+1,9	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6
Spanien	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,5
Zypern	+3,1	+0,4	-0,3	-1,5	+0,0	+1,3
Euroraum	+2,5	+1,4	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4
Bulgarien	+2,4	+0,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9
Dänemark	+2,4	+0,5	+0,4	+0,2	+0,5	+1,4
Kroatien	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+0,3	+1,5
Polen	+3,7	+0,8	+0,1	-0,7	-0,6	+0,7
Rumänien	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	+0,4	+2,3
Schweden	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+0,0	+1,6
Tschechien	+3,5	+1,4	+0,4	+0,3	-0,6	+2,5
Ungarn	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+0,9	+1,2
Vereinigtes Königreich	+2,8	+2,6	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6
EU	+2,6	+1,5	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5
USA	+2,1	+1,2	+1,3	-0,7	+1,2	+2,2
Japan	-	-	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016; Eurostat.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>11,2</b>	<b>7,0</b>	<b>5,2</b>	<b>5,0</b>	<b>4,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,7</b>
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	8,4	8,5	8,5	8,2	7,7
Estland	9,8	14,6	8,0	16,7	8,6	7,4	6,2	6,5	7,7
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	8,2	8,7	9,4	9,4	9,3
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	10,3	10,3	10,4	10,2	10,1
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	27,5	26,5	24,9	24,7	23,6
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	13,1	11,3	9,4	8,2	7,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	12,1	12,7	11,9	11,4	11,2
Lettland	14,9	14,3	10,0	19,5	11,9	10,8	9,9	9,6	9,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	11,8	10,7	9,1	7,8	6,4
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,9	6,0	6,4	6,2	6,2
Malta	4,8	6,7	6,9	6,9	6,4	5,8	5,4	5,1	5,1
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	7,3	7,4	6,9	6,4	6,1
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	16,4	14,1	12,6	11,6	10,7
Slowakei	12,1	18,9	16,4	14,5	14,2	13,2	11,5	10,5	9,5
Slowenien	6,8	6,7	6,5	7,3	10,1	9,7	9,0	8,6	8,1
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	26,1	24,5	22,1	20,0	18,1
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	15,9	16,1	15,1	13,4	12,4
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	12,0	11,6	10,9	10,4	10,0
Bulgarien	10,0	16,4	10,1	10,3	13,0	11,4	9,2	8,6	8,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,0	6,6	6,2	6,0	5,7
Kroatien		15,8	13,0	11,7	17,3	17,3	16,3	15,5	14,7
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,3	9,0	7,5	6,8	6,3
Rumänien	9,7	7,6	7,1	7,0	7,1	6,8	6,8	6,8	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	7,9	7,4	6,8	6,3
Tschechien	3,9	8,8	7,9	7,3	7,0	6,1	5,1	4,5	4,4
Ungarn	9,7	6,3	7,2	11,2	10,2	7,7	6,8	6,4	6,1
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,6	6,1	5,3	5,0	4,9
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,9	10,2	9,4	8,9	8,6
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	7,4	6,2	5,3	4,8	4,5
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,0	3,6	3,4	3,3	3,3

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern**

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	+1,1	-2,8	-1,1	+1,3	+8,1	+15,5	+9,4	+7,4	2,1	2,8	2,0	3,0
darunter												
Russische Föderation	+0,7	-3,7	-1,8	+0,8	+7,8	+15,5	+8,4	+6,5	2,9	5,0	4,2	5,1
Ukraine	-6,6	-9,9	+1,5	+2,5	+12,1	+48,7	+15,1	+11,0	-4,0	-0,3	-2,6	-2,3
<b>Asien</b>	+6,8	+6,6	+6,4	+6,3	+3,5	+2,7	+2,9	+3,2	1,4	1,9	1,7	1,1
darunter												
China	+7,3	+6,9	+6,5	+6,2	+2,0	+1,4	+1,8	+2,0	2,1	2,7	2,6	2,1
Indien	+7,2	+7,3	+7,5	+7,5	+5,9	+4,9	+5,3	+5,3	-1,3	-1,3	-1,5	-2,1
Indonesien	+5,0	+4,8	+4,9	+5,3	+6,4	+6,4	+4,3	+4,5	-3,1	-2,1	-2,6	-2,8
Malaysia	+6,0	+5,0	+4,4	+4,8	+3,1	+2,1	+3,1	+2,9	4,3	2,9	2,3	1,9
Thailand	+0,8	+2,8	+3,0	+3,2	+1,9	-0,9	+0,2	+2,0	3,8	8,8	8,0	5,7
<b>Lateinamerika</b>	+1,3	-0,1	-0,5	+1,5	+4,9	+5,5	+5,7	+4,3	-3,1	-3,6	-2,8	-2,4
darunter												
Argentinien	+0,5	+1,2	-1,0	+2,8	.	.	.	+19,9	-1,4	-2,8	-1,7	-2,2
Brasilien	+0,1	-3,8	-3,8	-0,0	+6,3	+9,0	+8,7	+6,1	-4,3	-3,3	-2,0	-1,5
Chile	+1,8	+2,1	+1,5	+2,1	+4,4	+4,3	+4,1	+3,0	-1,3	-2,0	-2,1	-2,7
Mexiko	+2,3	+2,5	+2,4	+2,6	+4,0	+2,7	+2,9	+3,0	-1,9	-2,8	-2,6	-2,6
<b>Sonstige</b>												
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,7
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,5

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2016.

█ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

<b>Aktienindizes</b>	<b>Aktuell</b>	<b>Ende</b>	<b>Änderung in %</b>	<b>Tief</b>	<b>Hoch</b>
	15. Sep. 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dow Jones	18 212	17 425	4,52	15 660	18 636
Euro Stoxx 50	2 974	3 268	-9,00	2 680	3 829
DAX	10 431	10 743	-2,90	8 753	12 375
CAC 40	4 373	4 637	-5,69	3 897	5 269
Nikkei	16 405	19 034	-13,81	14 952	20 868
<b>Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p. a.)</b>	<b>Aktuell</b>	<b>Ende</b>	<b>Spread zu</b>	<b>Tief</b>	<b>Hoch</b>
	15. Sep. 2016	2015	US-Bond	2015/2016	2015/2016
10 Jahre					
USA	1,70	2,28	-	1,36	2,50
Deutschland	0,03	0,63	-1,67	-0,19	0,98
Japan	-0,03	0,28	-1,73	-0,29	0,54
Vereinigtes Königreich	0,89	1,97	-0,81	0,52	2,20
<b>Währungen</b>	<b>Aktuell</b>	<b>Ende</b>	<b>Änderung in %</b>	<b>Tief</b>	<b>Hoch</b>
	15. Sep. 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dollar/Euro	1,13	1,09	3,25	1,06	1,20
Yen/Dollar	102,09	120,30	-15,14	99,87	125,61
Yen/Euro	114,98	131,07	-12,28	111,17	145,21
Pfund/Euro	0,85	0,73	16,71	0,70	0,88

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+0,8	+0,1	+0,3	+1,5	5,0	4,6	4,6	4,7
OECD	+1,6	+1,5	+1,8	+2,0	+0,8	+0,1	+1,0	+1,6	5,0	4,6	4,6	4,6
IWF	+1,6	+1,5	+1,5	+1,6	+0,8	+0,1	+0,5	+1,4	5,0	4,6	4,6	4,8
<b>USA</b>												
EU-KOM	+2,4	+2,4	+2,3	+2,2	+1,6	+0,1	+1,2	+2,2	6,2	5,3	4,8	4,5
OECD	+2,4	+2,4	+2,5	-	+1,6	+0,0	+1,0	+1,8	6,2	5,3	4,7	4,7
IWF	+2,4	+2,4	+2,4	+2,5	+1,6	+0,1	+0,8	+1,5	6,2	5,3	4,9	4,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	+0,0	+0,5	+0,8	+0,4	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5	3,6	3,4	3,4	3,3
OECD	-0,1	+0,6	+1,0	+0,5	+2,7	+0,8	+0,7	+2,3	3,6	3,4	3,2	3,1
IWF	-0,0	+0,5	+0,5	-0,1	+2,7	+0,8	-0,2	+1,2	3,6	3,4	3,3	3,3
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	+0,2	+1,2	+1,3	+1,7	+0,6	+0,1	+0,1	+1,0	10,3	10,4	10,2	10,1
OECD	+0,2	+1,1	+1,3	+1,6	+0,6	+0,1	+1,0	+1,2	9,9	10,0	10,0	9,9
IWF	+0,2	+1,1	+1,1	+1,3	+0,6	+0,1	+0,4	+1,1	10,3	10,4	10,1	10,0
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-0,3	+0,8	+1,1	+1,3	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4	12,7	11,9	11,4	11,2
OECD	-0,4	+0,8	+1,4	+1,4	+0,2	+0,2	+0,8	+1,1	12,7	12,3	11,7	11,0
IWF	-0,3	+0,8	+1,0	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+0,7	12,6	11,9	11,4	10,9
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	+2,9	+2,3	+1,8	+1,9	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6	6,1	5,3	5,0	4,9
OECD	+2,9	+2,4	+2,4	+2,3	+1,5	+0,1	+1,5	+2,0	6,2	5,6	5,7	5,8
IWF	+2,9	+2,2	+1,9	+2,2	+1,5	+0,1	+0,8	+1,9	6,2	5,4	5,0	5,0
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,4	+1,2	+2,0	+2,3	+1,9	+1,2	+2,0	+2,3	6,9	6,9	6,8	6,4
IWF	+2,5	+1,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,1	+1,3	+1,9	6,9	6,9	7,3	7,4
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	+0,9	+1,7	+1,6	+1,8	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4	11,6	10,9	10,3	9,9
OECD	+0,9	+1,5	+1,8	+1,9	+0,4	+0,1	+0,9	+1,3	11,5	10,9	10,4	9,8
IWF	+1,7	+1,7	+1,7	-	+1,8	+1,9	+1,9	-	9,3	8,9	8,6	-
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	+1,4	+2,0	+1,8	+1,9	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5	10,2	9,4	8,9	8,5
IWF	+2,1	+2,1	+2,1	-	+1,9	+2,0	+2,0	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,4	+1,2	+1,6	+0,5	+0,6	+1,7	+1,6	8,5	8,5	8,2	7,7
OECD	+1,3	+1,3	+1,5	+1,6	+0,5	+0,6	+1,3	+1,4	8,5	8,7	8,6	8,3
IWF	+1,3	+1,4	+1,2	+1,4	+0,5	+0,6	+1,2	+1,1	8,5	8,3	8,3	8,2
<b>Estland</b>												
EU-KOM	+2,9	+1,1	+1,9	+2,4	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9	7,4	6,2	6,5	7,7
OECD	+2,9	+1,8	+2,5	+2,9	+0,5	+0,1	+1,4	+2,4	7,4	6,4	6,0	5,6
IWF	+2,9	+1,1	+2,2	+2,8	+0,5	+0,1	+2,0	+2,9	7,4	6,8	6,5	6,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+1,2	-0,2	+0,0	+1,3	8,7	9,4	9,4	9,3
OECD	-0,4	-0,1	+1,1	+1,7	+1,2	-0,2	+0,4	+0,8	8,7	9,4	9,7	9,8
IWF	-0,7	+0,4	+0,9	+1,1	+1,2	-0,2	+0,4	+1,4	8,7	9,3	9,3	9,0
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	+0,7	-0,2	-0,3	+2,7	-1,4	-1,1	-0,3	+0,6	26,5	24,9	24,7	23,6
OECD	+0,7	-1,4	-1,2	+2,1	-1,4	-0,9	+0,7	+0,5	26,5	25,3	24,8	23,4
IWF	+0,7	-0,2	-0,6	+2,7	-1,4	-1,1	+0,0	+0,6	26,5	25,0	25,0	23,4
<b>Irland</b>												
EU-KOM	+5,2	+7,8	+4,9	+3,7	+0,3	+0,0	+0,3	+1,3	11,3	9,4	8,2	7,5
OECD	+5,2	+5,6	+4,1	+3,5	+0,3	+0,1	+1,6	+2,0	11,3	9,4	8,3	7,5
IWF	+5,2	+7,8	+5,0	+3,6	+0,3	-0,0	+0,9	+1,4	11,3	9,4	8,3	7,5
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	+2,4	+2,7	+2,8	+3,1	+0,7	+0,2	+0,2	+2,0	10,8	9,9	9,6	9,3
OECD	+2,4	+2,5	+3,1	+3,5	+0,7	+0,6	+1,7	+2,5	10,8	9,8	9,6	9,0
IWF	+2,4	+2,7	+3,2	+3,6	+0,7	+0,2	+0,5	+1,5	10,8	9,9	9,5	9,1
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+2,8	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,8	10,7	9,1	7,8	6,4
OECD	+3,0	+1,7	+2,9	+3,7	+0,2	-0,7	+1,4	+2,0	10,9	9,4	9,0	8,4
IWF	+3,0	+1,6	+2,7	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,9	10,7	9,1	8,6	8,5
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	+4,1	+4,8	+3,3	+3,9	+0,7	+0,1	-0,1	+1,8	6,0	6,4	6,2	6,2
OECD	+4,1	+3,0	+3,0	+2,9	+0,7	+0,1	+1,0	+1,5	7,1	6,9	6,8	6,8
IWF	+4,1	+4,5	+3,5	+3,4	+0,7	+0,1	+0,5	+1,3	7,1	6,9	6,4	6,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	+3,7	+6,3	+4,1	+3,5	+0,8	+1,2	+1,4	+2,2	5,8	5,4	5,1	5,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+4,1	+5,4	+3,5	+3,0	+0,8	+1,2	+1,6	+1,8	5,8	5,3	5,4	5,3
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	+1,0	+2,0	+1,7	+2,0	+0,3	+0,2	+0,4	+1,3	7,4	6,9	6,4	6,1
OECD	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,3	+0,3	+1,2	+1,6	7,4	6,9	6,6	6,1
IWF	+1,0	+1,9	+1,8	+1,9	+0,3	+0,2	+0,3	+0,7	7,4	6,9	6,4	6,2

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	+0,4	+0,9	+1,5	+1,6	+1,5	+0,8	+0,9	+1,7	5,6	5,7	5,9	6,1
OECD	+0,5	+0,8	+1,3	+1,7	+1,5	+0,9	+1,5	+1,7	5,7	6,0	6,1	5,9
IWF	+0,4	+0,9	+1,2	+1,4	+1,5	+0,8	+1,4	+1,8	5,6	5,7	6,2	6,4
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+1,5	+1,7	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	14,1	12,6	11,6	10,7
OECD	+0,9	+1,7	+1,6	+1,5	-0,2	+0,5	+0,7	+1,0	13,9	12,3	11,3	10,6
IWF	+0,9	+1,5	+1,4	+1,3	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	13,9	12,4	11,6	11,1
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	+2,5	+3,6	+3,2	+3,3	-0,1	-0,3	-0,1	+1,5	13,2	11,5	10,5	9,5
OECD	+2,5	+3,2	+3,4	+3,5	-0,1	-0,2	+1,0	+1,5	13,2	11,5	10,7	10,0
IWF	+2,5	+3,6	+3,3	+3,4	-0,1	-0,3	+0,2	+1,4	13,2	11,5	10,4	9,6
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	+3,0	+2,9	+1,7	+2,3	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6	9,7	9,0	8,6	8,1
OECD	+3,0	+2,5	+1,9	+2,7	+0,4	-0,6	+0,5	+1,1	9,7	9,3	9,1	8,4
IWF	+3,0	+2,9	+1,9	+2,0	+0,2	-0,5	+0,1	+1,0	9,7	9,1	7,9	7,6
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	+1,4	+3,2	+2,6	+2,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,4	24,5	22,1	20,0	18,1
OECD	+1,4	+3,2	+2,7	+2,5	-0,2	-0,6	+0,3	+0,9	24,4	22,1	19,8	18,2
IWF	+1,4	+3,2	+2,6	+2,3	-0,1	-0,5	-0,4	+1,0	24,5	22,1	19,7	18,3
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-2,5	+1,6	+1,7	+2,0	-0,3	-1,5	-0,7	+1,0	16,1	15,1	13,4	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	+1,6	+1,6	+2,0	-0,3	-1,5	+0,6	+1,3	16,1	15,3	14,2	13,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	+1,5	+3,0	+2,0	+2,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9	11,4	9,2	8,6	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,5	+3,0	+2,3	+2,3	-1,6	-1,1	+0,2	+1,2	11,5	9,2	8,6	7,9
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,2	+1,2	+1,9	+0,4	+0,2	+0,3	+1,5	6,6	6,2	6,0	5,7
OECD	+1,1	+1,8	+1,8	+1,9	+0,6	+0,5	+0,9	+1,4	6,5	6,3	6,2	5,9
IWF	+1,3	+1,2	+1,6	+1,8	+0,6	+0,5	+0,8	+1,4	6,5	6,2	6,0	5,8
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-0,4	+1,6	+1,8	+2,1	+0,2	-0,3	-0,6	+0,7	17,3	16,3	15,5	14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,4	+1,6	+1,9	+2,1	-0,2	-0,5	+0,4	+1,3	17,1	16,9	16,4	15,9
<b>Polen</b>												
EU-KOM	+3,3	+3,6	+3,7	+3,6	+0,1	-0,7	+0,0	+1,6	9,0	7,5	6,8	6,3
OECD	+3,3	+3,5	+3,4	+3,5	+0,1	-0,8	+1,0	+1,7	9,0	7,6	7,3	7,1
IWF	+3,3	+3,6	+3,6	+3,6	-0,0	-0,9	-0,2	+1,3	9,0	7,5	6,9	6,9
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	+3,0	+3,8	+4,2	+3,7	+1,4	-0,4	-0,6	+2,5	6,8	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,0	+3,7	+4,2	+3,6	+1,1	-0,6	-0,4	+3,1	6,8	6,8	6,4	6,2
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	+2,3	+4,1	+3,4	+2,9	+0,2	+0,7	+0,9	+1,2	7,9	7,4	6,8	6,3
OECD	+2,4	+2,9	+3,1	+3,0	-0,2	+0,1	+1,4	+2,2	7,9	7,7	7,3	6,7
IWF	+2,3	+4,1	+3,7	+2,8	+0,2	+0,7	+1,1	+1,4	7,9	7,4	6,8	7,0
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	+2,0	+4,2	+2,1	+2,6	+0,4	+0,3	+0,5	+1,4	6,1	5,1	4,5	4,4
OECD	+2,0	+4,3	+2,3	+2,4	+0,4	+0,4	+1,3	+2,0	6,1	5,2	5,0	4,8
IWF	+2,0	+4,2	+2,5	+2,4	+0,4	+0,3	+1,0	+2,2	6,1	5,0	4,7	4,6
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+2,5	+2,8	+0,0	+0,1	+0,4	+2,3	7,7	6,8	6,4	6,1
OECD	+3,7	+3,0	+2,4	+3,1	-0,2	+0,1	+2,2	+2,7	7,7	7,0	6,3	5,9
IWF	+3,7	+2,9	+2,3	+2,5	-0,2	-0,1	+0,5	+2,4	7,8	6,9	6,7	6,5

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016 .

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	0,3	0,7	0,2	0,1	74,7	71,2	68,6	66,3	0,7	8,8	8,5	8,3
OECD	0,3	0,9	0,6	0,9	74,8	71,2	67,7	64,3	7,5	8,3	8,0	7,5
IWF	0,3	0,6	0,1	0,1	74,9	71,0	68,2	65,9	7,3	8,5	8,4	8,0
<b>USA</b>												
EU-KOM	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,5	-2,3	-3,3	-2,8	-3,1
OECD	-5,1	-4,5	-4,2	-3,7	111,6	110,6	111,4	111,5	-2,2	-2,5	-2,8	-3,0
IWF	-4,1	-3,7	-3,8	-3,7	105,0	105,8	107,5	107,5	-2,2	-2,7	-2,9	-3,3
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	246,2	245,4	247,5	248,1	0,5	3,3	3,9	4,1
OECD	-7,7	-6,7	-5,7	-5,0	226,1	229,2	232,4	233,8	0,5	3,3	2,9	3,3
IWF	-6,2	-5,2	-4,9	-3,9	249,1	248,1	249,3	250,9	0,5	3,3	3,8	3,7
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,4	95,8	96,4	97,0	-2,3	-1,5	-1,1	-1,0
OECD	-3,9	-3,8	-3,4	-2,8	95,5	96,5	97,7	98,1	-0,9	0,2	0,2	0,3
IWF	-3,9	-3,6	-3,4	-2,9	95,6	96,8	98,2	98,8	-0,9	-0,1	0,6	0,3
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,5	132,7	132,7	131,8	1,8	2,2	2,4	2,3
OECD	-3,0	-2,6	-2,2	-1,6	132,3	134,3	133,5	131,8	1,9	1,5	1,3	1,7
IWF	-3,0	-2,6	-2,7	-1,6	132,5	132,6	133,0	131,7	1,9	2,1	2,3	2,0
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
OECD	-5,7	-3,9	-2,6	-1,5	88,2	87,8	86,9	85,5	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
IWF	-5,6	-4,4	-3,2	-2,2	88,2	89,3	89,1	87,9	-5,1	-4,3	-4,3	-4,0
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-1,6	-1,9	-1,5	-1,3	94,6	94,8	94,8	94,3	-2,1	-3,3	-2,4	-1,8
IWF	-0,5	-1,7	-2,4	-1,8	86,2	91,5	92,3	90,6	-2,3	-3,3	-3,5	-3,0
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,4	92,9	92,2	91,1	3,0	3,7	3,7	3,6
OECD	-2,6	-1,9	-1,7	-1,0	94,7	94,1	93,2	91,4	3,3	3,8	3,7	3,7
IWF	-1,9	-1,6	-1,3	-	89,3	88,0	86,6	-	0,5	0,5	0,5	-
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,4	85,5	1,6	2,0	2,2	2,1
IWF	-2,1	-1,6	-1,3	-	82,8	81,2	79,5	-	0,2	0,2	0,2	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,5	106,0	106,4	105,6	0,8	1,3	1,8	1,9
OECD	-3,1	-2,6	-2,0	-1,0	106,7	107,6	106,9	104,8	0,1	0,1	1,0	1,6
IWF	-3,1	-2,8	-2,8	-2,2	106,7	106,3	106,8	106,5	-0,2	0,5	0,5	0,1
<b>Estland</b>												
EU-KOM	0,8	0,4	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3	1,1	2,0	0,9	1,6
OECD	0,7	0,2	0,4	0,5	10,4	9,4	8,6	7,5	1,0	3,3	2,3	2,4
IWF	0,8	0,5	0,5	0,0	10,4	10,1	9,7	9,2	1,0	1,9	1,2	0,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3	59,3	63,1	65,2	66,9	-1,2	0,1	0,3	0,4
OECD	-3,3	-3,3	-2,7	-1,6	59,3	60,6	62,7	65,0	-0,9	-1,0	-0,7	-0,4
IWF	-3,3	-3,4	-2,8	-2,6	59,3	62,4	64,3	66,2	-0,9	0,1	0,0	-0,1
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8	180,1	176,9	182,8	178,8	-3,0	-0,2	0,6	1,3
OECD	-3,6	-4,3	-7,7	-1,5	177,5	183,4	190,2	184,3	-2,1	-0,3	1,2	1,9
IWF	-3,9	-4,2	-	-	178,4	178,4	-	-	-2,1	0,0	-0,2	-0,3
<b>Irland</b>												
EU-KOM	-3,8	-2,3	-1,1	-0,6	107,5	93,8	89,1	86,6	3,6	4,4	4,6	4,6
OECD	-3,9	-2,1	-1,1	-0,3	107,5	101,0	98,3	95,1	3,6	3,6	3,4	4,1
IWF	-3,9	-1,6	-0,4	0,3	107,5	95,2	88,6	84,6	3,6	4,5	4,0	3,5
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,6	-2,0	-1,2	-2,6	-2,4
OECD	-1,6	-1,6	-1,1	-1,1	40,8	37,8	40,5	40,6	-2,0	-2,0	-2,1	-2,1
IWF	-1,7	-1,5	-1,3	-1,6	38,5	34,8	34,8	34,7	-2,0	-1,6	-2,0	-2,2
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	-0,7	-0,2	-1,1	-0,4	40,7	42,7	41,1	42,9	3,9	-1,5	0,0	0,1
OECD	-0,7	-1,5	-1,5	-1,1	40,7	41,3	41,1	40,4	3,6	-3,4	-2,5	-2,4
IWF	-0,7	-0,7	-1,2	-1,0	42,5	42,5	42,1	41,4	3,6	-2,3	-3,0	-2,9
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	1,7	1,2	1,0	0,1	22,9	21,4	22,5	22,8	5,5	5,5	5,3	4,8
OECD	1,4	0,9	1,0	1,2	23,0	24,9	25,7	26,3	5,5	3,6	5,1	5,0
IWF	1,4	1,0	0,9	0,1	22,9	21,8	21,7	22,1	5,5	5,2	5,1	5,0
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8	67,1	63,9	60,9	58,3	3,4	9,9	5,6	4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	-1,4	-1,2	-1,0	66,9	63,7	62,9	60,8	3,9	4,1	5,3	5,3
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9	10,6	9,2	8,9	8,2
OECD	-2,4	-2,0	-1,3	-0,7	68,2	68,1	67,8	66,7	10,6	11,0	10,7	10,6
IWF	-2,4	-1,9	-1,7	-1,2	68,2	67,6	66,6	64,9	10,6	11,0	10,6	10,2

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,3	86,2	84,9	83,0	2,1	3,1	3,1	3,3
OECD	-2,7	-1,8	-1,9	-1,3	84,2	84,7	85,0	84,4	2,0	2,3	2,0	2,0
IWF	-2,7	-1,6	-1,8	-1,4	84,2	86,2	85,5	83,9	1,9	3,6	3,6	3,5
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	134,5	0,0	-0,1	0,3	0,5
OECD	-7,2	-3,0	-2,8	-2,6	130,2	128,2	127,9	127,4	0,6	0,6	0,5	0,2
IWF	-7,2	-4,4	-2,9	-2,9	130,2	128,8	127,9	127,3	0,1	0,5	0,9	0,4
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6	53,9	52,9	53,4	52,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1
OECD	-2,8	-2,7	-1,9	-0,6	53,5	52,9	52,4	51,7	0,1	-0,4	-0,5	0,3
IWF	-2,8	-2,7	-2,2	-2,0	53,3	52,6	52,1	51,9	0,1	-1,1	-1,0	-1,0
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1	81,0	83,2	80,2	78,0	6,5	7,0	7,0	6,9
OECD	-5,0	-2,9	-2,3	-1,8	80,8	83,2	85,0	86,1	7,0	7,5	8,5	8,7
IWF	-5,8	-3,3	-2,7	-2,5	80,8	83,3	80,7	81,8	7,0	7,3	7,6	7,1
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6	1,0	1,4	1,5	1,3
OECD	-5,9	-4,2	-2,9	-1,8	99,3	100,5	100,3	99,2	1,0	1,5	1,3	1,2
IWF	-5,9	-4,5	-3,4	-2,5	99,3	99,0	99,0	98,5	1,0	1,4	1,9	2,0
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-8,9	-1,0	-0,4	0,0	108,2	108,9	108,9	105,4	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,2	-1,7	0,1	0,7	108,2	108,7	99,3	95,3	-4,6	-5,1	-4,8	-4,7

## Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7	2,8	1,9	2,3	2,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-2,9	-2,0	-1,4	26,4	26,9	30,2	30,6	1,2	2,1	1,7	0,8
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,8	40,2	38,7	39,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	1,5	-2,7	-2,8	-2,8	45,1	41,6	40,9	43,3	6,3	7,0	7,2	7,4
IWF	1,5	-2,0	-2,8	-2,0	44,6	45,6	47,4	47,7	7,7	6,9	6,6	6,5
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3	86,5	86,7	87,6	87,3	7,7	7,0	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,6	-4,0	-3,3	-2,8	85,1	87,7	89,0	89,0	0,7	4,4	2,7	2,1
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,5	51,3	52,0	52,7	2,2	4,9	5,0	4,5
OECD	-3,3	-2,8	-2,8	-2,4	50,4	51,5	51,5	51,1	-2,0	-0,2	-1,0	-1,4
IWF	-3,3	-2,9	-2,8	-3,1	50,4	51,3	52,0	52,9	-2,0	-0,5	-1,8	-2,1
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,5	-2,8	-2,8	40,5	39,4	39,7	40,2	-0,5	-1,1	-1,7	-2,5
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	41,3	40,1	0,2	-0,9	-2,1	-2,8
OECD	-1,7	-1,1	-0,6	-0,3	44,8	43,9	43,0	42,0	6,2	6,0	5,5	5,5
IWF	-1,7	-0,9	-0,9	-0,8	44,9	44,1	42,6	41,9	5,4	5,9	5,8	5,7
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6	42,7	41,1	41,3	40,9	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	-1,9	-1,9	-1,3	-0,8	42,7	40,5	40,5	40,5	0,6	0,7	0,2	-0,2
IWF	-1,9	-1,9	-1,6	-1,5	42,7	40,9	41,3	41,0	0,2	0,9	0,6	0,6
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0	1,1	5,1	4,4	4,0
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,5	76,2	76,3	74,6	72,0	2,3	4,3	5,5	6,4
IWF	-2,5	-2,2	-2,1	-2,2	76,2	75,5	74,8	74,5	2,3	5,1	5,4	5,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

# Impressum

**Herausgeber**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

**Redaktion**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

**Stand**

September 2016

**Lektorat, Satz und Gestaltung**

heimbüchel pr  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Köln

**Bildnachweis**

BMF/ Jörg Rüger

**Publikationsbestellung**

Tel: 03018 272 2721  
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

**Weitere Informationen im Internet unter:**

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
[www.ministere-federal-des-finances.de](http://www.ministere-federal-des-finances.de)  
[www.federal-ministry-of-finance.de](http://www.federal-ministry-of-finance.de)  
[www.stabiler-euro.de](http://www.stabiler-euro.de)  
[www.bundesaushalt-info.de](http://www.bundesaushalt-info.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de/APP](http://www.bundesfinanzministerium.de/APP)  
[www.youtube.com/finanzministeriumtv](http://www.youtube.com/finanzministeriumtv)  
[www.twitter.com/bmf\\_bund](http://www.twitter.com/bmf_bund)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

